

## PROTOKOLL

### Begrüßung

#### **Richard von Weizsäcker**

Das Thema, das wir uns gestellt haben, ist sehr weit gefasst; denn es fragt in gewisser Weise nach dem Standort Deutschlands in einer globalisierten Welt, sowohl ökonomisch als auch politisch. Ich füge hinzu, dass dies sicher auch kulturell gilt. Wie Sie heute in allen Berliner Gazetten lesen konnten, ist die unserem Tagungsort, dem Magnus-Haus, gegenüber gelegene Museumsinsel in den Rang eines Weltkulturerbes erhoben worden.

In unserem letzten Gespräch an diesem Ort haben wir nach neuen Dimensionen des Politischen gefragt. Dabei stellte sich als eine der Kernfragen das Verhältnis von Politik und Wirtschaft; es blieb offen, welchem dieser beiden Bereiche in der gegenwärtigen Entwicklung der Primat zukommt. Mit anderen Worten: Dominiert die Wirtschaft mehr und mehr das Geschehen, und spielt die Politik nur eine untergeordnete Rolle? Ich denke, dieser Frage kommt in der Epoche der Globalisierung wachsende Bedeutung zu, und ich bin gespannt, zu welchen Ergebnissen wir dieses Mal kommen werden.

Von den beiden Referenten, Christian von Weizsäcker und Herrn Bürgermeister Scherf, werden wir vermutlich sehr unterschiedliche Einsichten vermittelt bekommen. Beiden Herren danke ich ebenso wie unserem Diskussionsleiter, Herrn von Dohnanyi, bei dem wir darauf vertrauen können, dass er uns sicher durch die vielfältigen Aspekte des Themas führen wird.

**von Dohnanyi**

Ohne weitere Vorrede bitte ich zunächst Herrn Christian von Weizsäcker um die Sicht des Ökonomen.

**Christian von Weizsäcker**

Wir sprechen über das "Modell Deutschland: Reif für die Globalisierung? Zum Verhältnis von Politik und Ökonomie". Ich bin Ökonom, und das werden Sie auch gleich merken.

Vor kurzem hat die amerikanische Regierung eine Prognose über die Anzahl der Einwohner der Vereinigten Staaten von Amerika im Jahre 2100, also in hundert Jahren, veröffentlicht und kommt darin auf 500 Millionen. Während die Europäische Gemeinschaft heute, wenn man die Osterweiterung berücksichtigt, an die 500 Millionen Einwohner hat, sind es in den Vereinigten Staaten von Amerika gegenwärtig 275 Millionen Einwohner. Dieses Verhältnis wird sich in hundert Jahren nach der amerikanischen Prognose und entsprechend den demografischen Trends in Europa, die wir bereits relativ genau feststellen können, genau umgekehrt haben. Das heißt, Europa wird in hundert Jahren nur noch 275 Millionen und die Vereinigten Staaten werden dann 500 Millionen Einwohner haben.

Das bedeutet für mich, es wäre unrealistisch - unabhängig davon, wie man das sonst bewertet;- , davon auszugehen, dass der amerikanische Einfluss auf Europa abnehmen wird. Im Gegenteil, trotz aller globalen Trends, wie etwa der Aufstieg Chinas zur Weltmacht und anderer, wird dieses 21. Jahrhundert sehr stark amerikanisch geprägt sein. Amerika ist das Mutterland des Kapitalismus und heute die treibende politische Kraft für den Prozess der Globalisierung. Und allein die vorerwähnte demografische Entwicklung wird dafür sorgen, dass dies auch so bleiben wird.

Wir haben das Timing für unser Gespräch gut gewählt - zwei, drei Tage nach der Ankündigung, dass die Deutsche Bank und die Dresdner Bank fusionieren wollen. Auch das ist ein Beispiel für den Prozess, den wir hier zu behandeln haben. Finanzminister Eichel hat vor einigen Wochen angekündigt, dass Gewinne aus Verkäufen von Beteiligungen durch juristische Personen steuerfrei bleiben, solange sie an die Aktionäre nicht ausgeschüttet werden. Und Herr Breuer, Vorstandssprecher der Deutschen Bank, hat vorgestern auf einer Pressekonferenz wörtlich formuliert, durch die Entfesselung der Bankenbeteiligungen an der Industrie sei das Ende der so genannten Deutschland-AG gekommen. Das hängt zusammen mit jenen globalen Prozessen, die heute unter dem Stichwort Shareholder-Value bekannt sind.

Was hat das für Konsequenzen für Deutschland? Dazu möchte ich Ihnen ein Schema vorschlagen, in dessen Rahmen man diese Frage diskutieren kann. Ich gehe davon aus, dass sich die Gesellschaft - und zwar gilt das für jede moderne Gesellschaft - in zwei Kräftesysteme unterteilen lässt: auf der einen Seite die zentrierenden und auf der anderen die zentrifugalen Kräfte. In der nordamerikanischen und den mitteleuropäischen Gesellschaften bestehen die zentrifugalen Kräfte in erster Linie aus der Wirtschaft und der Wissenschaft; sie sind dezentral organisiert; ihre Koordination erfolgt nicht durch eine übergeordnete Instanz, sondern sie organisieren sich gewissermaßen selbst nach dem Prinzip des Wettbewerbs. Die zentrierenden Kräfte sind in erster Linie der Staat und viele staatliche oder staatlich beeinflusste Institutionen, wie insbesondere die sozialstaatlichen Einrichtungen, aber auch das Bildungswesen, sofern es staatlich ist; doch auch die Kirchen könnte man hier nennen.

Die zentrierenden Kräfte haben die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass kein Chaos entsteht, sondern die Gesellschaft zusammengehalten wird. Die zentrierenden Kräfte müssen zentral organisiert sein. Das heißt, der Staat muss eine politische Spitze haben - nämlich das Parlament und die Exekutive;- , die entscheidet, was getan werden soll. Die Anzahl der expliziten Entscheidungen, die dort gefällt werden, ist klein; denn die Spitze ist nicht in der Lage, sehr viele Entscheidungen auch noch gut vorzubereiten.

Das System der zentrifugalen Kräfte, das den Entwicklungsprozess vorantreibt, ist dadurch gekennzeichnet, dass die Entscheidungen weitgehend dezentralisiert sind. Das heißt, jedes Unternehmen und jeder Lehrstuhl an der Universität entscheidet für sich. Niemand hat mir hereinzureden, worüber ich forsche; niemand hat Herrn Herion hereinzureden, was er produziert. So wie er muss auch ich mich am Markt orientieren; bei mir ist das der Markt des wissenschaftlichen Publikationswesens. Die dezentrale Organisation von Wissenschaft und Wirtschaft bedeutet, dass die Zahl der Entscheidungen, die dort gefällt werden, um ein Vielfaches größer ist als bei den zentrierenden Kräften, also beim Staat.

In diesem Zusammenhang weise ich daraufhin - ein Tatbestand, der häufig vernachlässigt wird;- , dass jede unterlassene Entscheidung sich implizit zugunsten des Status quo auswirkt. Daraus folgt, dass die zentrierenden Kräfte Status-quo-orientiert sind, während die zentrifugalen Kräfte, also die

Wirtschaft und die Wissenschaft, die Dynamik in die Gesellschaft hineinbringen. Veränderungen werden fast ausschließlich durch Wissenschaft und Wirtschaft bewirkt; der Staat reagiert darauf oder auch nicht. Deshalb kann ein dynamisches Gesellschaftssystem nur funktionieren, wenn den zentrifugalen Kräften eine hinreichend starke Stellung eingeräumt wird. Das ist auch der Grund, warum ein System, das auf einer zentralen Planung aufbaute, wie das sowjetische Wirtschaftssystem, scheitern musste: Die Nicht-Entscheidungen in diesem System bestätigten fortwährend den Status quo. Wer aber nur in der Lage ist, den Status quo aufrechtzuerhalten und unfähig ist zur Veränderung, kann im Wettbewerb der Systeme nicht überleben.

Es geht somit nicht um die Frage, ob der Politik oder der Wirtschaft der Primat zukommen sollte - Letzteres wird heute ja von vielen beklagt;-, sondern es geht um ein ausbalanciertes Verhältnis zwischen den progressiven, dynamischen Kräften der Gesellschaft, also Wirtschaft und Wissenschaft, und den stabilisierenden Status-quo-orientierten Kräften, die zugleich für das Ganze verantwortlich sind. Wir leben in einem komplexen Gesellschaftssystem, das nicht zentral gesteuert werden kann, und Veränderungen können nur von den Kräften kommen, die für das Ganze keine Verantwortung tragen. Denn Verantwortung für das Ganze bedeutet eine zentrierende Entscheidungsstruktur, was automatisch zur Status-quo-Orientierung führt.

Ich will es ganz deutlich sagen: Die notwendigen Veränderungen in einer Gesellschaft werden nur von den Kräften des Systems bewirkt, die im Sinne des Ganzen verantwortungslos sind. Die Wissenschaft ist nicht verantwortlich für die Resultate ihrer Forschung; die Wirtschaft ist nicht verantwortlich für die Gesellschaft. Der einzelne Unternehmer ist verantwortlich für seinen Gewinn. Nur indem er von der Verantwortung für das Ganze befreit ist, kann er dynamisch handeln. Er kann viele Einzelentscheidungen fallen, ohne irgendjemanden fragen zu müssen, und eben dadurch treibt er die Entwicklung voran. Das ist die eigentliche Bedeutung der Marktwirtschaft, nämlich die Entlastung von der Verantwortung für das Ganze und die Konzentration auf das jeweils eigene Geschäft.

Der Prozess der Globalisierung nun - der natürlich bereits sehr viel weiter zurückreicht hat sich in den letzten zwanzig Jahren derart beschleunigt, dass sich der Lebensstandard in den Ländern, die die marktwirtschaftlichen Spielregeln praktizieren, alle zehn bis fünfzehn Jahre verdoppelt - in Mitteleuropa ist er heute mindestens zehnmal so hoch wie vor hundert Jahren.

Länder in Ostasien einschließlich China müssen sich der Disziplin des Weltmarktes stellen. Die letzte Finanzkrise in Ostasien hat noch einmal deutlich gemacht, dass der Disziplinierungs- und damit der Modernisierungsprozess dieser Gesellschaften im Wesentlichen vom Export herrührt, mit anderen Worten, dass man im Weltmarkt bestehen muss. Die Exportwirtschaft Chinas ist weitaus moderner als der Rest des Landes. Das gilt selbst noch für ein so weit entwickeltes Land wie Japan. Die gegenwärtige Krise in Japan ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass sich die japanische Gesellschaft lange Zeit geweigert hat, die Modernisierung vorzunehmen, die ihre exportorientierte Industrie längst vollzogen hatte. Im gewissen Sinne heißt dies für Japan den Verwestlichungsprozess nachzuvollziehen, wenn es aus der schweren Krise herauskommen will.

Insofern gibt es einen Primat der Wirtschaft und auch der Wissenschaft, die allein Veränderung und Entwicklung bewirken können, wobei in der Gesellschaft als Ganzes ein Gleichgewicht zwischen den erhaltenden und den dynamischen Kräften bestehen muss.

Was heißt das jetzt in Bezug auf Deutschland und für unser demokratisches politisches System? Angesichts der aktuellen Krise der CDU und der Probleme, die Herr Kohl seiner Partei geschaffen hat, fordert beispielsweise Ernst-Wolfgang Böckenförde, dass der Parteienstaat zurückgenommen werden müsse. Ich behaupte, der Parteienstaat kann nur zurückgenommen werden, wenn die Rolle des Staates insgesamt verkleinert und die Rolle der Wirtschaft in unserer Gesellschaft vergrößert wird. Das heißt, der Staat darf nicht mehr in der Weise in die Wirtschaft hineinreden, wie das heute der Fall ist. Für diese These möchte ich zum Abschluss meines Referats einige Beispiele anführen.

Erstens der Prozess der friedlichen Integration Europas. Erstmals in der Geschichte der Menschheit haben voneinander unabhängige souveräne Staaten seit den fünfziger Jahren den Versuch unternommen, auf friedlichem Wege eine gemeinsame Zivilgesellschaft aufzubauen. Das Wort kannte man damals noch nicht, aber das war jedenfalls die Intention von Adenauer, Schuman und den anderen, die den europäischen Integrationsprozess voranbringen wollten. Da sie wussten, dass die einzelnen Nationalstaaten nicht bereit sein würden, Souveränitätsrechte an eine übernationale Instanz, an einen europäischen Staat abzutreten, haben sie sich zunächst auf die Schaffung eines gemeinsamen Marktes konzentriert, der indes nur funktionieren konnte, wenn es gelang, die Vernetzung der verschiedenen nationalen Zivilgesellschaften zustande zu bringen.

Das war zu einem großen Teil durchaus erfolgreich. Wir verstehen uns heute in einem sehr viel größeren Maß als Europäer, als das noch vor vierzig, fünfzig Jahren der Fall war. Keine politische Partei in Deutschland würde im Ernst den Austritt aus der Europäischen Union propagieren - trotz all der Ärgernisse, die Brüssel gelegentlich bereitet;-, weil die Menschen bei uns wissen, wie sehr die deutsche Wirtschaft auf die Exporte nach Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien und so weiter angewiesen ist. Unser Wirtschaftssystem würde zusammenbrechen, wenn wir daran rütteln wollten.

Die zunehmende Integration der europäischen Zivilgesellschaft ist dadurch zustande gekommen, dass nationale Souveränitätsrechte dort, wo sie für den gemeinsamen Markt störend waren, zurückgenommen wurden, ohne sie an eine übernationale Instanz abzutreten. Das heißt, sie sind schlichtweg abgeschafft worden. Wir haben die Märkte entpolitisiert, und dieser Prozess der Entpolitisierung ist der entscheidende Schlüssel für den Erfolg der europäischen Integration. Dies als erstes Beispiel für meine These: Rücknahme des Staates und Entpolitisierung des Wirtschaftsgeschehens.

Zweitens die internationalen Kapitalmärkte. Hier komme ich zurück auf das Thema Shareholder-Value, der nichts anderes bedeutet, als dass die Kapitalanleger heute ihr Vermögen von Professionals, den institutionellen Geldanlegern, verwalten lassen. Aufgabe ist es, für ihre Kunden - Anspruchsinhaber von Pensionen, Sparer, Käufer von Investmentfonds und so weiter - eine möglichst hohe Rendite herauszuholen. Das Prinzip des Shareholder-Values ist ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Durchprofessionalisierung der modernen Welt. Wenn Sie so wollen, der Arbeitsteilung, die Adam Smith schon vor über zweihundert Jahren als die Quelle unseres Wohlstandes erkannt hatte. Dieser Prozess hat nun auch den internationalen Kapitalmarkt erfasst, nachdem er auf anderen Gebieten bereits seit langem stattfindet. Das Prinzip des Shareholder-Values ist ein unumkehrbarer Prozess.

Die internationalen Kapitalmärkte haben auch die Unabhängigkeit der Zentralbanken durchgesetzt. Die Politik kann Geldwertstabilität nicht garantieren, die sich nur durch eine langfristig orientierte Geldpolitik erreichen lässt, und zu eben dieser Langfristigkeit ist das politische System nicht in der Lage. Das heißt, man musste die Geldpolitik entpolitisieren, wenn sie erfolgreich sein sollte. Das haben die internationalen Kapitalmärkte erzwungen, indem sie ihr Geld in denjenigen Ländern anlegten, die unabhängige Zentralbanken hatten, statt in Ländern, in denen die Zentralbank der Büttel der Regierung war. Das war der eigentliche Grund, weshalb die Europäische Zentralbank ihr Statut der Unabhängigkeit erreichen konnte.

Aus Zeitgründen nur eine kurze Anmerkung als das dritte Beispiel: Die Europäische Union hat uns gezwungen, den Strommarkt zu liberalisieren. Damit ist eine Fülle von Positionen im kommunalen Bereich, die parteipolitisch besetzt, also politisiert waren, nunmehr weggefallen. Sie müssen jetzt von Leistungsträgern besetzt werden, was zu einer Modernisierung unseres Systems beiträgt.

## **Scherf**

Ich bin kein Ökonom - das werden Sie gleich merken. Die kluge Regie dieser Veranstaltung hat offenbar dafür Sorge getragen, die Einteilung, die Herr von Weizsäcker vorgenommen hat, in den beiden Referenten gewissermaßen zu personifizieren: der verantwortungslose zentrifugale Wissenschaftler - das ist er - und der überforderte zentrierende Politiker - das bin ich.

Nun bin ich nicht hierher gekommen, um über Wohl und Wehe globalisierter Märkte zu streiten. Die Globalisierung ist für mich eine Tatsache, die ich hier nicht thematisieren will. Das heißt, wir müssen uns mit der globalisierten Weltwirtschaft auseinander setzen, ob wir sie nun gut finden oder nicht.

Die Frage der Verantwortung würde ich allerdings nicht so zuordnen, wie Herr von Weizsäcker das getan hat. Wenn Sie die verantwortungslose Wissenschaft preisen, dann frage ich mich, wie Sie das mit Ihrer eigenen Biografie vereinbaren können. Zumindest weiß ich, Ihr Vater, Carl Friedrich, hat ganze Bücher darüber geschrieben, dass die Wissenschaft nicht verantwortungslos handeln darf, sondern sich stets einer großen Verantwortung bewusst sein muss.

Ich will aber zunächst einen anderen Ansatz wählen und die Frage stellen: Wer sind eigentlich die Opfer dieser Globalisierung? Das sind zum einen die Nationalstaaten, auf die Sie offenbar immer noch setzen. Wenn ich es richtig sehe, wird die Chance, gegen globalisierte Wirtschaftsmärkte nationalstaatlich anzugehen, immer geringer. Die zweiten Verlierer in diesem Prozess sind die so genannten kleinen Leute, die wir nicht übersehen sollten. Diese Melange ist jedenfalls delikate, die nicht nur in der Vergangenheit katastrophale Konsequenzen hatte, sondern auch in der Gegenwart negativen Wirkungen hat.

Wer meint, Haider sei nur ein Problem des überforderten politischen Systems, das ohnehin schwächer werden muss, der begeht einen kardinalen strategischen Fehler und schätzt seine eigene Lage nicht richtig ein. Diesen Tatbestand sollten wir jedenfalls politisch gewichten - egal ob Sie dafür nun die zentrierenden oder die zentrifugalen Kräfte verantwortlich machen. Was wir sicherlich beide nicht wollen, ist, dass die Opfer dieses Prozesses sich zu Konsequenzen hinreißen lassen, die wir fürchten müssen. Was ist aber zu tun, wenn man eine solche Gefahr sieht? Wir erleben gegenwärtig ja, wie hilflos unsere Gesellschaft mit dem Phänomen "Haider" umgeht. Wir können das auch nicht wegagitimieren oder es den Journalisten überlassen, eine Strategie dagegen zu entwickeln.

Welche Antworten können die deutsche und die europäische Gesellschaft auf die Globalisierung geben? Eine Antwort wäre, die globalisierten Märkte durch eine regionale zivilgesellschaftliche Erneuerung in der Balance zu halten. Ich denke dabei also nicht in erster Linie an den Nationalstaat, sondern an eine regionale Gegensteuerung. Denn sowohl nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus als auch nach dem Verschwinden der zentralstaatlichen DDR-Administration hat sich gezeigt, dass in der deutschen Gesellschaft eine starke regionale Identifikationsgrundlage für eine zivilgesellschaftliche Erneuerung vorhanden ist, die unbedingt aufgewertet werden sollte.

Die zweite mögliche Antwort sehe ich in einer demokratisierten Beteiligungskultur. Das sage ich als Jurist, der an der Universität gelernt hat, primär auf institutionelle Antworten zu setzen. Das wäre eine zivilgesellschaftliche Antwort, um mit den von den "verantwortungslosen Wissenschaftlern" und den "verantwortungslosen Wirtschaftlern" angerichteten Zuständen einigermaßen fertig zu werden. Eine solche zivilgesellschaftliche Beteiligungskultur hat im Übrigen auch nur eine Chance unter identifikationsstiftenden Rahmenbedingungen.

Nach dieser mehr theoretischen Einleitung will ich an einigen Bremer Beispielen zeigen, wie wir an unserem Standort mit der Globalisierung umgehen. Bremen ist im Übrigen ein Ort, an dem seit Menschengedenken globalisiert gedacht und gehandelt wurde. Die Stadt geht auf eine Gründung von Kaufleuten, Fischern, Reedern zurück.

### **von Dohnanyi**

Und einen Bischof habt ihr uns dann nach Hamburg geschickt.

### **Scherf**

[Forts.] Der ist von euch aber wieder zu uns geflüchtet, weil er in Hamburg schlecht behandelt wurde. Wir sind jedenfalls recht stolz darauf, dass er mit seinem Erzbistum nach Bremen zurückgekehrt ist und wir jahrhundertlang eine wichtige kirchenpolitische Rolle innehatten.

Um es zu wiederholen: Dieser kleine Ort hat während seiner ganzen Geschichte stets versucht, mit globalisierten Prozessen zurechtzukommen. Die Bremer waren immer neugierig auf die Welt - und unglaublich risikobewusst. Ich denke nur daran, wohin überall sie mit ihren kleinen Schiffen gesegelt sind, Niederlassungen gegründet und wirtschaftlichen Austausch in Gang gesetzt haben.

Und trotz unserer heutigen dramatischen Finanzlage und der hohen Arbeitslosigkeit sind wir dabei, die Probleme in dieser globalisierten Welt aktiv anzugehen. Das geschieht nicht zuletzt dadurch, dass wir mit den Global Players vor Ort gemeinsam überlegen, was zu tun ist. Dabei zeigt sich, dass man zwischen zentrierenden und zentrifugalen Kräften, zwischen denen, die Verantwortung für das Ganze tragen, und denen, die gesamtgesellschaftlich "verantwortungslos" handeln, nicht so schlicht unterscheiden kann - abgesehen von der Tatsache, dass auch Global Player einen Ort brauchen, mit dem sie sich identifizieren, wo sie gewissermaßen zu Hause sind; sie kommen ja nicht irgendwoher aus dem Orbit.

Ich nenne in diesem Zusammenhang die Firma Daimler, ein wahrhaft global agierendes Unternehmen, das sich inzwischen mit drei vitalen Bereichen in Bremen niedergelassen hat und weiter bei uns investieren will, auch nachdem sie jetzt DaimlerChrysler heißen. Die verantwortlichen Manager haben nämlich festgestellt, dass der Standort Bremen im internationalen Wettbewerb durchaus konkurrenzfähig ist. So ist im Einvernehmen mit der IG Metall zum ersten Mal im Konzern eine Dreischichtenregelung vereinbart worden - mit drei Schichten an sechs Tagen in der Woche, während der siebte Tag für Reparaturen zur Verfügung steht.

Die Produktivität in dieser Autofabrik ist außerordentlich hoch; die Fehler- und Krankheitsquote ist niedrig - alles im Vergleich zu anderen Standorten des Unternehmens, in dem ja erbarmungslos gerechnet wird. Die Produktivitätssteigerung am Standort Bremen ist so hoch, dass die amerikanischen Produktionsstandorte von Chrysler sämtlich abgehängt wurden. Sie haben gerade entschieden, weitere drei Milliarden D-Mark bei uns zu investieren für einen Auto typ, der vermutlich

erst in zehn Jahren auf den Markt kommen wird, um schon heute die dafür erforderlichen Kapazitäten zu schaffen. Unsere Aufgabe als Stadt war es, dafür die Rahmenbedingungen zu stellen, etwa im Hinblick auf die Anbindung der notwendigen Gewerbeflächen, was zugegebenermaßen erhebliche Mühe gekostet hat. Es hat annähernd zwanzig Jahre gedauert, bis wir alle Widersprüche und Widerstände überwunden hatten. Letzten Endes brauchte es dafür die Große Koalition, um dies endlich regeln zu können.

Die Entwicklung des Unternehmens am Standort Bremen ist übrigens auch dadurch gewährleistet, dass Daimler an der Bremer Universität, die in den 70er-Jahren als linksradikal verschrien war, einen Fachbereich Produktionswissenschaft eingerichtet hat mit Technologieinstituten und dazugehörigen Lehrstühlen und einem eigenen Studiengang. Und ich kann Ihnen versichern: Dieser Weltkonzern ist richtig stolz darauf, dies ausgerechnet in Bremen, wo auch die IG Metall nicht ganz zahm ist, bewerkstelligt zu haben.

Mit anderen Worten, Herr von Weizsäcker: Die "verantwortungslosen" Ökonomen haben all diese Investitionen aus eigener Tasche und mit vollem Risiko finanziert, und zwar cash.

Auch das zweite Beispiel betrifft Daimler, nämlich den Flugzeugbau. Zusammen mit den Hamburgern haben die Bremer die größten Anteile an der Airbus-Produktion. Als ich vor fünf Jahren als Bürgermeister begann, gab es Demonstrationen gegen den befürchteten radikalen Abbau der Flugzeugindustrie bei uns, ein Programm, das ausgerechnet unter dem Namen "Dolores" lief. Viele Menschen bei uns waren damals sehr besorgt, dass Daimler sich mit dieser Branche ganz verabschieden wollte. Und heute? Inzwischen sind sie mit dem Airbus die Nummer eins in der Welt und weisen einen höheren Auftragsbestand aus als Boeing.

Das Pfund, mit dem Hamburg und Bremen in diesem Fall wuchern können, ist eine hoch qualifizierte Facharbeiterschaft, die nicht mit amerikanischen Higher-and-Fire-Methoden ständig dequalifiziert wird, sondern deren Verlässlichkeit und Kompetenz die Gewähr dafür bietet, dass weiteres Wachstum bewältigt werden kann. Vergleichbare Voraussetzungen finden sie in Afrika oder Südamerika - und selbst in den USA - eben nicht. Sicher, auch der "günstige" Euro - sage ich einmal vorlaut - und der überbewertete amerikanische Dollar haben zu den großartigen Verkaufserfolgen beigetragen. Ich halte im Übrigen die Bewertung des Dollar nicht für eine rein ökonomische Entscheidung, sondern ich sehe darin auch eine Schutzvorkehrung des europäischen Marktes angesichts des internationalen Wettbewerbs. Aber darüber müssten wir reden; vielleicht schätze ich das als Nichtökonom nicht richtig ein.

Mein drittes Beispiel betrifft die Raumfahrt - also ebenfalls Daimler. Ich selber war lange Zeit gegen die bemannte Raumfahrt, weil ich das für ein Verschleudern von öffentlichen Forschungsmitteln hielt. Denn schätzungsweise 75 Prozent des gesamten bundesstaatlichen Forschungsetats gingen in diesen Bereich, während sich die übrigen Forschungsbereiche die restlichen 25 Prozent teilen müssten, an denen Bremen teilweise auch interessiert war. Inzwischen bin ich Nutznießer dieser Entwicklung und habe mich mächtig dafür engagiert. Der Grund ist, dass DaimlerChrysler - inzwischen fusioniert mit den Franzosen und den Engländern - heute der einzige europäische Raumfahrtkonzern ist, genannt "Astrium", der den Amerikanern auf diesem Gebiet Paroli bieten kann.

Für die Vermarktung dieser Technologie sorgt ein mittelständisches Unternehmen mit ungefähr 250 Wissenschaftlern, alle in Bremen ausgebildet. Dazu gehört auch das Zentrum für angewandte Raumfahrttechnik und Mikrogravitationsforschung (ZARM), ein Universitätsinstitut. In dieser gemeinsamen Firma ist es gelungen, eine hohe Kompetenz aufzubauen, um die schwierige und wichtige Aufgabe der Vermarktung zu gewährleisten.

Ich will in diesem Zusammenhang auch daraufhinweisen, dass beim so genannten ISS-Programm, das in den nächsten drei, vier Jahren im Weltraum realisiert werden soll, all jene beteiligt sind, die früher Kriege gegeneinander organisieren wollten und die an diesem weltumspannenden Projekt, das der rechtzeitigen Erkennung von Gefährdungen des Globus dient, zusammenarbeiten. An diesem Beispiel wird deutlich, dass die Technik auch der "Bewahrung der Schöpfung" dienen kann, wie wir Kirchentagsleute sagen würden.

Ein weiteres Beispiel für konstruktive Strategien im Rahmen der Globalisierung ist unsere Hafenpolitik. Hier arbeiten Hamburg und Bremen inzwischen eng zusammen - nachdem wir jahrhundertlang im harten Konkurrenzkampf gegeneinander gestanden haben. Dabei sollten Sie wissen, dass ungefähr 98 Prozent des weltweiten Gütertransports nach wie vor per Schiff geschieht - eine gigantische Zahl. Daran wird sich kurzfristig auch nichts ändern. Selbst wenn dies eines Tages unter 90 Prozent absacken sollte, wäre das immer noch gewaltig. Diese Aufgaben lassen sich heute nicht mehr im Rahmen einer öffentlich-rechtlichen Hafenwirtschaft abwickeln, sondern das soll in Bremen

marktgerecht in unternehmerischer Verantwortung geschehen. Dabei denken wir nicht an Hutchinsons aus Hongkong, die überall in der Welt Häfen aufkaufen, sondern an eine Kooperation beispielsweise zwischen den Reedern, die bereit sind, sich mit dem Bremer Hafen zu identifizieren, und Großkunden wie DaimlerChrysler und BMW, die ihre Produkte weltweit verschiffen.

Hamburg und Bremen haben hier in den letzten vier Jahren gemeinsam eine Konzeption erarbeitet, die die hafenspolitischen Kompetenzen unserer beiden Hafenstädte bündelt, wobei wir auch in den Ausbau der Hafenanlagen investieren. Betreiber und Nutzer werden also in ein Gesamtkonzept eingebunden, um eine funktions- und kostengerechte Lösung zu realisieren. Unsere Erwartung ist, in diesem Jahr die Nummer eins in der Welt zu werden - heute sind wir bereits die Nummer eins in Europa und haben Rotterdam umschlagsmäßig überholt und sind dabei, jetzt auch Hutchinsons und Singapur hinter uns zu lassen.

Das alles, hochverehrter Professor für Ökonomie, gelingt nur, weil Staat und Wirtschaft verantwortlich zusammenarbeiten und ihre verschiedenen Kompetenzen regional so intelligent miteinander vernetzen, dass wir global konkurrenzfähig sind.

Letztes Beispiel: die Stahlindustrie. Klöckner hatte bei uns ein Stahlwerk gebaut, dann aber die Lust daran verloren, als der Stahlmarkt wieder einmal tief im Keller war. Auch Thyssen und Krupp waren daran nicht weiter interessiert. Das Werk dichtzumachen, ohne eine Alternative zu haben - bei fünfzehn, sechzehn Prozent Arbeitslosigkeit ist das ein durchaus dramatischer Tatbestand. Glück für uns war, dass Niedersachsen gerade der Firma Arbed den Stuhl vor die Tür gesetzt hatte. Jetzt betreiben wir zusammen mit Arbed das Stahlwerk. Als der Stahlpreis auf dem Tiefpunkt war und die Asiaten ihre Läger zu Wahnsinnspreisen räumten, um überhaupt noch etwas verkaufen zu können, hat Arbed getreu der Devise des früheren Bundeswirtschaftsministers Karl Schiller - erhebliche Modernisierungsinvestitionen vorgenommen. An diesem Unternehmen ist die Stadt Bremen mit dreißig Prozent beteiligt, worauf Arbed auch großen Wert legt; denn die interessenmäßige Verzahnung von Politik und Ökonomie ist in diesem Falle die Gewähr für die Weiterentwicklung des Unternehmens, um die Lasten der Modernisierung realistisch verteilen zu können. Auf diese Weise konnte das Stahlwerk überleben.

Im Gegensatz zu Herrn von Weizsäcker bin ich fest davon überzeugt, dass es einer Katastrophe gleichkäme, wollten wir die wirtschaftliche Entwicklung an unserem Standort allein den "verantwortungslosen" zentrifugalen Kräften überlassen, die es schon irgendwie richten würden. Ich halte es geradezu für eine Überlebensfrage, dass es uns gelingt, die gewaltige Dynamik globaler Unternehmen einzubinden und für sie Rahmenbedingungen zu definieren, die nicht nur die Produktion, sondern auch das ganze Ambiente betreffen.

Alle reden heute von China. Was ich dort erlebt habe, waren Menschen, die vom Weltmarkt keine Ahnung haben und für die sich Chancen, am Weltmarkt teilzunehmen, auch in absehbarer Zeit nicht eröffnen werden. Aber wir müssen doch unser System nicht erst gegen die Wand fahren, damit die Chinesen lernen, wie man es besser nicht machen sollte. Deshalb trete ich mit allem Nachdruck dafür ein, dass wir zwischen den global agierenden Wirtschaftskräften und den regionalisiert handelnden politischen Verantwortlichen eine Balance hinbekommen.

### **von Dohnanyi**

Sowohl Herr von Weizsäcker als auch Herr Scherf haben deutlich gemacht, dass die Globalisierung nicht aufzuhalten ist. Wir haben es hier mit einem säkularen Prozess zu tun, der sich historisch übrigens nicht auf das 20. Jahrhundert beschränkt. Fernand Braudel beginnt sein Buch "Der Aufbruch in die Weltwirtschaft" nicht ohne Grund mit dem 15. Jahrhundert, und der Prozess lässt sich noch weit länger zurückverfolgen. Er ist weder aufzuhalten noch umzukehren. Kein Land kann sich dem entziehen - auch das haben beide Referenten klargemacht.

Ich würde vorschlagen, dass wir uns in der Diskussion mit der Tatsache der Globalisierung als solcher nicht lange aufhalten und uns beispielsweise eher der Frage zuwenden, inwieweit dieser Prozess politisch gestaltbar ist, und zwar national wie international. Diese Frage hat ja in der politischen Debatte vor der letzten Bundestagswahl in Deutschland eine nicht unerhebliche Rolle gespielt.

In dem Zusammenhang wäre etwa zu fragen, ob sich ein Land oder eine Region gegenüber den Globalisierungskräften gewissermaßen wappnen kann. Herr Scherf hat dies am Beispiel Bremen sehr eindrucksvoll dargestellt - etwa mit dem Dreischichtenarbeitsmodell bei Daimler-Benz, ein Tatbestand, den man zuvor aus Bayern kannte.

Unser Thema heißt "Modell Deutschland: Reif für die Globalisierung?" Was muss in Deutschland geschehen, wenn wir uns für die Globalisierung wappnen wollen? Sind wir gewappnet, um in diesem

Prozess, der sich nicht aufhalten, auch nicht verlangsamen lässt, mithalten zu können? Welche Probleme, aber auch welche Chancen stellen sich für unser Land, wenn es um die internationale Gestaltung dieses Prozesses geht? Herr von Weizsäcker hat darauf verwiesen, dass wir dabei die Methoden, die in anderen Ländern entwickelt worden sind, auch beachten sollten. Welche Möglichkeiten stehen uns zur Verfügung, um uns in diesem Prozess behaupten zu können?

Ich will einen weiteren Punkt festhalten: Herr Scherf hat auf Haider hingewiesen. Ich denke, das ist in der Tat ein zentrales Thema: Wann begehren die Menschen auf angesichts einer Entwicklung, der sie sich ausgeliefert fühlen und auf die sie dann irrational reagieren? Die "Wirtschaftswoche" hat kürzlich in einem Leitartikel mit der Überschrift: "Erst der Anfang" die Frage erörtert, welche neuen Kräfte sich weltweit gegen den Kapitalismus formieren könnten.

### **Christian von Weizsäcker**

Nur eine Anmerkung. Herr Scherf hat gesagt, der so genannte kleine Mann sei der Leidtragende der Globalisierung. Dieser Feststellung möchte ich entschieden widersprechen die Kleinen profitieren davon genauso wie die Großen.

### **Hickel**

Bei Ihrer scharfen Dichotomisierung, Herr von Weizsäcker, von zentrierenden und zentrifugalen Kräften subsumieren Sie interessanterweise die Wissenschaft einfach mit unter das Profitprinzip der Wirtschaft. Auf dem Markt der Wissenschaft müssten die gesamtgesellschaftlich verantwortungslos handelnden Professoren eben mit ihren Publikationen einzelwirtschaftlich bestehen. Das reduziert die Wissenschaft doch unzulässigerweise. Wissenschaft hat die Verantwortung, gesellschaftliche Zusammenhänge aufzuzeigen und Alternativen zu denken. Das gilt auch für die Lehre, die neben Fertigkeiten soziale Kompetenz zu stärken hat.

Ich halte diese Aufteilung überhaupt für höchst problematisch und weder im historischen Rückblick noch im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung für zutreffend: Hier der statische, im Grunde entscheidungsunfähige Staat und da die sich immer zum Optimum selbst steuernde dynamische Wirtschaft. Herr Scherf hat mit seinen Beispielen eindrucksvoll belegt: Die marktwirtschaftlich organisierten Systeme arbeiten ohne jeden Zweifel außerordentlich effizient; sie führen aber - zumal angesichts der weltweiten Konzentrationsprozesse - zu Folgeproblemen, die mit den Instrumenten der Marktsysteme selbst nicht bewältigt werden können. Deshalb braucht es unter allen Umständen klug handelnder politischer Instanzen, die gemeinsam mit den Wirtschaftsakteuren die Probleme angehen. Um es in einem Satz zusammenzufassen: Die Globalisierung der Wirtschaft erzwingt das Mitwachsen internationaler Regulierung.

Was national zutrifft, gilt auch international. Dazu ein Beispiel: Der große britische Nationalökonom Arthur Cecil Pigou, ein durchaus radikaler Marktwirtschaftler, hat 1920 in seinem Werk "Welfare of Economics" gezeigt, dass Marktsysteme beispielsweise ökologische Probleme per Externalisierung schaffen. Deshalb muss Politik ordnende Instrumente zur Internalisierung schaffen. Desgleichen führen Marktsysteme zu sozialen Risiken, die mit Hilfe sozialstaatlicher Maßnahmen aufzufangen sind. Ich könnte zahlreiche weitere Beispiele nennen.

Noch dieser Zusammenhang sei erwähnt: Komplexe Fusionen schaffen multinationale beziehungsweise transnationale Unternehmen. Dadurch entsteht trotz Agierens auf Weltmärkten Marktbeherrschung. Aktuelles Beispiel ist Microsoft. Die US-Justiz hat die Aufgabe übernommen, diese weltweite Marktmacht zu reduzieren. Wir müssen die sozialökologisch gestaltete Marktwirtschaft internationalisieren.

Was den Strukturwandel am Standort Deutschland angeht, so ist dieser bereits seit Jahren im vollen Gange. Denken Sie etwa an ein Unternehmen wie Preussag, das ohne jegliche Steuergeschenke eine fundamentale Neustrukturierung in Richtung Logistik/Touristik zuwege gebracht hat. Oder an den Umbau der Hoechst AG in den Aventis-Konzern. Ihre These also, Herr von Weizsäcker, erst die angekündigte Steuerbefreiung von Veräußerungsgewinnen beim Verkauf von inländischen Kapitalbeteiligungen werde den notwendigen Strukturwandel bewirken, ist empirisch nicht belegbar. Damit stoßen wir zu einer entscheidenden Ursache der Fusionierung vor: Extrem hohe Entwicklungskosten von Produktinnovationen einerseits und immer kürzere Produktzyklen andererseits zwingen zum Zugang zu riesigen Absatzmärkten.

Herr von Dohnanyi hat zu Recht gefragt, ob mit der Globalisierung zugleich der politische Handlungsbedarf zunimmt. Das ist zweifellos der Fall. Darauf zu verweisen, dass die internationalen Finanzmärkte gewissermaßen wie eine anonyme Weltpolizei die Dinge schon richten werden, wenn



ein Land Fehler macht, halte ich jedenfalls für falsch. Damit würden Demokratien auch ihre Funktion verlieren. Ich würde genau andersherum argumentieren: Die Internationalisierung der Wirtschaft reduziert die Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten und macht politische Aktivitäten auf internationaler Ebene umso notwendiger. Die ökologische Krise wirkt nun wirklich global, das heißt grenzübergreifend. Die Defizite beim globalen politischen Handeln dagegen, das ist der Skandal.

Wir müssen uns auch noch verständigen: Was meint eigentlich Globalisierung? Ohne dass ich mich jetzt auf Definitionsfragen einlassen will, zeigt sich die Globalisierung in drei verschiedenen Richtungen. Das Erste ist die Internationalisierung des Handels mit Gütern und Dienstleistungen. Hier gibt es wachsenden Regulierungsbedarf, was etwa die sozialen Mindeststandards und die weltweite Wettbewerbsordnung betrifft, Probleme, die bei der letzten WTO-Konferenz in Seattle leider nicht angepackt wurden. Das Zweite ist - und das ist in der Tat ein neues Phänomen;-, dass Entscheidungen über Produktionsstandorte heute grenzüberschreitend getroffen werden, Stichwort Direktinvestitionen. Auch bei den Direktinvestitionen müssen weltweite Standards gesetzt werden, etwa soziale und ökologische Anforderungen an Produktionsstätten.

Das Dritte schließlich betrifft die Finanz- und Kapitalmärkte. Hier nimmt der politische Handlungsbedarf ungeheuer zu. Die viel zu schnelle Liberalisierung dieser Märkte hat schließlich in Südostasien eine Finanzkrise ausgelöst und letztlich dort die Arbeitslosigkeit erhöht. Vor allem aber rückt über die Finanz- und Kapitalmärkte spekulatives Handeln in den Mittelpunkt. John Maynard Keynes sprach schon in den dreißiger Jahren vom "Kasinokapitalismus". Eigene Finanzierungsmittel (Cashflow) der Unternehmen suchen nach hochrentierlichen Anlagemöglichkeiten auf den Finanz- und Kapitalmärkten. Durch die relative Entkoppelung der Produktions- und gegenüber der Finanzsphäre können Seifenblasen entstehen ("Soap-bubble-economy"). Was passiert, wenn die platzen, zeigen die großen Wirtschaftskrisen. Die globale Aufgabe heißt: Schaffung der Stabilität der Weltfinanzmärkte. Also Regulierung, nicht Deregulierung zugunsten der Weltwirtschaft.

Ich sage also mit Henning Schert": Im internationalen Kontext nimmt der politische Handlungs- und Regulierungsbedarf erheblich zu, wenn der ganze Prozess sinnvoll gestaltet werden soll und damit soziale und ökologische Risiken beherrscht werden sollen.

### **Fugmann-Heesing**

So wie Herr von Weizsäcker die Rolle der Politik beschreibt, muss ich als Politikerin den Eindruck gewinnen, dass die Politik stets nur hinter den wirtschaftlichen Entwicklungen herlaufen könne, um irgendwie zu versuchen, damit klarzukommen. Sie sprechen von der bewahrenden Aufgabe der Politik. Aber was bewahrt die Politik dabei eigentlich? MUSS sie nicht angesichts der wirtschaftlichen Entwicklungsprozesse, die wir zurzeit erleben, eine eigene, äußerst dynamische Rolle spielen? Mit anderen Worten: Wie scharfen wir es, vor diesem Hintergrund Politik geradezu neu zu definieren, um überhaupt angemessen politisch handeln zu können?

Sie haben zu Recht gesagt, die Wirtschaft könne in diesem Globalisierungsprozess keine Verantwortung für die Gesamtgesellschaft übernehmen - das ist in der Tat auch nicht ihre Aufgabe. Dann stellt sich aber doch die Frage, ob die Wirtschaft angesichts der erheblichen gesellschaftlichen Veränderungen, die nicht zuletzt durch die Globalisierung ausgelöst werden, ihr Handeln nicht zumindest in den gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozess einbinden muss. Das heißt, auch wenn die einzelnen Unternehmen nicht für das Ganze verantwortlich sind, brauchen wir einen Diskurs über die gesamtgesellschaftliche Einbindung der Wirtschaft.

Herr von Weizsäcker hat den Wettbewerb auf dem Strommarkt als ein positives Beispiel erwähnt. Dazu kann ich aufgrund meiner eigenen Erfahrungen nur daraufhinweisen: Berlin hat als erstes Bundesland die Stromversorgung zu hundert Prozent privatisiert. Wenn sich jedoch die Politik hier aus der unternehmerischen Verantwortung zurückzieht, muss sie gleichzeitig dafür sorgen, dass mit Hilfe des politischen Handlungsinstrumentariums, also per Gesetz, konkrete Rahmenbedingungen definiert werden. Ich stimme zu, dass sich der Staat an solchen Unternehmen nicht direkt beteiligen sollte. Das macht aber die politische Rahmengesetzgebung umso notwendiger, wenn wir der Wirtschaft solche Aktivitäten voll übertragen.

### **Streck**

Bei aller grundsätzlichen Zustimmung zu dem, was Sie sagen, Frau Fugmann-Heesing, würde ich mir dennoch wünschen, dass das, was Herr von Weizsäcker dargelegt hat, in sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Kreisen öfter gehört würde: dass nämlich die Dynamik einer Gesellschaft von unten und nicht aus der Zentrale kommt; dass Innovation nicht planbar ist; dass wir mit politischen Programmen nicht vorhersagen können, was in zehn Jahren für diese Gesellschaft gut sein wird; dass

es im Bereich des zentralen politischen Entscheidens Erkenntnisgrenzen gibt, die man respektieren muss, wenn man gute Politik machen will.

Zugleich gilt aber auch: Wenn wir dem Markt die wirtschaftliche Entwicklung überlassen und Wirtschaft und Wissenschaft von der Verantwortung für das Ganze freisprechen, dann ändert das nichts daran, dass die Menschen in moralischen und historischen Zusammenhängen handeln, die jenseits von Angebot und Nachfrage liegen. Sicher, der Wissenschaftler hinterfragt dies nicht, wenn er forscht, und ich füge hinzu: er sollte es vielleicht auch nicht hinterfragen. Aber trotzdem stellt sich, wie Frau Fugmann-Heesing sagt, die Frage nach den gesellschaftlichen oder politischen Rahmenbedingungen. Herr Scherf hat es deutlich formuliert: Wer auf dem Weltmarkt operiert, muss sich der sozialen Ressourcen, sozusagen des sozialen Kapitals vergewissern, der Traditionen und Fähigkeiten, die in einer bestimmten Region historisch vorhanden sind. Politik und Wirtschaft können da erstaunliche Leistungsgemeinschaften bilden, die vorhandenen Ressourcen auf neue Weise kombinieren und damit auf dem Weltmarkt außerordentlich erfolgreich sein. Herr Scherf hat in dieser Hinsicht ja ein sehr positives Bild gezeichnet.

Meine skeptische Frage ist indes - und da schließe ich an Herrn Hickel an: Wieweit sind solche dezentralisierten, entstaatlichten, zum Teil auch entpolitisierten Prozesse tragfähig angesichts der Risiken, die diese Entwicklung ebenfalls beinhaltet? Ich frage also nach dem Rahmen, in dem sich die ganze Veranstaltung abspielt, und danach, wer ihn mit welchen Mitteln sichern und kultivieren soll.

Und ich füge hinzu: Herr von Weizsäcker hat ein wenig triumphierend gesagt, die Globalisierung habe den Nationalstaat ausgehebelt und Gott sei Dank sei nichts Neues an seine Stelle getreten. Darin könnte aber auch ein Risiko liegen. Vielleicht brauchen wir doch irgendetwas, das an die Stelle des Nationalstaates tritt. Denn wer soll sonst die Verantwortung für das Ganze wahrnehmen? Kann man das ganz und gar einer unsichtbaren Hand überlassen?

### **Kirsch**

Ich stimme Herrn von Weizsäcker zu, dass die Wissenschaft verantwortungslos ist. Kein Wissenschaftler, der kreativ ist, kann wissen, was er damit anrichtet, wenn er etwas völlig Neues in die Welt setzt. Ich halte es für anmaßend, einem Wissenschaftler vorschreiben zu wollen, er müsse für das, was er erforscht, Verantwortung übernehmen. Das wäre eine totale Überforderung.

Das Gleiche gilt für die Wirtschaft: Wusste Henry Ford, als er das Modell T vom Band laufen ließ, was er damit auslöste - im Guten oder im Schlechten? Er konnte es nicht einmal ahnen. Auf der anderen Seite ist es eine absolut hegelianische Vorstellung zu meinen, Politiker seien für das große Ganze zuständig. Ich möchte niemandem zu nahe treten, aber auch Politiker sind nicht das Fleisch gewordene Gemeinwohl. Das ist sicher keine Injurie; denn als Menschen sind sie nun einmal begrenzt. Mit anderen Worten: Ob Menschen in der Wirtschaft oder in der Politik tätig sind, überall stellen wir eine bemerkenswerte Unverantwortlichkeit fest.

Herr Scherf hat aber mit seinen Beispielen aus Bremen gezeigt, dass Wirtschaftler, Wissenschaftler und Politiker sehr wohl verantwortlich und mit guten Erfolgen zusammenarbeiten können. Hängt dieser Erfolg aber nicht zuletzt damit zusammen, dass dies in Bremen, einem sehr kleinen Bundesland, geschieht? Auch ich bin Staatsangehöriger eines sehr kleinen Landes, nämlich Luxemburg. Auch bei uns wurde im Zusammenspiel von Wirtschaft und Politik die Stahlindustrie bestens saniert. Dass wir ebenfalls ein großer Bankplatz sind, will ich nur am Rande erwähnen.

Eine Großbank in der Schweiz wirbt mit dem Slogan, sie sei "incredibly global" und "incredibly local". Vielleicht geht es eben darum: in der heutigen Welt global zu denken, aber lokal zu handeln.

Dabei sollten wir uns aber auch fragen, Herr Scherf: Führen die Erfolge in Bremen oder in Luxemburg nicht gleichzeitig dazu, dass andernorts daraus Probleme entstehen? Ihr Bundesfinanzminister Eichel ist zweifellos der Ansicht, dass die Erfolge Luxemburgs nicht zuletzt dem Staatshaushalt der Bundesrepublik Probleme bereiten.

### **Hickel**

Das ändert sich, wenn man bedenkt, dass von den kleinen Ländern auch positive Nutzen-Spillover auf die angrenzenden Länder beziehungsweise den Bund ausgehen.

### **Kirsch**

Meine weitere Frage ist aber: Wenn der kleine Handlungsrahmen die Voraussetzung für den Erfolg ist, wie vermeiden wir es, dass wir uns wechselseitig den Mist vor die Tür kehren? Inwieweit wäre ein

solches Konzept also generalisierbar? Und wer legt die Rahmenbedingungen fest? Oder ordnet sich da alles von selbst? Einige Liberale meinen ja, die Anarchie sei ein sich selbst ordnendes System. Die Ordnung ist dann gewissermaßen ein Kind der Unordnung. Wenn man dieser Ansicht ist, sollte man das aber auch deutlich sagen und sich damit der kritischen Auseinandersetzung stellen.

### **Bude**

Die Menschen, die in der Argumentation von Herrn von Weizsäcker nicht vorkommen, treten bei Herrn Scherf als die "kleinen Leute" auf, die im Grunde nur die Opfer dieser Entwicklung sind. Sie haben das eben auch kritisch angemerkt, Herr von Weizsäcker.

### **Hickel**

Herr Scherf hat in der Tat die "kleinen Leute" erfreulicherweise genannt, jedoch nicht gegen die "Großen" ausgespielt. Seine These ist richtig: Stärkung der Wirtschaftskraft nützt denen, die auf Erwerbsarbeit angewiesen sind.

### **Bude**

Ich würde aber ebenfalls davor warnen, mit einem solchen Opferbegriff zu operieren; so sind Vorstellungen für eine Politik der Globalisierung gerade nicht zu gewinnen. Stattdessen verhindern wir nur die Erkenntnis, dass Globalisierung ein Prozess ist, der nicht nur extern verursacht, sondern auch intern gewünscht ist. Ich denke beispielsweise an die Popularisierung des Besitzers von Geldvermögen durch die erfolgreiche Kampagne der deutschen Telekom, die bewirkt hat, dass sich immer mehr Menschen für die Steigerung der Kapitalproduktivität interessieren, indem sie ihr Geld in Aktien anlegen. Dazu gehören nicht zuletzt viele Angehörige des öffentlichen Dienstes. Dieser Anerkennungsgewinn für den Typus des Geldvermögensbesitzers ist in Deutschland neu und verschafft der Globalisierung des Kapitals eine eigene Legitimität, gewissermaßen von unten her.

Aufs Ganze gesehen, habe ich den Eindruck - und das hat sehr viel mit dem "Modell Deutschland" zu tun;-, dass eine Politik, die immer noch primär auf die Wahrung sozialer Rechte abstellt, mehr und mehr sich selbst das Wasser abgräbt, wohingegen für die neuen Generationen eine Politik, die stärker die individuellen Optionen fördert, viel erfolgversprechender wäre. Gerade viele jüngere Menschen stellen sich die Frage: Was nützt mir eine Politik, die meine Rente zu sichern verspricht, wenn ich gar nicht weiß, wie viel ich eines Tages bekommen werde? Was nützt mir das garantierte Recht auf Bildung, wenn ich nicht weiß, wie die Bildungsinstitutionen ausgestattet sind? Das heißt, soziale Rechte werden nicht in erster Linie als eine feststehende Errungenschaft verstanden, sondern als eine Art sozialmoralische Obligation gesehen, wo der Einzelne sich fragt: Was bringt mir das?

Wenn mich nicht alles täuscht, befinden wir uns in vielen europäischen Ländern - nicht nur in Deutschland - heute an einem Punkt, wo die Menschen stärker auf individuelle Optionen statt auf soziale Rechte setzen. Diese Entwicklung wird konnotiert mit der Metapher Globalisierung, womit zugleich gesagt wird, dass die Steigerung individueller Optionen nur um den Preis anderer sozialer Risiken zu haben ist. In anderer Richtung kann man sagen: Der eigentliche Profiteur der Globalisierung ist der Konsument, weniger der Produzent und der arbeitende Mensch. Ich halte es jedenfalls für wichtig, nicht vorrangig auf die möglichen Opfer abzustellen, sondern die Tendenzen, die sich aus der Gesellschaft heraus der Globalisierung zuwenden, positiv zu belegen, damit die Politik diese Entwicklung offensiv begleiten und vermitteln kann.

### **Hickel**

Was machen Sie mit den tatsächlichen Opfern, mit den Verlierern der Globalisierung, die es doch auch gibt? Etwa mit denjenigen, die unverschuldet ihren Job verlieren und an anderer Stelle keine Neubeschäftigung finden.

### **Bude**

Die will ich keineswegs ausklammern, Herr Hickel. Es gibt in unserer Gesellschaft in der Tat neue Gruppen von "Überflüssigen", die uns bisher im "Modell Deutschland" unbekannt waren. Aber die sind sozialstrukturell nicht so einfach zu verorten.

Wenn sich aber, Herr von Dohnanyi hat das angedeutet, die jüngeren Generationen inzwischen stärker auf Optionen hin orientieren, dann müsste die Politik einen anderen Begriff von politischer Macht entwickeln - und das geschieht ja auch bereits in Ansätzen. Statt gegen den Widerstand

anderer etwas durchzusetzen, kommt es jetzt weit mehr darauf an, andere zu verleiten oder dazu anzuhalten, Dinge zu tun, die sie sonst nicht tun würden.

Das heißt, Herr Scherf, regionale Politik hat nicht nur die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu schaffen, sondern sie muss auch Ideen, Visionen entwickeln, um den Wirtschaftssubjekten neue Wege zu weisen, auf die sie von sich aus nicht kommen würden. Eine solche Politik stellt viel mehr auf Angebote und Anreize ab und orientiert sich an einem modernen Machtbegriff, der einem optionalen Denken innerhalb der Gesellschaft entspricht. Was das wiederum für die Regulierungspraktiken bedeutet, da bin ich mir allerdings nicht so sicher, dass dafür vorrangig Gesetze das Richtige sind.

### **Staudt**

Ich möchte den Ausführungen von Herrn von Weizsäcker noch einen Tatbestand hinzufügen, der aus meiner Sicht unbedingt dazugehört. Die ganze Globalisierung und alles, was wir zurzeit wahrnehmen, wird letztlich durch eine Revolution im Bereich der Kommunikationstechnologie ermöglicht, wie es sie in dieser Dichte und Beschleunigung noch nie zuvor in der Geschichte der Menschheit gegeben hat.

Wenn Sie die Herren Schrempp oder Breuer, all die Global Player, fragen, welches derzeit ihr größtes Problem in diesem Prozess der Globalisierung ist, erhalten Sie unisono zur Antwort: Die größten Probleme bereitet uns die Kommunikation. Die internationalen Gebilde, die hier entstehen, sind außerordentlich schwer zu steuern. Mein Unternehmen IBM beispielsweise beschäftigt 300.000 Mitarbeiter in 160 Ländern. Was wir in einem Unternehmen dieser Größenordnung brauchen, ist eine Unternehmenskultur, eine Corporate Identity. Wir müssen eine gemeinsame Sprache finden und Ebenen entwickeln, auf denen Innovationsprozesse stattfinden können. Das ist natürlich nur möglich, wenn wir die neuen technologischen Möglichkeiten optimal nutzen.

Deshalb habe ich auch etwas gegen Ihre Formulierung, Herr von Dohnanyi, wir müssten uns gegen diese neuen Kräfte wappnen. Ganz im Gegenteil: Wir müssen alles tun, um uns dieser Kräfte und Möglichkeiten zu bedienen.

### **von Dohnanyi**

Das habe ich aber gemeint, Herr Staudt.

### **Staudt**

Bei mir hat der Begriff "wappnen" etwas mit verteidigen, abwehren, sich davor schützen zu tun. Wir müssen uns aber nicht davor schützen, sondern alle Chancen nutzen, die uns diese neuen Technologien bieten.

Die Entwicklung, die sich hier abzeichnet, wird für unsere Gesellschaft erhebliche Konsequenzen haben. Ich will dazu nur ein Beispiel anführen: Die Umsätze im so genannten E-Business werden sich in den nächsten drei Jahren nahezu vervierhundertfachen, von 2,4 Milliarden DM in 1999 auf über 800 Milliarden DM bis 2003 - eine unvorstellbare Beschleunigung. Mit diesen Umsätzen in einem Bereich, der ganz neu entsteht, schaffen wir auch zusätzliche Arbeitsplätze in einer Branche, die fünfmal schneller wächst als das Bruttoinlandsprodukt.

Damit eröffnen sich auch für unseren Staat ganz neue Perspektiven. Was ich mich frage: Ist Deutschland eigentlich auf diese Entwicklung vorbereitet? Gehen wir die Dinge bei uns richtig an? Wenn ich beobachte, was in Ländern wie den USA, Skandinavien oder Großbritannien vor sich geht - den Vorreitern in diesem Prozess;- , dann läuft im Vergleich dazu bei uns einiges falsch, weil in Deutschland die Bedenken gegenüber innovativen Prozessen überwiegen. Seitens des Staates müsste man sich sehr viel mehr für das Neue begeistern.

Und hier sind in der Tat Unternehmen, Politik und Gesellschaft gleichermaßen gefordert, neue Formen der Zusammenarbeit zu finden. Wenn wir heute nicht die Weichen richtig stellen und an Zukunftsvisionen bauen, werden wir in wenigen Jahren die Quittung für unsere Versäumnisse auf dem Tisch haben.

### **Flassbeck**

Dass hier eine Revolution stattfindet, ist unbestritten, Herr Staudt. Die Frage ist indes, wie sich diese Revolution in den nächsten Jahren gesamtwirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich auswirken wird. Und darüber können wir heute noch wenig aussagen. In den USA hat diese Revolution dazu geführt, dass sich die dortige Produktivitätsentwicklung der europäischen in etwa angenähert hat - was erstaunlich genug ist und wir vor zehn Jahren nicht für möglich gehalten hätten. Aber von einem

großen Sprung, der die amerikanische Gesellschaft gewissermaßen in kürzester Zeit in ein neues Zeitalter katapultiert, kann nicht die Rede sein.

Man sollte mit Prognosen dieser Art vorsichtig sein. Ob das, was wir gerade erleben, der entscheidende Schritt in der Menschheitsentwicklung ist, da wäre ich doch zurückhaltend - so haben die Menschen auch früher schon auf neue Entwicklungen reagiert. Immer war die Revolution, die gerade stattfand, die entscheidende für die Menschheit.

Herr von Dohnanyi hat die Frage gestellt: Inwieweit ist der Globalisierungsprozess politisch gestaltbar? Ich stimme Ihnen zu, Herr Staudt, es kann nicht darum gehen, uns dagegen zu wappnen im Sinne von abwehren, sondern in dem Sinne, ob es der Politik gelingt, sich aktiv darauf einzustellen und dafür einen Rahmen zu schaffen. Gerade global agierende Unternehmen können heute so wenig wie früher auf nationaler oder auf europäischer Ebene ohne einen stabilen Rechtsrahmen tätig werden. Sie müssen zum Beispiel ihre internationalen Forderungen rechtlich einklagen können. Das heißt, wir brauchen ein internationales Rechtssystem und Gerichte, an die man sich in Konfliktfällen wenden kann.

Wohin es führt, wenn derartige Dinge vernachlässigt werden, dafür bieten die Transformationsländer, vor allem Russland, anschauliche und abschreckende Beispiele. Wenn, wie es dort der Fall ist, ein solcher staatlicher Rechtsrahmen fehlt, funktioniert auch der Markt nicht, sondern es herrschen Anarchie und Chaos.

Ich meine also, wir müssen sehr darum bemüht sein, dass der staatliche Rahmen international mitwächst, damit sich die Akteure sicher fühlen und frei agieren können. Der Rechtsrahmen muss ihnen aber auch klare Grenzen setzen. Das gehört ebenfalls dazu, Herr von Weizsäcker.

Des Weiteren sollten wir etwas mehr differenzieren zwischen dem, was wirklich neu an der Globalisierung ist, und dem, was frühere Entwicklungen nur fortsetzt. Wie die Beispiele von Herrn Scherf zeigen, hat sich an den Gütermärkten gar nicht so viel ganz Neues ereignet, auch wenn sich die Prozesse intensiviert haben. Aber das Phänomen als solches ist seit Jahrhunderten bekannt. Die Kaufleute in Hamburg und Bremen haben das immer gewusst. Und auch die Beschleunigung ist keine neue Erscheinung. Die Entwicklung von der Brieftaube zum Telegrafen ist nicht zuletzt eine Frage der zunehmenden Geschwindigkeit. Heute geht es eben noch schneller.

Neu ist die Entwicklung allerdings auf dem Kapitalmarkt. Bei Ihrer Argumentation, Herr von Weizsäcker, konnte der Eindruck entstehen, als sei das professionelle Anlagemanagement genauso produktiv wie die Vorgänge an den Gütermärkten. Das würde ich zumindest bezweifeln; denn die Kapitalmärkte per se schaffen kein Realeinkommen, sondern verwenden lediglich das anderweitig erwirtschaftete Realeinkommen. Das kann natürlich mehr oder weniger effizient geschehen. Ob sich dadurch das Realeinkommen selbst wesentlich erhöht, ist eine offene Frage. Der Nachweis großer Realeinkommenseffekte fehlt jedenfalls bisher noch.

Unbestritten ist, dass die Kapitalmärkte die vorhandenen Renditechancen rund um die Welt heute sehr viel schneller zu nutzen verstehen. Aber damit sind immer auch hohe Risiken verbunden, wie wir das in der Asienkrise eindrucksvoll erlebt haben. Deshalb erneut mein Petition: Wenn der staatliche Rahmen nicht entsprechend mitwächst, drohen Gefahren, wie wir dies in Asien erlebt haben. Die Kapitalmärkte haben sozusagen fehlalloziertes Kapital angelegt, obwohl sie eigentlich hätten wissen müssen, dass sie damit erhebliche Risiken eingehen. Dadurch sind zugleich verschiedene Länder massiv in Bedrängnis geraten - abgesehen von den wirtschaftspolitischen Fehlern, die die Regierungen dort begangen haben.

Wir müssen uns also auf der staatlichen Ebene Gedanken darüber machen, ob wir den Kapitalmärkten das Feld völlig freigeben, zu tun und zu lassen, wie sie es wollen. Zugleich müssen wir überlegen, wie wir die Länder beraten, um zu verhindern, dass sie in eine wirtschaftspolitische Falle hineinlaufen und lernen, derartige Krisen zu vermeiden, statt hinterher, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, Katastrophenhilfe zu leisten. Dass westliche Beratung einige Länder erst ins wirtschaftspolitische Abseits geführt hat, steht auf einem anderen Blatt.

## Stock

Zu der kurzen Debatte zwischen Herrn Flassbeck und Herrn Staudt möchte ich nur anmerken: Herr Flassbeck, die Revolution besteht nicht darin, dass die Brieftaube nunmehr durch Lichtgeschwindigkeit ersetzt wird. Es ist die Gleichzeitigkeit, mit der wir generell konfrontiert sind, die erhebliche Bildungsanforderungen an die Menschen stellt. Darin steckt auch eine enorme Chance, die aber wahrgenommen und ausgehalten werden muss. Es geht eben nicht um die Geschwindigkeit als linearen Prozess.

## Mosdorf

Was in diesem Gespräch bereits deutlich geworden ist: Wir führen die Globalisierungsdiskussion in Deutschland heute anders als noch vor drei Jahren. Damals konnte man immer wieder hören, die Globalisierung sei im Grunde ein alter Hut; Derartiges gebe es seit den Zeiten von Vasco da Gama und Kolumbus. Was wir jetzt feststellen, ist, dass die Entwicklung neue Dimensionen angenommen hat. Dieser allgemeine Erkenntnisstand ist sicher ein Fortschritt. Ob wir als Antwort auf die Globalisierung mehr oder weniger Regulierung brauchen, ist aus meiner Sicht eine offene Frage. Da gibt es sicher auch große regionale Unterschiede. Manche Länder haben einen überregulierenden Ordnungsrahmen und andere noch gar keinen.

Welchen Weg nimmt die Globalisierung? Was wir auf der UNO-Konferenz in Seattle und auf der UNCTAD-Konferenz in Bangkok feststellen mussten, war, dass sich die Fronten völlig verkehrt haben. Während die OECD-Länder bisher immer für free trade und die Schwellenländer für fair trade plädiert haben, sind es nunmehr die OECD-Länder, die für fair trade eintreten. Die Schwellenländer dagegen vermuten dahinter protektionistische Maßnahmen und werfen uns vor, wir wollten nur verhindern, dass ihre Güter auf unsere Märkte gelangen. Deshalb treten sie jetzt für free trade ein. Die öffentliche Entwicklungshilfe ist heute eine quantité négligeable im Vergleich zu den ausländischen Direktinvestitionen in diesen Ländern. Als Erhard Eppler Entwicklungsminister war, hielten sich beide Größen in etwa die Waage. Das hatte sicher auch etwas mit den Antworten auf die frühere Kolonialzeit zu tun.

## Eppler

Da ging es um ganz andere Ziele.

## Mosdorf

Jedenfalls sind die Direktinvestitionen heute zehnfach höher als die öffentliche Entwicklungshilfe.

Die NGOs haben in Seattle jedenfalls nicht einfach gegen die Marktwirtschaft protestiert, sondern gegen den Protektionismus der OECD-Volkswirtschaften, um den Entwicklungsländern neue Perspektiven zu eröffnen.

Herrn Flassbeck möchte ich sagen: Krisen, wie wir sie in Asien erlebt haben, sind nicht vorhersehbar. Dabei handelt es sich um Öffnungskrisen. Länder, die sich für die Globalisierung öffnen, erleben krisenhafte Entwicklungen, die sich nicht von vornherein vermeiden oder steuern lassen.

Und wenn wir hier fragen: Ist Deutschland reif für die Globalisierung?, dann müssen wir auch sehen, dass gerade diejenigen Länder, die in den letzten Jahrzehnten besonders erfolgreich gewesen sind, sich heute mit der neuen Situation relativ schwer tun. Man könnte für Deutschland geradezu so etwas wie ein "Gesetz des bremsenden Vorsprungs" formulieren - so paradox, wie das klingen mag. Wir waren in der Nachkriegszeit wirtschaftlich außerordentlich erfolgreich, was dazu geführt hat - und das betrifft alle unsere politischen Parteien;- , dass wir zunächst auf die neuen Entwicklungen vornehmlich strukturkonservativ reagiert haben, indem wir meinten: Globalisierung, das Thema kennen wir doch; damit können wir umgehen. Die Skandinavier, die Holländer und auch die Briten bei all ihren Problemen im Fertigungssektor: Beispiel Rover - haben anders reagiert und sich auf die Globalisierungsprozesse eingestellt.

Das Schlüsselwort in Seattle und in Bangkok hieß "leap-frogging", das heißt - und diese Idee vertreten besonders die Asiaten;- , bestimmte industrielle Entwicklungsphasen können mit Hilfe der neuen technologischen Möglichkeiten schlichtweg übersprungen werden. Derartige Überlegungen gelten aber auch für hoch entwickelte Länder. Wenn ich nur daran denke, dass wir in Deutschland in der Nachkriegszeit Telefonkabel für 400 Milliarden D-Mark verlegt haben, für die wir mit der neuen Technik heute nur noch 40 Milliarden D-Mark an Investitionen benötigen würden. Die Entwicklungsländer wollen die früheren industriewirtschaftlichen Phasen einfach überspringen und sich gleich der neuesten Techniken bedienen.

Auf der anderen Seite stellen wir fest, dass angesichts der rasanten Veränderungen, die auch bei uns stattfinden - Gott sei Dank;- , die Menschen jetzt beginnen, darüber nachzudenken, wo eigentlich in diesem ganzen Prozess der Internationalisierung ihr eigener Standort, gewissermaßen ihr Heimatboden ist. Selbst Unternehmensführer wie Jürgen Schrempp sagen: Wir sind zwar ein global agierendes Unternehmen, aber wir sind nicht heimatlos. Das stellt auch Fragen an die Unternehmenskultur, an das kulturelle Selbstverständnis bezogen auf die Regionen und die Länder, in denen man tätig ist.

Ist das deutsche Modell globalisierungsfähig? Ich sehe hier im Wesentlichen drei Defizite: Erstens sind wir nicht die offene Gesellschaft, die wir sein müssten. "Kinder statt Inder" ist nicht nur ein nach rückwärts gewandter Wahlslogan im nordrhein-westfälischen Wahlkampf, sondern ein solcher Spruch zeigt generell an, dass wir international nicht offen genug sind.

Zweitens haben wir bei Bildung und Forschung inzwischen einen erheblichen Nachholbedarf-Bereiche, in denen wir lange Zeit führend waren. Unsere Bildungs- und Forschungssysteme sind inzwischen weitgehend erstarrt und überhaupt nicht in der Lage, auf die neuen Herausforderungen flexibel zu reagieren. In Bremen hat man darauf inzwischen reagiert, wie Henning Scherf beispielhaft gezeigt hat, weil man dazu gezwungen war, sich zu bewegen; sonst hätte man dort völlig den Anschluss verloren.

Drittens fehlt es in Deutschland an einer positiven Einstellung zum Thema Leistungseliten. Dieser Begriff war bei uns immer eher negativ besetzt. Die einen lehnten Eliten grundsätzlich ab, und die anderen sahen in der Orientierung an Eliten in erster Linie Autoritätshörigkeit. Was wir brauchen, ist eine Form von fairem Leistungswettbewerb, der Leistungen auf den verschiedenen Gebieten und bei verschiedenen Begabungen und Talenten respektiert. Mit einer solchen positiven Einstellung sehe ich durchaus Chancen für uns, im Globalisierungsprozess mitzuhalten.

Und ich füge hinzu: Diejenigen, die Marktwirtschaft und Demokratie in einer offenen Gesellschaft zu kombinieren verstehen, werden die Herausforderung der Globalisierung am besten meistern können. Das ist nicht zuletzt eine Frage von "Exzellenz". Die Potenziale sind bei uns vorhanden, aber wir müssen sie entschiedener aktivieren.

## **Wieland**

In Deutschland hätte man es sicher am liebsten, wenn Globalisierung bedeuten würde: national zu produzieren und international zu verkaufen. Aber eben das funktioniert so nicht; denn auch die Produktion wird in diesem Prozess internationalisiert. Das löst bei den Deutschen Ängste aus; das möchten sie auf jeden Fall verhindern mit der Folge, dass der Reformdruck steigt.

Die globale Wirtschaft, die sich hier entwickelt, kann aber nicht allein auf den Wettbewerb abstellen, sondern sie muss vor allem kooperationsbereit und -fähig werden. Das heißt, Unternehmen - das gilt aber ebenso für Einzelpersonen - werden zukünftig nur dann im Wettbewerb bestehen, wenn sie zugleich kooperationsfähig sind. Wobei auch umgekehrt gilt: Kooperationsfähig ist man nur, wenn man wettbewerbsfähig ist. Diese Bedingtheit von Wettbewerb und Kooperation halte ich für das entscheidende Merkmal zukünftiger Ökonomie. Mit anderen Worten: Die Marktwirtschaft der Zukunft basiert nicht allein auf dem Wettbewerbsprinzip, sondern erfolgreich wird in diesem System nur sein, wer in der Lage ist, unter Wettbewerbsbedingungen Kooperation zu organisieren.

In diesem Zusammenhang weise ich daraufhin, dass inzwischen ein Drittel des Welthandels nicht mehr über Märkte, sondern zwischen Organisationen abgewickelt wird - ich kenne nur die Zahlen von 1991. Kein neoklassischer Ökonom kann diesen Sachverhalt bisher schlüssig erklären; denn dieser Wirtschaftstheorie nach werden alle Transaktionen über Märkte abgewickelt, was aber längst nicht mehr der Fall ist.

Diese Globalisierung der Wertschöpfungsketten hat auch soziale Konsequenzen, was nicht nur an der Diskussion über sichere Arbeitsplätze deutlich wird. Ein Unternehmen wie DaimlerChrysler kann etwa bestimmen, dass die Konzernsprache Englisch ist. Das hat Konsequenzen für die Karrierepläne all derjenigen, die zwar Englisch können, aber keine Native speaker sind. Wenn es nämlich auf der Führungsebene um die Durchsetzung neuer Ideen geht, wenn um Investitionsbudgets gekämpft wird, dann reicht es nicht, nur Informationen zu vermitteln, sondern man muss Überzeugungsarbeit leisten können, um die Partner mitzureißen, also entsprechend differenziert kommunizieren.

Angesichts dieser Entwicklungen müsste auch die Politik ihre Aufgaben anders definieren und sehr viel stärker die Kooperationsbereitschaft und Kooperationsfähigkeit in der Gesellschaft und zwischen den Gesellschaften fördern. Das hätte einige Konsequenzen, zum Beispiel im Bereich der Bildung. Ich denke weiterhin, Ökonomie muss Unterrichtsfach an den Schulen werden; denn ökonomisch unaufgeklärte Menschen können im Globalisierungsprozess nicht mithalten. Wenn die Globalisierungsdiskussion bei uns weiter so angstbesetzt bleibt, ist nicht zu erwarten, dass die Menschen die ökonomischen Zusammenhänge begreifen. Damit werden aber der nachfolgenden Generation Karrierechancen verbaut. Die Politik ist hier gefordert, den Blick für solche Tatsachen zu öffnen und Anstöße in dieser Richtung zu geben.

Was das Thema Verantwortung angeht, kommt es meiner Meinung nach weniger darauf an, ob die Wirtschaft tatsächlich für bestimmte Tatbestände verantwortlich ist oder nicht, sondern entscheidend

ist, ob die Unternehmer von der Gesellschaft dafür verantwortlich gemacht werden; denn darauf müssen sie reagieren. Das betrifft zum Teil Dinge, bei denen die Unternehmen vor zehn Jahren noch gar nicht wussten, dass diese etwas mit ihnen zu tun haben. Ich denke beispielsweise an Engagements in Entwicklungsländern bis hin zu private peace keeping missions. Unternehmen werden hier in politische Aufgaben hineingezogen und damit zugleich dafür verantwortlich gemacht. Wenn Sie so wollen, sind das Tendenzen zur Privatisierung von Politik.

Dazu nur zwei Beispiele. 40 Prozent der amerikanischen Global Players unterhalten heute so genannte "ethics offices", in denen Mitarbeiter damit beschäftigt sind, die "Ethikpolitik" dieser Unternehmen zu organisieren. Sie können versichert sein, dass die Amerikaner genau wissen, warum sie dafür sehr viel Geld ausgeben. In Deutschland ist so etwas noch weitgehend unbekannt.

Das zweite Beispiel betrifft die Diskussion über einen "code of conduct" - weltweit inzwischen ein wichtiges Thema, das auch die deutschen Verbände allmählich aufnehmen. Dabei geht es um die freiwillige Einhaltung von Verhaltensstandards, die zwar rechtlich nicht erzwingbar, aber dennoch verbindlich sind. Das betrifft etwa Kinder- und Frauenarbeit und reicht bis in die Investitionspolitik und ähnliche Dinge hinein. Daran wird in internationalen Gremien gearbeitet. Das gehört auch mit zum Thema Verantwortung, nämlich eine gewisse Selbstbindung der Unternehmen.

Ob es zukünftig noch eine staatliche Aufgabe sein kann - im Rahmen der Nationalstaaten;-, einen Ordnungsrahmen für die globale Wirtschaft zu schaffen, weiß ich nicht. In bestimmten Bereichen wird das sicherlich der Fall sein, in anderen werden private Erzwingungsmechanismen greifen. In Russland zum Beispiel besteht gegenwärtig so gut wie keine Möglichkeit, die Einhaltung von Verträgen gerichtlich einzufordern. Dort gibt es andere Mechanismen, die auf die Reputation eines Unternehmens Einfluss nehmen oder schlicht durch mafiose Gewalt ausgeübt werden.

### **Hickel**

Aber dafür wollen Sie nicht plädieren?

### **Wieland**

Für mafiose Gewalt gewiss nicht, aber für die Reputationsmechanismen durchaus.

Um es abschließend noch einmal deutlich hervorzuheben: Die Globalisierung führt dazu, Wettbewerb und Kooperation gleichermaßen im Auge zu haben. Und Verantwortung heißt in diesem Zusammenhang, dass dort, wo die Politik bestimmtes Verhalten nicht mehr einfordern und sanktionieren kann, Formen von Selbstbindung wirksam werden müssen. Das heißt, wir brauchen neue Ordnungsformen und Spielregeln und damit auch ein neues Verständnis von Politik. Eben darüber müssen wir uns Gedanken machen, welche ehe Spielregeln notwendig sind und wer ihre Einhaltung erzwingen kann. Dass dabei auch die Politik gefordert ist, will ich nicht in Abrede stellen.

### **Christian von Weizsäcker**

Ich will noch einmal deutlich machen, was ich mit der Unterscheidung von zentrierenden und zentrifugalen Kräften meine. Herr Scherf hat auf meinen Vater, Carl Friedrich von Weizsäcker, verwiesen, für den - da er ein Platoniker ist - jeder Mensch für das Ganze verantwortlich ist. Platon beschreibt in seinem Buch "Der Staat" das Idealbild eines Staates im Zustand der tranquillity - wie die Engländer sagen würden;-, der ungestörten Gelassenheit, mit einem Philosophenkönig an der Spitze. Ich dagegen bin eher Popperianer und plädiere für die offene Gesellschaft - Herr Mosdorf hat das bereits angesprochen. Popper hat ja in seinem Buch "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" nachgewiesen, dass der ideale Staat Platons letztlich den Totalitarismus im 20. Jahrhundert befördert hat.

Natürlich sollte sich jeder in gewisser Weise auch für das Ganze verantwortlich fühlen, aber das gilt nicht uneingeschränkt. In einem Betrieb zum Beispiel ist der Unternehmer, wenn er rationalisiert, nur für sein Unternehmen verantwortlich und nicht für die Gesellschaft. Er muss dafür sorgen, dass sein Unternehmen erfolgreich arbeitet, und kann nicht ständig auf irgendwelchen Konferenzen über das Wohl der Menschheit debattieren.

In diesen dezentralen Strukturen - ich habe die Wirtschaft und die Wissenschaft erwähnt müssen diejenigen, die dort tätig sind, in ihrem Handeln von der Verantwortung für das Ganze entlastet sein, sonst können sie ihre Aufgabe nicht gut erfüllen. Indem sie dies tun, handeln sie im gewissen Sinne genau damit verantwortlich. Worum es mir geht, ist, dass in unserem System eine Balance besteht zwischen denjenigen, die für das Ganze verantwortlich sind, und jenen, deren Entscheidungskraft



eben gerade dadurch gestärkt wird, dass sie sich um die Verantwortung für das Ganze nicht primär kümmern müssen.

Nun hat Herr Kirsch darauf hingewiesen, dass die eindrucksvollen Beispiele, die Herr Scherf aufgezeigt hat, vielleicht auch damit etwas zu tun haben, dass Bremen ein so kleines Land ist - manches Privatunternehmen weist ja heute eine ganz andere Größenordnung auf. Und Herr Scherf ist primär dafür verantwortlich, was in Bremen passiert. Er hat zwar noch eine Stimme im Bundesrat und ist von daher auch für andere Dinge verantwortlich, aber das halte ich schon für eine Fehlkonstruktion unseres politischen Systems. Ich wünschte, Sie wären nur für Bremen verantwortlich und könnten sich voll darauf konzentrieren.

### **Scherf**

Und wie steht es dann mit Europa?

### **Christian von Weizsäcker**

Ich denke bei uns herrscht eine viel zu große Vernetzung, bei der alle über alles mitreden.

### **Mosdorf**

Wir brauchen eben beides: einen Wettbewerbs- und einen Kooperationsföderalismus.

### **Christian von Weizsäcker**

Nein, wir brauchen nur einen Wettbewerbsföderalismus.

Die spezifischen deutschen Defizite, die hier bereits erwähnt wurden, sind nicht zuletzt eine Folge davon, dass unsere politischen Strukturen mit allen und jedem vernetzt sind. In den USA und in der Schweiz können die Teilstaaten eigenverantwortlich entscheiden, beispielsweise in Sachen eigener Steuergesetzgebung. Es würde den Immobilismus in Deutschland jedenfalls wesentlich aufheben, wenn wir uns an solchen Vorbildern orientieren und für eine schärfere Trennung der Verantwortungsbereiche sorgen würden, statt die politischen Strukturen derart zu vernetzen, wie das bei uns der Fall ist. Auch im politischen Bereich halte ich den Wettbewerb für den besten Mechanismus.

### **Scherf**

Ich glaube nicht, Herr von Weizsäcker, dass es bei dem, worüber wir hier reden, um Platos Staat geht, sondern - und ich meine, das trifft auch für Ihren Vater zu - es geht um den kategorischen Imperativ als Begründung für ethisches Handeln. Insofern ist mir die Unterscheidung zwischen denen, die für das Ganze nicht verantwortlich sind, und denen, die zwar verantwortlich, aber offensichtlich überfordert sind, viel zu einfach. Der kategorische Imperativ ist sicher ein komplexes Phänomen, aber er gilt eben auch für Wissenschaftler und Unternehmer, die die Folgen ihres Tuns mit zu bedenken haben.

Denn das betrifft sie doch letztlich auch selber - sie leben schließlich an einem bestimmten Ort, und ihre Kinder gehen in eben die Schulen, die hier bereits unter dem Stichwort "falsche Bildungspolitik" kritisiert wurden. Sie werden auch mit der steigenden Kriminalität konfrontiert, die dadurch mitverursacht wurde, dass man sich für das Ganze eben nicht verantwortlich fühlte. Da bringt es dann wenig, über die Leute den Kopf zu schütteln, die einem Haider zujubeln.

Als ich heute Morgen mit dem Zug auf dem Bahnhof Zoo ankam, waren da jede Menge grölender Glatzen und ein paar hilflose Ordner, die von mir wissen wollten, was sie denn machen sollten. Ich habe versucht, mit den bereits angetörnten Glatzköpfen zu sprechen, um herauszubekommen, woher sie angereist waren und was sie eigentlich wollen. So etwas findet nicht irgendwo statt, sondern ist mitten unter uns. Und dann können Sie nicht einfach sagen: Ihr überforderte Politiker, sorgt dafür, dass meiner Frau und meinen Kindern nichts passiert; dass ein anspruchsvolles Kulturprogramm gewährleistet ist und nicht überall das platte Hollywood-Zeugs vorherrscht. Nein, so arbeitsteilig geht das nicht, Herr von Weizsäcker. Ohne den kategorischen Imperativ Ihres Vaters kommen wir nicht aus.

Nun hat Herr Bude zu Recht daraufhingewiesen, dass wir uns gegenüber den neuen Entwicklungen nicht rein defensiv verhalten dürfen, sondern die Chancen und Optionen stärker herausstellen müssten. Dem stimme ich voll und ganz zu. Da geht es um viele attraktive Angebote, die natürlich

nicht gleich überall aufgegriffen werden, sondern wo zunächst an einigen Orten solche Chancen wahrgenommen werden.

Deshalb halte ich es für falsch, Herr Kirsch, wenn Sie sagen, ob wir nicht mit dem, was wir in Bremen tun, andernorts Probleme schaffen. Wenn wir so darangehen, werden wir die Optionen nie nutzen können, sondern dann wird einer auf den anderen warten und gar nichts kommt in Bewegung.

Angesichts der vielen Katastrophen, die uns bedrohen und die mitunter regelrechte Weltuntergangsängste auslösen, frage ich mich immer wieder, wie wir dem begegnen können. In die Kirche gehen? Oder mit Platon über den idealen Staat nachsinnen? Das kann es wohl nicht sein. Was wir brauchen, sind konkrete Beispiele, die Hoffnung machen und die zur Nachahmung anreizen. Manchmal träume ich von solchen Hoffnungsinselfen.

Natürlich dürfen wir bei solchen regionalen Inseln nicht stehen bleiben. Herr Streeck hat ja zu Recht nach dem Rahmen gefragt, in dem sich die ganze Veranstaltung abspielt. Wie schaffen wir es also, bei der Globalisierung zu halbwegs funktionsfähigen Strukturen mit einigermaßen verbindlichen Regeln zu kommen? Im Völkerrecht haben in den letzten Jahren erstaunliche Entwicklungen stattgefunden, auch wenn das alles überhaupt noch nicht ausreicht.

Ich halte viel von dem, was heute als "global governance" diskutiert wird - ein Freund von mir nennt das "komplexes Regieren". Mit anderen Worten: Wie können wir komplexe Sachverhalte komplex angehen, und zwar jeweils auf der Ebene, wo sich die Probleme stellen? Das gilt genauso für die Europäische Union und auch für die UNO mit all ihren Defiziten - natürlich wissen wir, dass die UNO unbedingt reformiert werden muss. Aber auf all diesen verschiedenen Ebenen müssen wir uns mit der Komplexität auseinandersetzen.

### **von Dohnanyi**

Wenn mich nicht alles täuscht, bestehen zwischen Herrn von Weizsäcker und Herrn Scherf mehr Missverständnisse als tatsächliche Meinungsverschiedenheiten. Mein Eindruck ist, dass Herr von Weizsäcker vor allem über Methoden und Prozesse und weniger über Ziele und Inhalte spricht, während Herr Scherf mehr auf die Ergebnisse abstellt. Vielleicht sind Sie sich näher, als es hier den Anschein hat.

Für die weitere Diskussion sollten wir auch darauf zurückkommen, wie es angesichts der notwendigen Rahmenbedingungen im Globalisierungsprozess, über die hier eine gewisse Einigkeit besteht, um das "Modell Deutschland" bestellt ist. Welchen Zwängen sieht sich Deutschland gegenüber und welche Handlungsmöglichkeiten eröffnen sich für unser Land?

Des Weiteren scheint mir die Frage wichtig, inwieweit die Globalisierung nicht nur Güterproduktion, Dienstleistungen und Arbeitsplätze betrifft. Im Zuge dieses Prozesses ist ja auch eine Gleichzeitigkeit des Wissens zu verzeichnen, ein Tatbestand, der möglicherweise sehr weit reichende Konsequenzen hat.

### **Langendörfer**

Welche Konsequenzen hat die Globalisierung für Deutschland? Was müssen wir ändern, in welcher Richtung müssen wir uns bewegen? Wie steht es um neue zeitgemäße Gestaltungskompetenzen des Staates, die gerade angesichts der Entpolitisierung der Wirtschaft notwendig sind? Ich kann bei diesen Fragen eine gewisse Ratlosigkeit nicht verhehlen.

So wurde hier festgestellt, dass auch die globalisierte Wirtschaft grundlegender Rechtsnormen und Regelungen bedarf, die der Staat zu gewährleisten hat, und das soll natürlich möglichst in einem demokratischen Rahmen mit Partizipation der Bürger vor sich gehen.

Auf der anderen Seite, und das klang auch bereits an, steigt der Bedarf an Lenkungsinstrumenten. Herr Scherf sprach von "global governance" und erwähnte die internationalen Institutionen. Der Erfolg der europäischen Integration gründet sich offensichtlich auch darauf, dass es in der Europäischen Union eine übernationale Gesetzgebung gibt, die die nationalen Eingriffsmöglichkeiten einschränkt. In welchen Bereichen besteht die Notwendigkeit, gewissermaßen von oben lenkend einzugreifen? Der Umweltbereich wurde genannt.

Gerade seitens der katholischen Kirche bestehen weltweit Kontakte zu Partnern und Organisationen, denen es nicht gerade gut geht. Seitens der Entwicklungsländer - es gibt dazu verschiedene Foren in Rom und anderswo - werden wir immer wieder gefragt: Wie steht die katholische Kirche zu dem europäischen Protektionismus beispielsweise in der Agrarpolitik? Überall errichtet die Europäische Union Grenzen und schottet sich ab. Herr Mosdorf hat dies erwähnt. Die Europäer öffnen sich im

Rahmen der Globalisierung nur dort, wo es ihnen nützt, während sie gleichzeitig ihre alten Wirtschaftszweige schützen - im Textilbereich zum Beispiel;-, wo gerade die Chancen der Entwicklungsländer liegen. Eine verantwortliche Politik müsste da auch im nationalen Rahmen steuernd eingreifen. Aber wie steht es um geeignete Lenkungsinstrumente?

Schließlich: Wir sind dabei, nach einer passgenauen modernen Interpretation überkommener sozialetischer Leitvorstellungen zu suchen. Hier erwähne ich den Gedanken der Subsidiarität, die nicht nur die Verlagerung von Verantwortung nach unten bedeutet, sondern auch Subsidium, Hilfestellung, meint. Da kommt als Referenzbegriff die Menschenwürde ins Spiel, auf die alle Menschen einen Anspruch haben. Könnte eine so verstandene Subsidiarität, die nicht nur die Gewinner im Auge hat, sondern auch diejenigen, die Gefahr laufen, zu Verlierern zu werden, eine Richtung weisen, die ebenso für die Politik unseres Landes im europäischen und weltweiten Miteinander bestimmend wäre?

Subsidiarität kann also nicht heißen, schrankenlos zu liberalisieren und die überkommenen staatlichen Regulierungsmechanismen einfach abzubauen. Das Ganze muss letztlich den Menschen nutzen, und zwar nicht nur in unserem Land. Auf katholischer Seite versuchen wir, die Prinzipien der Subsidiarität und der Menschenwürde mit dem Gedanken der Beteiligungsgerechtigkeit zu verbinden.

Das alles sind normative Begriffe, die dem Vertreter einer Status-quo-orientierten Institution, der katholischen Kirche, natürlich gut anstehen. Aber ich denke, in dieser Diskussion, in der die von Herrn von Weizsäcker deskriptiv so genannten Vertreter der "Verantwortungslosigkeit" eher dominieren, kann ein Hinweis auf überkommene Traditionen und Denkhaltungen, die sich am Prinzipiellen orientieren, nicht schaden.

#### **Priddat**

Wenn hier nach Regulationsmechanismen gefragt wird, hat es den Anschein, als würden wir nach wie vor davon ausgehen, dass der Staat und die Politik tatsächlich entscheidungsfähig sind. Befinden wir uns nicht gerade in einer Situation, dass der Staat mit seinen Gesetzen gar nicht mehr schnell genug hinterherkommt, um den Veränderungen in der Wirtschaft Rechnung zu tragen?

Ich sehe hier ein Problem des institutional designs, des Politikprozesses. Dafür bietet die teilweise enge Verflechtung von Regierung und Opposition in unserem Land ein anschauliches Beispiel. Während in England die gewählte Regierung während ihrer Amtszeit die Freiheit hat, ihr Programm umzusetzen, ohne dass die Opposition sie daran hindern kann, regiert bei uns die Opposition über den Bundesrat ständig mit und zwingt die Regierung zu Kompromissentscheidungen. Auf diese Weise wird in vielen Fällen verhindert, dass die Politik auf die wirtschaftlichen Veränderungsprozesse schneller reagieren kann. Hierin sehe ich durchaus ein institutionelles Problem unserer Politikgestaltung. Für die Unternehmen entsteht aber durch die verzögerten politischen Entscheidungen das Problem, dass sie nicht wissen, auf welche zukünftige Gesetzeslage sie sich unternehmenspolitisch einstellen müssen.

Von daher stelle ich die Frage: Wie können wir den Staat gewissermaßen professionalisieren - "professional state", ein Stichwort, das man in Deutschland nicht gern hört;-, damit er überhaupt regulierungsfähig wird und ein Gesetz nicht erst dann verabschiedet wird, wenn der Sachverhalt, den es zu regulieren gilt, gar nicht mehr greifbar ist? Ich meine, der Staat muss auch für die Wirtschaft kalkulierbarer werden, damit sie weiß, woran sie ist. Es kann nicht sein, dass man seitens der Politik ein Thema wie die Green Card in die Debatte wirft, und dann wird zwei Jahre lang über ein entsprechendes Gesetz verhandelt, während die Unternehmen innerhalb von drei Monaten reagieren müssen, wenn entsprechende Angebote vorliegen.

#### **Scherf**

Sie reden von fünfzig Jahren falscher Politik.

#### **Priddat**

Gewiss. Ich weiß, welche Probleme sich in unserer politischen Realität stellen. Aber wenn Sie new governance ansprechen, Herr Scherf, müssen wir auch an solche schwierigen Themen heran.

#### **Piper**

Ich komme auf die "Glatzen" zurück, die nicht nur Herrn Scherf so besorgt machen. Ich sehe darin ebenfalls eines der Kernprobleme unserer Gesellschaft. Ich halte eine Gegenbewegung durchaus für möglich, die sich gegen die Globalisierung wendet, aber auch gegen die offene, liberale Gesellschaft

und alle die Werte, die wir an diesem Tisch vertreten. Das zeigt das Beispiel Haider, aber auch bei einigen Wählern der PDS lässt sich das beobachten. Sicher gibt es Opfer in unserer Gesellschaft. Aber wodurch werden diese Opfer verursacht? Von der Antwort darauf hängt dann auch die Therapie ab.

Als Vater stelle ich beispielsweise fest, dass die soziale Differenzierung an den Grundschulen erheblich zugenommen hat mit der Folge, dass schon unter Dreizehn-, Vierzehnjährigen zahlreiche soziale Problemfälle auftreten. Die Degeneration der Hauptschule ist ein zentrales Problem der Bildungspolitik, wo meiner Meinung nach der Staat bei uns versagt hat. Das hat mit der Globalisierung gar nichts zu tun.

Herr Priddat erwähnte die Green Card. Wie kommt es, dass uns so viele Fachkräfte fehlen? Wir haben versäumt, bestimmte Fähigkeiten auszubilden und stattdessen in der Bildungspolitik über großartige Theorien diskutiert. Die Opfer sind also zum Teil Opfer einer falschen staatlichen Bildungspolitik. Und wenn wir nach Ostdeutschland blicken, so sind viele der Arbeitslosen dort nicht zuletzt Opfer einer falschen Lohnpolitik. Auch in diesem Punkt hat unsere Politik Anfang der 90er-Jahre völlig versagt. Des Weiteren sehe ich Opfer falscher Sozial- und Abgabenpolitik.

Hier bietet jetzt die Globalisierung für viele Menschen neue Chancen. In München und Umgebung sind junge Leute - aber auch Menschen, die jahrelang arbeitslos waren - dabei, Firmen zu gründen, die sich zum Teil schnell entwickeln und erfolgreich arbeiten. Ich denke, es gibt bei uns auch ein Kommunikationsproblem, nämlich den Menschen zu vermitteln, dass die Globalisierung und die offene Gesellschaft große Chancen bereithält. Es wäre eine große Aufgabe für Politiker, das stärker zu propagieren und den Menschen die Augen dafür zu öffnen. Vielleicht brauchten wir uns dann weniger über die Glatzen Sorgen zu machen.

### **von Dohnanyi**

Bei Herrn Piper und Herrn Priddat ist deutlich geworden, dass die Notwendigkeit, in unserer Politik ständig Kompromisse und Konsens anzustreben, möglicherweise eine der Ursachen für die Stagnation in der Bildungspolitik ist. Vielleicht könnte die von Herrn von Weizsäcker geforderte Dezentralisierung auch dazu führen, dass diese Konsenspolitik ein wenig aufricht.

Herr Piper weist sodann darauf hin, dass die gesellschaftliche Differenzierung weniger durch die Globalisierung verursacht wird, sondern mehr ein Produkt der Wissensgesellschaft ist, die bestimmte Begabungen in einer Weise präferenziert, wie wir es so noch nicht erlebt haben.

### **Epler**

Herr von Weizsäcker hat die These vertreten: Wenn man den Parteienstaat zurücknehmen will, muss man den Staat insgesamt zurücknehmen. Das sehe ich keineswegs als zwingend an. Ich denke beispielsweise an die intensive Diskussion über mehr plebiszitäre Elemente in unserer Politik. Dadurch könnte auch der Staat gestärkt werden, wenn auch nicht die politischen Parteien.

Ich bin auch nicht sicher, ob die Kompetenzen, die die Nationalstaaten gegenüber der Wirtschaft gehabt haben, sozusagen auf dem Weg nach Europa abhanden gekommen sind. Mein Eindruck ist, dass heute über die Reglementierungen aus Brüssel weit mehr geklagt wird als über die aus Berlin oder bisher aus Bonn. Die Europäische Kommission greift ja in vielen Dingen fast härter durch, als das vorher bei den Nationalstaaten üblich war.

Was mich indes viel mehr beschäftigt, ist die Frage: Wieweit sollte sich der Staat überhaupt zurücknehmen, und wo darf er dies auf keinen Fall tun? So habe ich nichts gegen die Privatisierung der Müllabfuhr. Ich bin aber schon etwas vorsichtig, was die Privatisierung der Wasserversorgung angeht. Doch wogegen ich entschieden bin, ist die Privatisierung der Gewalt.

Die Erosion der staatlichen Gewaltmonopole scheint heute weltweit Platz zu greifen. In weiten Teilen Afrikas ist das bereits so weit vorangeschritten, dass dort kein Unternehmer mehr investiert. An diesem Beispiel zeigt sich auch, Herr von Weizsäcker, wie sehr Staat und Wirtschaft aufeinander bezogen sind. In Kolumbien stirbt jeder vierte Einwohner eines gewaltsamen Todes, und weniger als fünf Prozent aller Gewalttaten werden verfolgt und aufgeklärt. In den USA findet derzeit eine Selbstexklusion der Oberschicht statt, die sich in elektronisch gesicherten Stadtteilen verschanzt und sich von privaten Sicherheitsdiensten beschützen lässt. In einigen Vierteln der amerikanischen Großstädte ist die Angst vor der organisierten Kriminalität größer als das Vertrauen in die Polizei. Und diejenigen, die sich auf diese Weise selbst exkludieren, nehmen ihre Verantwortung für das Ganze als citoyen und citoyenne nicht mehr wahr. Auch dies ist ein Beweis für das erodierende staatliche Gewaltmonopol. So weit ist es in Europa Gott sei Dank noch nicht. Aber die Polizisten bei uns

beklagen sich zum Teil bitter darüber, dass ihre Kollegen von den privaten Sicherungsagenturen wesentlich besser ausgerüstet sind als sie selbst. Auch in der Bundesrepublik Deutschland haben wir heute schon mehr Angestellte von privaten Sicherheitsdiensten als Polizisten.

Mir erscheint dieser Tatbestand auch deshalb so bedrohlich: Je mehr bei uns das staatliche Gewaltmonopol erodiert, desto größer wird der Zulauf zum Rechtsradikalismus. Das heißt, wenn wir hier über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft reden, dann müssen wir uns intensiv Gedanken darüber machen, wie wir das staatliche Gewaltmonopol mit Zähnen und Klauen verteidigen. Ich sage das bewusst als ein Politiker, der wohl eher dem linken Spektrum zugerechnet wird.

Herr Wieland hat Spielregeln gefordert, die man dann aber auch durchsetzen können muss. Und Spielregeln, deren Einhaltung man erzwingen kann, sind vor allem die Gesetze.

### **Wieland**

Das müssen nicht unbedingt Gesetze sein.

### **Epler**

Wenn es Gesetze sind, dann ist dafür der Gesetzgeber zuständig. Das ist in unserer Verfassung recht genau festgelegt, wer welche Gesetze machen kann. Wenn ich es richtig sehe, Herr von Weizsäcker, geht es nicht vorrangig um die Frage, inwieweit der Staat in die Belange der Wirtschaft eingreift - das ist ja kaum noch der Fall. Entscheidend ist vielmehr: Wer setzt wem den Rahmen? Das haben auch Herr Streeck und andere angedeutet.

Das betrifft zum einen den rechtlichen Rahmen. Sie kennen die zunehmenden Klagen vor allem von Handwerkern über die schlechte Zahlungsmoral ihrer Auftraggeber. Daran ist schon so mancher Betrieb kaputtgegangen. Und wie lautet die Forderung der Betroffenen? Da muss ein neues Gesetz her, um die Zahlungsmoral zu bessern, etwa Erhöhung der Verzugszinsen und so weiter. Das heißt, ohne einen rechtlichen Rahmen funktioniert der Markt doch überhaupt nicht. Die Vorstellung, da gebe es autonome Märkte, die der Politik und des Staates nicht bedürfen, entspricht keineswegs der Wirklichkeit.

Ein anderer Bereich ist die Umwelt. Vor kurzem hat der "Observer", ja nun nicht gerade ein grünes Blatt, eine zweiseitige Reportage über ein Gutachten gebracht, in dem es heißt, der Point of no Return sei im Hinblick auf Klimaveränderungen bereits überschritten und wir müssten damit rechnen, dass Stürme und Überschwemmungskatastrophen wie kürzlich in Frankreich oder jetzt in Mosambik sich ständig wiederholen werden, wenn wir nicht etwas dagegen unternehmen. Auch da ist es Aufgabe der Politik, einen Rahmen zu setzen; das kann der Markt nicht leisten.

Ich plädiere seit 25 Jahren für die Ökosteuer - das wenige, was die Regierung in der Hinsicht jetzt getan hat, ist immer noch besser, als gar nichts zu tun. Die Ökosteuer greift in keiner Weise in die Entscheidungsfreiheit eines Unternehmers ein. Sie verändert lediglich seine Kalkulationsgrundlagen, indem Energie für ihn teurer wird. Auch da ist die Politik gefordert, den Rahmen zu setzen; niemand anders kann das. Das Gleiche gilt für den sozialen Rahmen - um nur das Stichwort zu nennen.

Ich behaupte, eine funktionsfähige Demokratie lebt aus der Spannung zwischen rationaler Kapitalverwertung am Markt und den menschlichen Bedürfnissen, die der Markt nicht befriedigen kann. Dafür brauchen wir den politischen Raum, in dem das organisiert werden kann. Die Bedürfnisse nach Sicherheit, nach Geborgenheit oder auch nach Gerechtigkeit gehören in den Bereich der Politik und der Zivilgesellschaft; der Markt ist dazu überhaupt nicht in der Lage. Die Frage ist, ob wir dieses Spannungsverhältnis wieder hinbekommen. Ich denke dabei nicht an einen dritten Weg oder ähnliche Dinge.

Herrn Kirsch möchte ich nur sagen: In diesem Kreis müssen Sie niemanden davon überzeugen, dass Politiker nicht das Fleisch gewordene Gemeinwohl sind. Aber - und das unterscheidet sie etwa von den Unternehmern - sie werden auf das Gemeinwohl hin verpflichtet und danach beurteilt, ob sie sich um das Gemeinwohl kümmern oder nicht. Die Politik ist - wie der Markt - keine moralische Einrichtung; aber sie ist im Gegensatz zum Markt moralisch beurteilbar und verurteilbar. Und deshalb hat Herr Langendörfer Recht: Die Kommunikation in die Öffentlichkeit geht nicht über den Markt, sondern über die Politik.

### **Christian von Weizsäcker**

Nur ein Wort zur ökologischen Steuerreform, Herr Eppler, die auch ich seit 25 Jahren befürworte. Das Problem ist, dass die ökologische Rahmensetzung durch den Staat nicht funktioniert, weil der Staat in diesem Punkt versagt.

**Hickel**

Halt, wir sollten hier Ursache, Wirkung und Reaktion nicht auf den Kopf stellen. Der Ausgangspunkt ist das Marktversagen im Sinne meines vorherigen Hinweises auf A. C. Pigou. Den ökologischen Rahmen zu setzen, das ist die Aufgabe der Politik.

**Christian von Weizsäcker**

Wenn der Sachverständigenrat für Umweltfragen jetzt verkündet, dass die Kyoto-Ziele bei CO<sub>2</sub>-Emissionen von Deutschland nicht eingehalten werden, dann ist das Staatsversagen. Aber wenn die Grünen ihre Forderungen, die erfüllt werden müssten, um das Ziel zu erreichen, weiter aufrechterhalten würden, könnten sie keine fünf Prozent Wählerstimmen mehr erreichen.

**Kirsch**

Ich stimme Herrn Eppler in vielem zu, doch bei der Frage nach dem Gemeinwohl aus ganzem Herzen nicht. Politiker reden zwar viel vom Gemeinwohl. Aber wenn Sie sagen, Politiker würden zur Rechenschaft gezogen, wenn die Wähler den Eindruck gewinnen, sie würden das Gemeinwohl nicht beachten, dann glaube ich das ganz und gar nicht. Zur Rechenschaft gezogen werden sie von denen, die die Macht haben, sie im Zweifelsfall aus dem Amt zu jagen, wenn deren Interessen verletzt werden. Die Politik ist ein System, das nach dem Code funktioniert - luhmannsch ausgedrückt;- , ob jemand Macht hat oder nicht.

**Eppler**

Ich halte nichts von diesem luhmannschen Code.

**Kirsch**

Daran zweifle ich nicht, Herr Eppler; aber das ändert nichts daran, dass es so ist.

**Eppler**

Meine eigenen Erfahrungen entsprechen dem jedenfalls nicht, dass es in der Politik nur um Macht geht.

**Flassbeck**

Wenn Sie den Politiker nur ökonomisch als Stimmenmaximierer einschätzen, dann sind Sie der Auffassung von Herrn Eppler viel näher als Ihrer Gegenthese, Herr Kirsch.

**Mosdorf**

Wohl kaum ein Politiker hat sich so gemeinwohlorientiert verhalten wie Erhard Eppler. Andere dagegen haben sich bei Wahlen eher an bestimmten Interessen orientiert oder sich opportunistisch verhalten und waren auch erfolgreich. Ich denke, da sollte man im Einzelfall genau hinsehen.

**Eppler**

Erfolgreicher waren sie jedenfalls nicht.

**Hank**

Wenn Sie die Kriminalität in Amerika erwähnen, Herr Eppler, so ist diese in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen, nicht zuletzt durch die new economy, die ein hohes Wirtschaftswachstum mit entsprechenden Beschäftigungseffekten zur Folge hatte - etwa im Unterschied zu der Situation in Ostdeutschland. Ein anderer Aspekt ist, dass die Teilprivatisierung des Gewaltmonopols in den USA gar nicht so ineffizient gewesen ist. Jedenfalls empfehlen Analysten dort in der Regel den Kauf von Gefängnisaktien. So schlecht kann das also nicht funktionieren.

**Mosdorf**

Diese Argumentation ist aber ein wenig zynisch, Herr Hank.

### Schleyer

Herr von Dohnanyi hat zu Beginn die Frage gestellt, ob der Prozess der Globalisierung politisch gestaltbar ist. Ich bin eher skeptisch, ob wir mit den vorhandenen politischen Institutionen und Instrumenten in der Lage sind, diese Prozesse tatsächlich mit zu beeinflussen und zu gestalten.

Herr von Weizsäcker hat die schon heute bestehende Dominanz der Vereinigten Staaten erwähnt, die sich - auch unabhängig von der Bevölkerungsentwicklung - noch verstärken wird und die sicher diese Entwicklung außen- wie wirtschaftspolitisch erheblich prägen wird. Wie wappnen wir uns gegen eine solche Form der Globalisierung? Anders, als es hier verschiedentlich anklingt, sehe ich nicht, dass die Verantwortung der Nationalstaaten zurückgedrängt wird. Im Gegenteil, sie wird eher zunehmen, wobei sich die Rolle der Politik in den Nationalstaaten ändern wird.

Wenn die politischen Rahmenbedingungen nicht die notwendigen Voraussetzungen für eine leistungsfähige Wirtschaft und damit auch für einen funktionierenden Arbeitsmarkt schaffen, stellt das die Unternehmen vor völlig neue Herausforderungen. Die Global Players werden damit sicher leichter fertig, indem sie weiter automatisieren und rationalisieren oder ihre Standorte verlagern. Aber die mittelständische Wirtschaft und auch die Arbeitnehmer selbst, die in aller Regel an den Standort Deutschland gebunden sind, haben besonders darunter zu leiden, wenn der Staat seine Verantwortung nicht wahrnimmt.

"Globalization begins at home", heißt es im Englischen. Mit anderen Worten, wir werden den Prozess der Internationalisierung und Globalisierung nur dann meistern, wenn es gelingt, die Rahmenbedingungen dieser Entwicklung anzupassen. Das ist nicht nur Sache des Staates, aber eben auch. Dazu gehört etwa die Steuer- und Abgabenbelastung. Erfolge, die Herr Scherf aus Bremen angeführt hat, sind zweifellos auch mit darauf zurückzuführen, dass man flexible Arbeitszeiten vereinbaren konnte, um sich gegen die internationale Konkurrenz durchzusetzen. Natürlich spielt auch die Qualität der Aus- und Weiterbildung eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, Standorte in Deutschland gegen internationale Konkurrenz zu erhalten oder sogar neue zu gewinnen.

Ich gehöre nun nicht zu denen, die nur auf den Staat blicken, damit wir mit den Herausforderungen fertig werden. Herr Mosdorf hat für die offene Gesellschaft plädiert. Dazu gehört auch die Entwicklung zur Wissensgesellschaft, weshalb wir unsere Bemühungen in der Bildungs- und Forschungspolitik verstärken müssen. Auch die Forderung nach einer Leistungselite unterschreibe ich. Denn wir werden viele Dinge nur dann bewältigen können, wenn sich auch in den Grundeinstellungen der Menschen in diesem Lande etwas ändert. Wie schwer haben wir uns über Jahre getan, das Wort Leistungselite überhaupt in den Mund zu nehmen, weil man nicht verstehen wollte, dass wir eine solche Elite unbedingt brauchen. Nicht um Chancengleichheit, sondern allenfalls um Chancengerechtigkeit kann es gehen, wenn wir unseren Sozialstaat nur einigermaßen aufrechterhalten wollen.

Wir werden auch mit den neuen Techniken offener umgehen müssen. Die Diskussion in Deutschland beschäftigt sich weit mehr mit Folgenabschätzung als mit den Chancen, die sich aus dem Einsatz neuer Techniken ergeben. Ich war seinerzeit Mitglied des so genannten Information Society Forum, das der damalige EU-Kommissar Bangemann etabliert hatte. In diesem Kreis von annähernd 200 Mitgliedern aus den verschiedenen europäischen Ländern ging es um die Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechniken. Es war schon auffällig, dass sich vor allem die deutschen Vertreter auf die Frage konzentrierten: Welche Gefahren drohen uns von diesen neuen Techniken? Welche negativen Einflüsse auf unsere Kinder, auf das Schulsystem, auf die Gesellschaft im Allgemeinen und im Besonderen können sich aus dieser Entwicklung ergeben? Statt zunächst danach zu fragen, welche Chancen darin liegen, und erst, wenn man einige Erfahrungen damit gemacht hat, über Korrekturen nachzudenken. Da überwiegen bei uns die ständigen Bedenkenträger.

Was etwa die Grundlagenforschung angeht, so sind wir in unserem Lande alles andere als schlecht. Immerhin liegen wir mit unseren Patentanmeldungen mittlerweile wieder weltweit an der Spitze. Womit wir uns so schwer tun, ist die Umsetzung dessen, was wir als richtig erkannt oder entwickelt haben.

Nun bin ich trotz der aufgezeigten Defizite gar nicht so pessimistisch, was die weitere Entwicklung in Deutschland und unseren Standort in einer zusammenwachsenden Welt angeht. Vor allem unter zwei Gesichtspunkten. Zum einen gibt die junge Generation bei uns Anlass, die Dinge positiver zu sehen. Viele junge Menschen beweisen inzwischen eine Gründermentalität und blicken längst nicht mehr so sehr auf den vorsorgenden Staat, wie das noch bei der vorhergehenden Generation der Fall war. Bei unserem umlagefinanzierten Rentensystem glaubt sowieso kaum noch jemand von den Jungen daran, dass dieses System ihnen die Existenz im Alter sichern wird. Wenn der Staat hier größere

Freiräume zulassen würde, wären sie auch bereit, mehr für sich selber zu sorgen. Da hat sich in der Einstellung der jungen Leute doch bereits deutlich etwas geändert.

Was mich zweitens in Deutschland zunehmend optimistischer stimmt, ist die Entwicklung innerhalb der Europäischen Union. Herr von Weizsäcker hat darauf hingewiesen, dass sich die Märkte in Europa entpolitisieren. Ob das tatsächlich so ist, lasse ich einmal dahingestellt. Was aber in Europa stattfindet, ist die Wahrnehmung von, wenn man so will, "best practice". Wir können eben nicht mehr sagen, bestimmte Dinge gehen bei uns nicht - wenn sie im Nachbarland funktionieren. Das gilt für die Umstrukturierung von Sozialversicherungssystemen genauso wie für nachhaltige Steuerreduzierungen in Ländern, bei denen man es nie erwartet hätte, und anderes mehr.

Diese Form von best practice, von Benchmarking, zwingt uns innerhalb des zusammenwachsenden Europas zu überprüfen, ob bestimmte Strukturen in Deutschland auf Dauer überhaupt zu halten sind. Dieser Prozess wird sich noch verstärken, wenn die gemeinsame Währung da ist. Vielleicht wird die normative Kraft des Faktischen helfen, so manche der verfestigten Strukturen in Deutschland zu überwinden.

### **Priddat**

Natürlich gibt es bei uns Eliten, Herr Schleyer; aber die haben sich unter dem System Kohl eher in geschlossenen Clubs entwickelt. Und da sind die heutigen jungen Leute zum einen nicht integriert, und zum anderen haben sie heute durch die Internationalisierung ganz andere Optionen. Die blicken sich in der Welt um, und wenn sich die Verhältnisse beispielsweise an unseren Universitäten nicht ändern, wandern die Eliten in die USA ab.

Die Green-Card-Diskussion verdeckt, dass wir es in Deutschland mit einem nicht zu unterschätzenden Problem der Elitenauswanderung zu tun haben. Warum sollen exzellente Leute in Deutschland bleiben, wenn sie ihre Kreativitätspotenziale hier gar nicht entfalten können und zudem noch durch Steuern und Abgaben unmäßig belastet werden?

### **Glees**

Erlauben Sie, eine ausländische Stimme zu Gehör zu bringen und ein wenig Pfeffer in Ihre Suppe zu geben. Wenn ich der bisherigen Debatte folge, ist mein Eindruck aus britischer Sicht, dass Sie in Deutschland zwar sehr gut über alles theoretisieren können; wenn es aber um die praktische Umsetzung geht, hapert es ein wenig. Da ich kein Wirtschaftstheoretiker, sondern Politologe bin, komme ich auf die Politik zurück.

Aus verschiedenen Gründen muss ich mich mit Herrn von Weizsäcker kritisch auseinander setzen. Ich denke beispielsweise, dass der Regierung doch eine wichtige Rolle in Bezug auf das Wirtschaftsgeschehen zukommt. Das Problem in Deutschland ist jedoch, dass Ihre Regierung die Aufgabe offensichtlich nicht wahrnehmen will. Wenn ich mir zum Beispiel anschau, was Herr Schröder zu diesem Thema seit seinem Regierungsantritt gesagt und getan hat, dann kann man nicht sehr zuversichtlich sein, dass Deutschland reif für die Globalisierung ist. Seine Politik stellt jedenfalls eher ein Hindernis für die Globalisierung dar. Ob es um die Vodafone-Mannesmann-Übernahme ging oder um die Rettung des Holzmann-Konzerns, wo er sich für die Erhaltung von Arbeitsplätzen eingesetzt hat - das ist die völlig falsche Strategie.

Ich denke, es wird in Deutschland viel zu viel über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geredet und viel zu wenig über Erziehung und Ausbildung. Sie nicken, Herr von Weizsäcker, aber wenn Sie die These vertreten, die Wissenschaft könne die Lösung der Probleme voranbringen, würde ich Ihnen widersprechen. Für die Forschung mag das zutreffen, aber wenn ich mir die Lehrtätigkeit in Deutschland ansehe, dann dürfte die eher ein Hindernis für die Globalisierung sein - wenn ich nur daran denke, dass es sieben, acht Jahre dauert, bis ein Student bei Ihnen an den Arbeitsmarkt gelangt.

Aber auch die kleinstaatliche Lösung von Herrn Scherf überzeugt mich nicht. Meinen Sie, die Rückkehr zur Zeit von vor 1871 könnte helfen, die Globalisierung besser zu meistern? Das wäre eine völlig falsche Lehre aus der Geschichte; denn die Kleinstaaterei hat das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland lange Zeit gebremst und nicht gefordert. Deutschland wurde erst durch die Einigung zu einer wirtschaftlichen Macht, nicht umgekehrt. Mit einer solchen Politik werden Sie genau das Gegenteil von dem erreichen, was Sie beabsichtigen.

Die Schwäche des Euro wurde noch nicht erwähnt, vermutlich kein Thema in Deutschland. Anders ist es in Großbritannien - nicht nur weil es dadurch für unsere deutschen Freunde teurer geworden ist, uns nach Deutschland einzuladen, sondern dies verstößt gegen die Grundsätze von Ludwig Erhard,



der immer behauptet hat: Wenn die Deutsche Mark stark ist, sind die Deutschen bereit, viel und gerne zu arbeiten; wenn sie schwach ist, ist es um die Arbeitsfreude geschehen. Ich sehe die Gefahr, dass ein schwacher Euro genau dies zur Folge haben wird.

Schließlich noch ein Wort zu Tony Blair, der bei all seinen Schwächen vieles sehr richtig macht. Er spricht weit weniger über die Arbeitslosigkeit als über die Erziehung. Er will auch keineswegs alles kontrollieren. Wenn man sich seine großen verfassungspolitischen Reformen ansieht, dann laufen die alle darauf hinaus, die zentrale Macht von Westminster radikal zu reduzieren, was ich sehr positiv einschätze.

Vor allem aber betone ich noch einmal: Gute Erziehung und Bildung sind die wichtigste Voraussetzung, um in einer globalen Wirtschaft bestehen zu können. Ich will gar nicht für England schwärmen - das Thema Rover ist schon erwähnt worden;- , aber was die Globalisierung angeht, sind wir weit moderner als Deutschland. Die negativen Erscheinungen gibt es bei uns natürlich auch. Herr Eppler erwähnte die steigende Kriminalität. Kürzlich hat die Polizei bei uns Zahlen veröffentlicht, denen zufolge nur ein Viertel aller Straftaten aufgeklärt werden, während 75 Prozent ungesühnt bleiben.

Hinzu kommt eine immer stärkere Fragmentarisierung unserer Lebensbezüge; das Lokale geht mehr und mehr durch den Zentralismus in Großbritannien verloren. Die Globalisierung hat auch dazu geführt, dass die zwischenmenschlichen Beziehungen gelitten haben. Ich will die Situation bei uns also nicht glorifizieren. Ich hoffe, dass durch verstärkte Bemühungen im Bereich der Erziehung wieder eine Besserung erreicht wird.

Was Deutschland angeht, möchte ich aber ganz entschieden dafür plädieren: Konzentrieren Sie sich stärker auf den Markt und weniger auf das Soziale - sonst werden Sie scheitern. Und wenn die Dinge in Deutschland schiefgehen, wird ganz Europa darunter leiden.

### **Piper**

Ich denke, Herr Glee, das starke Pfund ist für die britische Wirtschaft ein größeres Problem als der schwache Euro für die europäische oder die deutsche Wirtschaft - solange der Euro im Innern stabil bleibt, was er bis jetzt ist.

Es ist sicher richtig, dass Deutschland erst mit der Reichsgründung zur Industriemacht wurde. Es ist aber die Frage, ob sich bei Staaten und politischen Organisationen die optimale Größe im Laufe der Geschichte nicht ändern kann. Es dürfte kein Zufall sein, dass Tony Blair heute dabei ist, Großbritannien zu föderalisieren, was ja durchaus im Sinne von Herrn Scherf wäre.

### **Kádár**

In einem Gebäude, das in der Vorkriegszeit fünfzehn Jahre lang als ein ungarisches Institut gedient hat, möchte ich die Diskussion über die Globalisierung mit ein wenig ungarischem Paprika würzen.

Ich stimme Herrn von Dohnanyi zu, dass die Globalisierung eine Realität ist, mit der wir uns abzufinden haben. In der Tat wirkt sich die Globalisierung nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Wissenschaft, in den Medien, in der Umweltpolitik und vielen anderen Bereichen aus. Ob aber, wie Herr von Weizsäcker meinte, Globalisierung gleich Amerikanisierung bedeutet, ist in der Tat die Frage, wie Herr Stock gesagt hat. Wenn das tatsächlich der Fall sein sollte, dann wäre mit dieser Amerikanisierung nicht nur eine Veränderung der internationalen weltwirtschaftlichen Marktstruktur verbunden, sondern auch die Übernahme des amerikanischen Wertesystems, für das Wettbewerbsfähigkeit und individuelle Freiheit zentrale Werte sind, das aber die soziale Verantwortung, die stets ein klassischer europäischer Wert gewesen ist, eher vernachlässigt.

Das wirkt sich in jenen Ländern, die nicht zu den Gewinnern der Globalisierung gehören, die wirtschaftlich zurückgeblieben sind, besonders nachteilig aus. Im gewissen Sinne haben wir es hier mit einer "the winner takes it all"-Gesellschaft zu tun, einer Entwicklung, die in Ländern, Regionen, Betrieben und bei Individuen zu immer größeren Spaltungen führt. Das zeigt sich besonders in vielen wenig entwickelten Ländern nach der Systemtransformation in Form von zunehmenden sozialen, moralischen und damit zusammenhängenden politischen Defiziten. Die Frage ist, ob Europa mit einer solchen Globalisierung leben kann. In der "winner takes it all"-Gesellschaft sind, sagen wir, zwanzig Prozent der Menschen in der Lage, sich den Bedingungen der Globalisierung anzupassen. Kann die pluralistische Demokratie unter solchen Umständen überleben, oder bekommen wir es politisch mit erheblichen Gegenkräften zu tun?

Um die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder zu erhöhen - was für sie eine Überlebensfrage ist;- , müssen beispielsweise die Löhne und die sozialen Abgaben gesenkt werden. Deutschland und Ungarn haben in dieser Hinsicht eines gemeinsam, dass bei ihnen Löhne und soziale Abgaben im Vergleich der europäischen OECD-Länder am zweithöchsten liegen. Der Anteil der Steuern und sozialen Abgaben an den Arbeitskosten macht in beiden Ländern 52 Prozent aus. Der Unterschied ist indes, dass das Familieneinkommen in Deutschland von allen europäischen OECD-Ländern am zweithöchsten ist, während Ungarn das niedrigste Lohnniveau aufweist. Die Erhöhung unserer Wettbewerbsfähigkeit müssten wir Ungarn also mit einer so starken Senkung der Löhne erkaufen, dass von einer Globalisierung mit menschlichem Antlitz gewiss nicht mehr die Rede sein könnte. In dieser Hinsicht sind uns also enge Grenzen gesetzt.

Wie können sich kleinere Länder der globalen Entwicklung anpassen? Zum einen durch eine Umstrukturierung der Institutionen. In dieser Hinsicht hat Ungarn bereits Beträchtliches geleistet. Ein weiterer Faktor ist die Akkumulation des menschlichen Kapitals durch Erziehung, Ausbildung und Wissenschaft. Ich möchte aber noch eine andere wichtige Dimension erwähnen: Kleine Länder können in der modernen Welt unter Bedingungen klassenkämpferischer Konflikte nicht überleben. Sie brauchen die Konsens-Gesellschaft. Was schließlich die Neustrukturierung der Produktion und der außenwirtschaftlichen Beziehungen angeht, ist Standortverlagerung der allgemeine Schlachtruf in Europa. Das begann vor acht, neun Jahren und hat der Wettbewerbsfähigkeit gewiss nicht geschadet. Bestimmte Ängste in dieser Hinsicht in Deutschland halte ich für unbegründet.

Die europäische Antwort auf die globale Herausforderung ist die Erweiterung des Wirtschaftsraumes. Die Osterweiterung der Europäischen Union bedeutet vor allem für Deutschland, aber auch für Länder wie Ungarn, die Beschränkungen der Kleinstaaterei zu vermeiden. Während die klassischen Funktionen des Staates und der nationalen Regierungen in einer globalen Welt absterben, entspricht die neue Staatenorganisation den internationalen Erfordernissen weit besser. In diesem Sinne sollten wir den langen Marsch nach Europa fortsetzen.

### **Staudt**

Ich möchte anregen, die Steilvorlage aufzunehmen, die Herr Glee uns gegeben hat.

### **Hickel**

Ich halte das eher für einen Rückpass.

### **Staudt**

Ganz im Gegenteil, Herr Hickel, Herr Glee hat unsere Defizite beim Namen genannt. Mangelnde Liberalität beispielsweise. Wie steht es denn mit solchen Dingen wie Unterschriftenaktionen gegen die doppelte Staatsbürgerschaft? Ist das kennzeichnend für den Zustand unserer Gesellschaft, oder kann man das eher vernachlässigen? Angesichts der an diesem Tisch versammelten Kompetenz ist das doch eine Chance.

### **Herion**

Ich bin Unternehmer in einer traditionsreichen Branche des Maschinenbaus, also nicht im Hightechbereich. Wir sehen in der Globalisierung eine enorme Chance - wenn der Staat uns nicht dauernd dazwischenfunkelt. Mir ist zumindest kein Fall bekannt, wo der Staat langfristig ein guter Unternehmer gewesen ist. Auf die so genannten Global Player hat er ohnehin keinen Einfluss mehr. Dagegen bekommt der Mittelstand die geballte Ladung staatlicher Regulierungsmaßnahmen zu spüren, die uns eher blockieren als unterstützen.

Herr Scherf hat von den "kleinen Leuten" gesprochen. Das ist aus meiner Sicht bereits eine Art der Bevormundung. Diese so genannten kleinen Leute kaufen heute Aktien und setzen sich zum ersten Mal - das zeigt sich in meinem Unternehmen sehr deutlich - mit Unternehmenszielen und -Strategien auseinander, um zu erkennen, wo die Reise langfristig hingeht. Das heißt, sie identifizieren sich in ganz anderer Weise mit ihren Unternehmen und sind begeistert von der Globalisierung.

Ein großes Problem in Deutschland sehe ich, wie hier bereits mehrfach gesagt wurde, in der Bildungspolitik. Die Universität Bremen mag inzwischen recht gut sein und mit DaimlerChrysler im Bereich der Produktionstechnik eine Lösung gefunden haben. Jetzt soll in Bremen in den nächsten Monaten ja eine private Universität gegründet werden.

### **Scherf**

Mit massiver Unterstützung des Staates.

### **Herion**

Tatsache ist jedoch, dass die Wirtschaft auf die Versäumnisse des Staates längst reagiert hat. Ich denke etwa daran, dass die Firma SAP eine eigene Universität gegründet hat und allerorten Privatuniversitäten entstehen, die sogar von mittelständischen Unternehmen gefördert werden. Der Staat jedenfalls hinkt hier erheblich hinterher.

Für uns Mittelständler ist es deshalb gar keine Frage mehr, ob wir reif für die Globalisierung sind. Denn wir leben längst mit ihr und müssen ständig auf die Veränderungen reagieren. Diese Herausforderung beinhaltet für uns aber auch enorme Chancen.

Sicher brauchen wir in Deutschland, wie Herr Wieland gesagt hat, Spielregeln, deren Einhaltung der Staat gewissermaßen als Schiedsrichter überwachen muss; aber er darf nicht auftreten wie ein Libero beim Fußball. In den Schulen müssten volks- und betriebswirtschaftliche Grundbegriffe im Unterricht vermittelt werden, damit junge Menschen so früh wie möglich eine konkrete Vorstellung von der Welt, in der sie später leben und arbeiten werden, bekommen.

Wenn Sie an amerikanischen business schools junge BWL-Studenten fragen, was sie später beruflich machen wollen, dann lautet die überwiegende Antwort: natürlich Unternehmer. In Deutschland dagegen sagen Ihnen die meisten Studenten, dass sie zu Unternehmen wie Siemens oder zum Staat gehen wollen.

### **Hickel**

Woher wissen Sie das?

### **Herion**

Aus eigener Erfahrung. Ich werde häufig zu Diskussionsveranstaltungen eingeladen.

### **Hickel**

Ich muss Ihnen entschieden widersprechen, Herr Herion. Die Befragungen, die wir bei unseren Studierenden machen, zeigen, dass die meisten Unternehmer werden wollen. Die Frage ist allerdings, ob sie es dann auch tatsächlich schaffen. Den Drang zum profitablen Unternehmer sehe ich durchaus mit gemischten Gefühlen. Wir brauchen auch qualifizierte Absolventen in den Schulen für das Fach Wirtschaft und in der Politik. Sonst können Sie bald wieder die Qualifikationsdefizite dieser Sektoren bejammern. Egal in welchem Bereich, wir brauchen vor allem mehr an sozialer Kompetenz.

### **Herion**

Wenn so viele Unternehmer werden wollen, kann ich das nur begrüßen, Herr Hickel. Vielleicht hat da die Zusammenarbeit mit DaimlerChrysler an der Bremer Universität schon Früchte getragen.

Natürlich plädiere ich auch für die Aufhebung der Flächentarifverträge. Fragen, die Arbeitszeitregelungen und anderes betreffen, können sie in Unternehmen, die weltweit agieren, nicht mehr einheitlich regeln. Und wenn Herr Eppler die schlechte Zahlungsmoral erwähnt: Höhere Verzugszinsen sind sicher keine Lösung; dann verlieren sie ihre Kunden. Das lässt sich nur über partnerschaftliche Beziehungen regeln. Wir haben in dieser Hinsicht jedenfalls kein Problem.

Ich denke, wir sollten in unserem Lande weniger diskutieren und lamentieren, sondern aktiv die Probleme angehen und die Chancen nutzen, statt sozusagen mit angezogener Handbremse abzuwarten, wie sich die Welt um uns herum verändert. Wir Jungunternehmer sind durchaus bereit, in einen Dialog mit dem Staat und den Behörden einzutreten wir werden selten genug eingeladen. Reif für die Globalisierung? Dem Staat würde ich die "Hochschulreife" bisher absprechen.

### **Stock**

Herr von Weizsäcker hat zu Beginn provokativ formuliert, dass wir das Jahrhundert Amerikas vor uns haben. Da kann man natürlich unterschiedlicher Meinung sein. Oder wollen Sie damit zum Ausdruck bringen, dass wir es weniger mit einer Globalisierung zu tun haben, als vielmehr mit einem ganz anderen Prozess? Dazu würde ich dann fragen: Soll das so bleiben?

Lassen Sie mich vier Aspekte nennen, die über die positive Gestaltung der Globalisierung konkret etwas vermitteln könnten.

Erstens. In einem Punkt scheinen unsere beiden Referenten gar nicht so weit auseinander zu liegen. Während Herr Scherf die zunehmende Bedeutung der Region betont, spricht Herr von Weizsäcker von Dezentralisierung. Beiden Aspekten ist, so meine ich, eigen, dass der Nationalstaat eine andere Bedeutung erhält, als das vorher der Fall war. Meine Frage hierzu: Ist unser heutiges föderales System identisch mit dem Regionalprinzip? Das Regionale wird zweifellos wichtiger; denn auch die Globalisierung braucht Heimat und einen Ankerplatz. Wenn das so ist, welche Antworten finden wir darauf?

Zweitens. Wie immer wir die Rolle des Staates definieren - auch darin waren die Referenten gar nicht so weit voneinander entfernt;- , Tatsache ist, dass das Mikromanagement des Staates reduziert werden muss. Das lässt sich im Bildungs- und Wissenschaftssektor eindeutig belegen. Stattdessen brauchten wir staatlicherseits strategische Willensbildungen und Entscheidungsprozesse sowie qualitative Rahmensetzungen. Sind aber die Menschen in den staatlichen Verwaltungen in der Lage, diese Aufgabe zu übernehmen? Das ist gewissermaßen der professionelle Staat, den Herr Priddat angemahnt hat.

Drittens. Mit großem Vergnügen habe ich die Einlassung von Herrn Scherf zum Thema Raumfahrt vernommen, ein Punkt, in dem er, wie er selbst sagte, seine Position in dem Augenblick geändert hat, als die Raumfahrt für sein kleines Bremen interessant wurde. Im gesamtstaatlichen Interesse ist es sicherlich einerlei, ob das in Bayern oder in Bremen stattfindet. Aber Herr Scherf hat sich genauso verhalten, wie Herr von Weizsäcker es gefordert hat. In diesem Punkt stimmen beide also auch weitgehend überein. Daraus ziehe ich den Schluss, dass wir möglichst rasch die Scheinwidersprüche, die wir immer wieder mit uns herumtragen, aufgeben und uns pragmatisch den Dingen zuwenden sollten, die wirklich getan werden müssen.

Viertens. Welche Maßnahmen müssen wir ergreifen, um die personalen Eigenschaften zu stärken?

Eine Anmerkung zum Schluss. Wenn es hieß, Herr von Weizsäcker habe uns mit seinen Thesen provoziert, so gilt das genauso für Herrn Scherf, wenn er etwa das Haider-Problem vereinfacht auf die Globalisierung zurückführt. Ich halte das für eine unzulässige Verkürzung. Angesichts der vierzig Jahre währenden betonierten österreichischen Politik wäre Haider sicher auch ohne die Globalisierung zu begreifen. Ich denke also, solche Tendenzen bekommen wir nicht in den Griff, wenn wir es uns mit unserer Analyse zu einfach machen. Da plädiere ich für eine präzise und problemorientierte Diskussion, die dem Sachverhalt angemessen ist.

## **West**

Ich halte das deutsche Modell für reifer, mit der Globalisierung umzugehen, als es vielleicht von jenseits des Kanals erscheinen mag, Herr Glee. Das deutsche Modell ist durchaus zu Innovationen fähig.

Neu am deutschen Modell ist die sehr pragmatische Diskussion, wie etwa Märkte und Institutionen besser miteinander vermittelt werden können. Anders formuliert: Wie können Wettbewerbsfähigkeit, also der Markt, und soziale Gerechtigkeit, für die die Politik im weitesten Sinne zu stehen hat, vereinbar gemacht werden? Die Bremer Beispiele von Herrn Scherf zeigen dies meiner Meinung nach sehr gut. Ich frage mich aber, ob das auch für andere Sektoren gelten kann. Wie steht es beispielsweise mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die mit Hilfe innovativer Instrumente bekämpft werden soll - wie das ja auch im Bündnis für Arbeit diskutiert wird? Eine Garantie, das Ziel damit zu erreichen, gibt es sicher nicht.

Neu ist aus meiner Sicht die Diskussion über den Föderalismus. Wir haben heute erfahren, dass in bestimmten Fällen Bremen etwa mit Bayern konkurriert. Das ist eine neue Form von Leistungskonkurrenz, die nicht nur Bremens Bürgermeister als politisch Verantwortlicher bejaht, sondern die auch von den Arbeitnehmern und von den Unternehmern in seinem Land mitgetragen wird. Diese neue Art von Föderalismus bringt natürlich auch Probleme mit sich, wenn ich beispielsweise nach Ostdeutschland schaue, wo einige Bereiche von der wirtschaftlichen Entwicklung völlig abgekoppelt sind. Der Föderalismus ist als politisch-territoriales Ordnungsprinzip durch die Globalisierung herausgefordert. Nehmen Sie die Finanzprobleme. Dahinter steckt ein erhebliches Ordnungsproblem, und wie wir damit fertig werden wollen, da gehen die Meinungen sehr weit auseinander. Das Modell Deutschland hat jedenfalls die Herausforderung föderaler Konkurrenz angenommen. Aber die Neuordnung des politischen Raumes in Deutschland und Europa ist in dieser Hinsicht noch unklar.

Neu ist weiterhin die Art von Konsens, die sich entwickelt. Herr Scherf hat daraufhingewiesen, dass an die Stelle von Streiks jetzt weit mehr kooperatives Verhalten getreten ist. Für die Lösung der Probleme

werden verschiedene Optionen wahrgenommen. Es geht nicht mehr um die herkömmlichen Auseinandersetzungen, sondern um ein eher kooperatives Modell. Dabei dürfen wir indes die Desintegrationerscheinungen als Folge der Globalisierung nicht übersehen. Robert Reich spricht in diesem Zusammenhang davon, dass Symbolanalytiker und Routinearbeiter immer weiter auseinander driften und die Gesellschaften in Modernisierungsgewinner und -Verlierer zu spalten drohen. Wie schaffen wir es, diese Lücke wieder besser zu schließen im Sinne neu formierter Gesellschaft?

Neu sind auch die Mentalitäten. Wenn ich etwa an die Debatten in den 70er- und 80er-Jahren über die Atomindustrie denke, dann zeigt sich am Beispiel der gegenwärtigen Diskussion über die Gen- und Biotechnologie, wie sehr sich die Einstellung zu den neuen Entwicklungen inzwischen geändert hat. Es ist nicht mehr in erster Linie die Rede davon, wie diese neuen Technologien verhindert werden können, sondern es geht darum, die skeptische Einstellung in Europa diesen Technologien gegenüber im Sinne produktiver Lösungen fruchtbar zu machen.

## Gauer

Warum wird bei uns so viel geredet und analysiert und so wenig agiert? Mein Eindruck ist, dass wir viel zu sehr versuchen, auf die Globalisierung nur zu reagieren, statt Visionen zu entwickeln, die neue Perspektiven aufzeigen.

Am Beispiel der Green Card etwa wird deutlich, dass viele Menschen durch diese Forderung aufgerüttelt worden sind. Aber die Diskussion über diese Frage ist ausgesprochen kleinkariert und geht völlig am Problem vorbei. Was wir uns fragen müssen, ist: Kann Deutschland davon profitieren, wenn zehntausend Inder zu uns kommen und hier arbeiten? Sind von diesen neuen Arbeitskollegen neue Ideen zu erwarten, die uns befruchten und voranbringen? Zahlenbeispiele, die vorgeben, die Nachfrage nach Informatikern mit dem Angebot aus dem Ausland zu decken, führen in die Irre. Weder Angebot noch Nachfrage lassen sich mit seriösen Zahlen belegen. Aber diese Kleinkrämerei setzt eine endlose Diskussion in Gang und am Schluss steht keine Entscheidung.

Ich folge der Vorstellung von Herrn Dohnanyi und Herrn Bude, dass die jüngere Generation weit mehr auf Optionen hin orientiert ist und eine außerordentlich positive Grundeinstellung hat. Sicher, das hängt auch mit unserer eigenen Lebensgeschichte zusammen; wir haben Krieg und Hunger nicht erlebt, und auch die Arbeitslosigkeit war in den meisten Familien kein Thema. Deshalb hat meine Generation ein sehr viel größeres Vertrauen in die Zukunft. Wenn es in der Bibel heißt: Die Vögel unter dem Himmel, sie säen nicht, sie ernten nicht, und der Herr ernährt sie doch, so wollen wir in einer Welt leben, in der uns nicht die Flügel gestutzt werden, sondern wir möglichst viel Optionen nutzen können.

Diese Einstellung hat auch damit zu tun, dass viele junge Leute meinen, die Zukunft ist ohnehin unvorhersagbar. Was wir tun können, ist, uns ein möglichst breites Fundament zu legen, das uns erlaubt, schnell auf Veränderungen zu reagieren. Alle Zahlenspiele über das Jahr 2030 oder gar das Jahr 2100 sind im Grunde völlig irrelevant. Wir müssen morgen das Richtige tun, um für das Jahr 2030 gerüstet zu sein.

Herr Schleyer erwähnte die Rentendiskussion. Diese ganze Debatte um Finanzierungsgrundlagen und dergleichen ist für uns einfach irrelevant. Niemand ist heute in der Lage, seriös darüber Auskunft zu geben, wie sich die Dinge im Jahre 2030 darstellen werden. Wir müssen heute und morgen das Richtige tun, und im Jahr 2030 werden wir es dann schon packen.

Ich gehöre dem Unternehmen Infineon an, eine Halbleiterfirma, die übermorgen an die Börse geht. Anfang der 90er-Jahre wollte man diesen Betrieb schließen, weil es hieß, gegen die Japaner hätten wir sowieso keine Chance; wir seien viel zu teuer und so weiter. Heute repräsentiert dieses Unternehmen einen Börsenwert von schätzungsweise 60 Milliarden US-Dollar. Natürlich gab es 1992 gute Gründe dafür, das Risiko nicht einzugehen. Aber damals hat eine Gruppe von Leuten sich nicht von irgendwelchen Zahlenspielereien irremachen lassen, sondern entschieden, loszulegen.

Ich bin bei Infineon für Planung, Steuerung, Controlling und Strategie verantwortlich. Und ich sage Ihnen: Wir können froh sein, wenn wir in etwa wissen, was im Jahre 2001 passiert; ich kann einigermaßen genau abschätzen, wie das nächste Quartal aussehen wird; beim übernächsten Quartal bin ich schon nicht mehr so sicher, sondern kann nur noch eine Richtung vorgeben. Wichtig ist, dass die Leute, die bei uns tätig sind, an den Erfolg unseres Unternehmens glauben. Das heißt, wir brauchen vor allem eine Vision und vergessen am besten alle Prognosen und Zahlenspiele. Es geht nicht um Staat und Wirtschaft als zwei getrennte Welten, sondern wir leben in einer Welt, in der wir spontan reagieren müssen, statt immer alles langfristig planen zu wollen. Das gilt für den Staat und die Wirtschaft gleichermaßen.

Ich denke zum Beispiel an Ausbildungszeiten und -inhalte. In der Halbleiterindustrie haben wir es mit zyklischen Schwankungen zu tun, die sich unmittelbar auf die Nachfrage nach Arbeitsplätzen auswirken. Suche nach Arbeitskräften oder Einstellungsstopps wechseln sich in rascher Folge ab. Jedenfalls ist dieser Zyklus erheblich kürzer als die Ausbildungszeiten an den Universitäten. Wie soll man da die richtige Entscheidung treffen? Der Einzelne kann lediglich versuchen, möglichst schnell zu reagieren.

Wenn ich in diesem Zusammenhang die Gesetzgebung sehe, dann ist klar, dass sich solche Entwicklungen über Gesetze nicht regeln lassen. Deshalb sollte man auf derartige Gesetze besser verzichten oder sie so weit fassen, dass weite Interpretationsspielräume bleiben. Denn was einmal gesetzlich fixiert ist, kann nicht schon morgen wieder geändert werden. Dies kann aber in unserer schnelllebigen Zeit notwendig sein. Von daher sind auch Tarifverträge zunehmend fragwürdig. Die längerfristige Sicherheit, die man damit zu schaffen versucht, gibt es überhaupt nicht, und sie sind nur ein Hindernis, um schnell reagieren zu können.

Also noch einmal: Wir müssen Visionen entwickeln, was wir in der Zukunft erreichen wollen, und uns nicht auf irgendwelche Zahlenspielerien einlassen. Dazu gehören auch solche Drohungen vor einem amerikanischen Jahrhundert, wie wir sie neuerdings immer wieder vernehmen. Wir müssen daran glauben, dass wir es schaffen werden. Dann ist mir auch nicht bange um unsere Zukunft.

### **Wieland**

Ich teile Ihren Optimismus, Herr Gauer. Sie müssen aber auch sehen, dass ein Unternehmen wie Siemens über viele Jahre Subventionen vom Staat bekommen hat, um das, was Sie heute an die Börse bringen, überhaupt am Leben zu erhalten. Insofern kann eine vernünftige Industriepolitik eben doch etwas bewirken und Ihnen den Job sichern.

### **Gauer**

Das will ich keineswegs bestreiten. Dass eine solche Politik sinnvoll ist, zeigt das Ergebnis.

### **Brie**

So wie Herr Gauer an die Green-Card-Diskussion herangeht, ist es mir viel sympathischer als alles, was sonst dazu erörtert wird, wenn etwa die Rede davon ist, einen aktuellen Ausbildungsnotstand zu beheben oder vor einem Braindrain zu warnen. Noch besser wäre es allerdings, endlich einmal zuzugeben, dass Deutschland Einwanderungsland ist und sich auch in dieser Hinsicht international öffnen muss. Es kann eben nicht nur darum gehen, wie man mit dieser Entwicklung wirtschaftlich gewinnbringend umgeht, sondern zu erkennen, dass die Globalisierung nicht allein unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt werden darf.

Dass nicht nur die Nationalstaaten durch die Globalisierung an Bedeutung verlieren, sondern es auch individuelle Opfer dieser Entwicklung gibt, hat Herr Scherf erwähnt und ist dafür auch gleich kritisiert worden. Die Probleme sind doch mit Händen zu greifen, und es wird einmal mehr deutlich, dass wir auf dem Wege in eine unternehmerzentrierte Gesellschaft sind. Dies stellt auch die sächsisch-bayerische Zukunftskommission in ihrem Abschlussbericht unumwunden fest, und das wirtschaftspolitische Konzept, das Herr Schröder vor der Wahl vorgelegt hatte, verwandte ähnliche Begriffe.

Sie haben sicher Recht, Herr Bude, dass viele in der jungen Generation auf individuelle Optionen setzen. Dabei bleibt aber außen vor, dass ein beträchtlicher Teil der Gesellschaft diesen Weg nicht mitgehen kann; auch in der jungen Generation gilt das keineswegs für alle.

Ich kann Ihnen einen Arbeitsvertrag zeigen, der einem jungen Menschen aus Thüringen gehört, der nach zwei Jahren Arbeitslosigkeit jetzt in Hof für 1500 D-Mark brutto mit einer 56-Stunden-Woche arbeitet - ein Tag Kündigungsfrist. Für den stellen sich diese viel beschworenen Optionen nicht. Der ist froh, wenn er seinen bescheidenen Arbeitsplatz nicht auch noch verliert.

Das heißt, es gibt in dieser Gesellschaft Modernisierungs- und Globalisierungsverlierer. Das sind nicht unbedingt nur die kleinen Leute, von denen einige, wie sich in den USA zeigt, von dieser Entwicklung auch profitieren können. Aber sehr viele Menschen auf den verschiedenen Ebenen sind Opfer dieser Prozesse. Deshalb, Herr Glee, kommen wir um eine Erörterung der sozialen Begleitumstände nicht herum.

Herr Scherf hat die Glatzen am Bahnhof angesprochen, und Herr Piper meinte, auch mit Blick auf Hai der, das sei für ihn das Hauptproblem. Da frage ich nach den Ursachen solcher Tatbestände. Das ist

sicher nicht nur eine Frage der Globalisierung, sondern auch der Entfremdung und der Ängste, die damit verbunden sind. Ebenso gehört die Desintegration dazu, die in unserer Gesellschaft zu einer immer stärkeren Zersplitterung führt. Das sind soziale Problemstellungen, die wir angehen müssen, wenn auch sicherlich nicht in der herkömmlichen Weise. Das Verhältnis von Wirtschaft und Politik verlangt nach neuen Antworten, und der Individualisierung kommt dabei zweifellos ein größeres Gewicht zu als in der Vergangenheit.

Nun wird ja immer wieder vor Katastrophenszenarien gewarnt. Insbesondere die Linken neigen dazu und leiten daraus zum Teil ihre Legitimität ab. Ich frage mich aber, Herr von Weizsäcker: Wenn Ihr Herr Vater, Carl Friedrich von Weizsäcker, mit Nachdruck darauf verweist, dass wir dabei sind, die Welt, in der wir leben, ökologisch und sozial zugrunde zu richten, sind das dann lauter Hirngespinnste oder bestehen diese Gefahren tatsächlich?

Ich jedenfalls schlussfolgere, wir sollten uns hier nicht nur auf das "Modell Deutschland" und den Standortwettbewerb beschränken. Der amerikanische Historiker Paul Kennedy stellt in seinem Buch "Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert" die Frage, ob nicht die Systeme, Staatengruppen oder Großmächte am ehesten bestehen werden, die genau mit diesen Herausforderungen fertig werden, und nicht die, welche Nullsummenspiele von Exportwettbewerb und dergleichen veranstalten.

### **von Dohnanyi**

Ich will an dieser Stelle eine erste kurze Zwischenbilanz ziehen. Konsens in dieser Runde ist offenkundig, dass der Prozess der Globalisierung unaufhaltsam ist, und auch, dass die Amerikaner im Augenblick einen großen Vorsprung in dieser Entwicklung haben. Die Frage ist allerdings, ob man dabei von Amerikanisierung und von amerikanischem Jahrhundert sprechen kann. Ich würde eher annehmen, dass wir es hier mit einer spezifischen Verbindung von Freiheit, Wissenschaft und Technik zu tun haben, die sich in einem evolutionären Prozess der Zivilisation, wie Norbert Elias es gesehen hat, vollzieht.

Auf der anderen Seite ist deutlich geworden, dass die Politik weiterhin ihre Bedeutung hat, wenn sie auch vielleicht eine etwas veränderte Rolle spielt. Auch Herr von Weizsäcker hat ja nicht argumentiert, dass die Politik überflüssig geworden ist. Die Frage ist aber, welche Art von Politik in diesem Prozess angemessen ist. Während die einen der Politik die Aufgabe des Schutzes zuweisen, damit der Prozess nicht aus dem Ruder läuft, und diejenigen, die nicht mitkommen, irgendwie aufgefangen werden, ist die Mehrheit offenbar der Meinung, die Politik müsste in erster Linie für die Befähigung der Menschen sorgen. In dem Zusammenhang ist ausgehend von Herrn Bude wiederholt von den Optionen gesprochen worden.

Was müsste also getan werden - nicht zuletzt in Deutschland;- , um die Befähigung zu stärken? Natürlich spielt die Bildungspolitik hier eine wichtige Rolle. Die Erneuerung des Föderalismus oder die Aufhebung der Flächentarifverträge sind genannt worden, um unsere Gesellschaft flexibler und reaktionsfähiger gegenüber den rasch sich vollziehenden Veränderungen zu machen.

### **Mezger**

Trotz aller Befähigung, Herr von Dohnanyi, wie verhält es sich mit den Opfern der Globalisierung? Sind das die so genannten kleinen Leute? Ich denke, da sollte man einmal genauer hinschauen; denn die Verlierer sind ja nicht über die Jahre die gleichen Personen. Schon bei den Sozialhilfeempfängern zeigt sich ein häufiger Wechsel. Es gibt Phasen, in denen stärker die Schutzfunktion des Staates gefordert ist, während zu anderer Zeit mehr auf Befähigung der Menschen gesetzt werden muss und dem Staat eine eher aktivierende Aufgabe zukommt.

Die neue Bundesregierung hat zum Thema aktivierender oder aktiver Staat - federführend ist dabei das Bundesinnenministerium - ein Programm mit 24 Leitprojekten formuliert, die durchaus einiges für sich haben. Mehr Leistungsanreize im öffentlichen Dienst, mehr Teamarbeit; Änderung des Bundesangestelltentarifs (BAT); Überdenken des Beamtenstatus, der in der bisherigen Form möglicherweise nicht mehr haltbar ist, sondern eingeschränkt werden müsste, und anderes mehr. Aber nur mit Modellprojekten im öffentlichen oder im privaten Sektor, die in sich ihre Logik haben mögen, ist eine globalisierungsfähige Verwaltung nicht hinzubekommen.

Die Hans-Böckler-Stiftung hat jetzt, zusammen mit der Berteismann-Stiftung und mit einem kommunalen Verband ein Netzwerk innovativer Kommunen gegründet. Dabei geht es auch um neue Leitbilder, die man den Menschen vermitteln muss - von der Verwaltungsbehörde über das Dienstleistungsunternehmen hin zur bürgerorientierten Stadt, zur Bürgerkommune. Deshalb reicht es nicht aus, nur von Markt oder Staat zu reden, sondern es geht um die gesellschaftlichen

Rahmenbedingungen, die man dabei mit im Auge haben muss. Eine aktivierende Bürgerkommune muss auch für einen neuen Policy Mix aufgeschlossen sein. Das heißt, wie kooperiert eine Stadtverwaltung sowohl mit den ortsansässigen Unternehmen als auch mit den Wohlfahrtsverbänden und anderen intermediären Akteuren? Auf diese Weise könnte so etwas wie eine neue Kooperationskultur entstehen.

Was den Wohlfahrtsstaat angeht, haben wir in Westeuropa zweifellos eine andere Orientierung als beispielsweise in den USA. Wenn Bundesarbeitsminister Riester sich jetzt darum bemüht, etwa im Hinblick auf die Rentenversicherung eine Art von Risikomanagement hinzubekommen, indem die betriebliche Alterssicherung und die private Vorsorge gestärkt werden sollen, dann reagiert man in den Verbänden, auch bei den Gewerkschaften, immer noch sehr klischeehaft, und es erscheint kaum möglich, einmal neue Überlegungen und Lösungen ins Spiel zu bringen. Die junge Generation ist eben keine homogene Gruppe, aber auch in ihr besteht ein Grundbedürfnis nach Ligaturen, nach gewissen Sicherheiten, die indes anders aussehen müssen als die bisherigen. Ich denke, wir sollten den Mut haben, neue übergreifende Lösungsansätze, die nicht so gruppenfixiert sind, zu überlegen.

### Hank

Ich halte es für ein großes Missverständnis, Herr von Weizsäcker, zu sagen, die Globalisierung würde staatliches Handeln unmöglich machen. Was sich geändert hat, ist, dass an Stelle eines Monopols des Staates ein Wettbewerb um verschiedene Standorte und staatliche Regulierungen getreten ist. Wenn aber der Staat nicht mehr nur als Gesetzgeber, sondern als Wettbewerber auftritt, dann muss er sich professionalisieren, wie Herr Priddat zu Recht gesagt hat. Das müsste zur Folge haben, dass staatliches Handeln und staatliche Gesetze effizienter werden. Denn die Unternehmen können sich jetzt entscheiden, ob sie eine bessere Infrastruktur oder eine niedrigere Steuerbelastung für günstiger halten. Darauf können dann die Staaten mit Hilfe von Gesetzen reagieren.

Dazu ein aktuelles Beispiel, das zentral zum Globalisierungsthema gehört. Wie Sie wissen, wird im Augenblick über ein Übernahmegesetz nachgedacht. Dazu gibt es eine deutsche und eine europäische Debatte, wobei Letztere eher skurril anmutet, weil man sich über Gibraltar zerstritten hat, wo bekanntlich besonders viele Übernahmen stattfinden. Die deutsche Diskussion geht um die Frage, ob man das, was fälschlicherweise "feindliche" Übernahme genannt wird, durch staatliche Regulierung in den Griff bekommen will. Interessanterweise zeigt sich hier nicht der klassische Gegensatz zwischen Regulierern und Antiregulierern. Alle - Unternehmer, Aktionäre und Politiker - sind sich einig, dass wir ein Übernahmegesetz brauchen; alle wollen Deregulierung.

Die Regulierer sagen: Bei Übernahmen müsse es fair, transparent und effizient zugehen. Der Bundeskanzler hat dies noch einmal deutlich betont. Nun sind Fairness, Effizienz und Transparenz sicher Kriterien, die auch Unternehmen als Grundlage ihres Handelns akzeptieren - sozusagen die Eucken'sche Basis unternehmerischen Handelns.

Aber Unternehmen orientieren sich im Wettbewerb auch an den Kriterien der Differenzierung und, wenn Sie so wollen, der Diskriminierung. Das ist gewissermaßen die anarchische Komponente des Marktes, die Herr von Weizsäcker erwähnt hat. Die aus meiner Sicht eigentlich interessante Frage ist: Wollen wir eher das anarchische Element und damit auch Diskriminierung fördern, oder soll es besser fair zugehen, um Diskriminierung zu verhindern? Anders gesprochen: Von welchem Punkt an wird aus dem Gebot der Fairness unzumutbares Reglement?

Ein Beispiel: Ich habe von Ihnen, Herr von Weizsäcker, mit großem Interesse gelesen, dass Sie bei Übernahmen gegen Preisdiskriminierung sind. Das würde man bei Ihrem theoretischen Ansatz so nicht erwarten. Sie vertreten den Standpunkt, bei einer Unternehmensübernahme müsste allen Aktionären der gleiche Preis gezahlt werden. Marktwirtschaftlich leuchtet mir überhaupt nicht ein, warum alle Aktien gleich behandelt werden müssen. Das heißt, wenn ich einen Großaktionär gewinnen will, werde ich ihm einen anderen Preis machen. Hier zeigt sich, wie schnell sich hinter dem Deckmantel der Fairness ein freiheitsunterdrückender Impuls seinen Weg bahnt. Das sind dann immer auch Eingriffe in das Entdeckungsverfahren des Wettbewerbs, die die Dynamik des Globalisierungsprozesses unterdrücken.

### Hickel

Mein Eindruck ist, dass die Politik in diesem "Bergedorfer Gesprächskreis" sowohl was die vorhandenen Institutionen als auch die handelnden Personen angeht, viel zu negativ gesehen wird. Da wird so getan, als sei das politische System bei uns gar nicht mehr handlungsfähig. Die Behauptung, Politik führe zu Fehlentscheidungen mangels Professionalität, wird geradezu gebetsmühlenhaft wiederholt. Politik muss dagegen reparieren, ja präparieren, was die Wirtschaft an



Belastungen produziert. Und dabei ist die Politik oft überfordert. Wir brauchen Markt und Politik, also die Optimierung des Gesamtsystems.

Ich vertrete die vielleicht provokative Gegenthese, dass die Politik nicht zuletzt deshalb zum Handeln herausgefordert ist, weil auch in der Wirtschaft einige Dinge nicht richtig laufen. Es wird immer so getan, als seien Professionalisierung und Effizienz der Wirtschaft gewissermaßen immanent - vor allem im Management. Das würde ich angesichts der aktuellen Erfahrungen doch sehr infrage stellen. Wenn ich etwa an Holzmann, den Bremer Vulkan, an Flowtex oder an den Beinahezusammenbruch der Metallgesellschaft denke, dann hatten alle diese Ereignisse erhebliche Folgen für die Betroffenen und für die Gesellschaft. Dies wurde nicht durch Eingriffe der Politik verursacht, sondern das hatte im Wesentlichen das Management zu verantworten.

Diese Beispiele belegen ein unternehmensimmanentes Versagen. Die der Konzentration von strukturbestimmenden Entscheidungen gegenüber unzureichende Kompetenz und Kontrolle ist eine aktuelle Herausforderung. Die Antwort könnte qualifizierte Mitbestimmung sein.

Ich sehe hier also erheblichen politischen Handlungsbedarf im Sinne von Regulierung und Kontrolle. Eine Übernahme von Mannesmann durch Vodafone beispielsweise hätte in Großbritannien so nicht ablaufen können, weil es dort einen freiwilligen Übernahmekodex gibt, der etwa einen Aktientausch völlig ohne Bargeld nicht erlaubt. Das ist in Deutschland bisher nicht geregelt. Wir brauchen bei uns also einen entsprechenden Übernahmekodex. Die Bundesregierung müsste aktiv werden, weil die vorliegende EU-Richtlinie von zwei Ländern blockiert wird.

Herr Wieland spricht in diesem Zusammenhang von politischen Spielregeln, die definiert werden müssten - um den Begriff Regulierung zu vermeiden. Da stimme ich zu. Diese Spielregeln müssen nicht immer mehr Staat mehr Bürokratie implizieren. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang daran erinnern, wie Helmut Schmidt seinerzeit auf die berühmte Herstatt-Bankenpleite reagiert hat. Er kündigte ein Gesetz an, um die Banken zu zwingen, einen Einlagensicherungsfonds zu schaffen, der dem Bankkunden ein bestimmtes Minimum seiner Giro- und Spareinlagen im Fall der Pleite sichert. Darauf hat der Bundesverband Deutscher Banken reagiert und gesagt: Wir brauchen kein Gesetz, sondern werden selbst dafür sorgen, dass es entsprechende Spielregeln gibt, die auch eingehalten werden. Auf freiwilliger Basis wurde der Einlagensicherungsfonds durch die Banken geschaffen. Erfreulicherweise hat es seitdem keine derartige Bankenpleite mehr gegeben. Dieses Beispiel zeigt, nicht immer muss der Staat tätig werden, sondern das kann auch "am Staat vorbei", wie Volker Ronge es genannt hat, geschehen. Wichtig ist nur, dass diese Spielregeln funktionieren.

Des Weiteren finde ich es nach der Erfahrung mit Holzmann völlig legitim, wenn die rot-grüne Bundesregierung Handlungsbedarf im Hinblick auf die viel gerühmten Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sieht, die, wie verschiedene spektakuläre Fälle zeigen, versagt haben. Vielleicht kann man da ähnlich verfahren wie beim Einlagensicherungsfonds der Banken und auf eine gesetzliche Handhabe verzichten. Das heißt, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaften müssen sich eine Aufsicht schaffen, die der Gesetzgeber veranlasst und kontrolliert. Dem herausgehobenen Auftrag müssen Wirtschaftsprüfungsgesellschaften auch gerecht werden.

Fehlurteile zeigten sich bei der Beratung in Ostdeutschland. So hat die Roland-Berger-Beratung mehrmals ein Testat zur Schließung eines Unternehmens in Sachsen abgegeben. Die sächsische Landesregierung - vor allem Kurt Biedenkopf - hat zusammen mit der IG Metall das Unternehmen gerettet, das inzwischen das größte Unternehmen in Sachsen ist. Geredet wird immer vom Politikversagen. Die Politik würde entlastet, wenn die Kompetenz der Unternehmenswirtschaft nicht immer wieder Defizite aufwiese.

### **von Dohnanyi**

Roland Berger ist in der Tat kein Wirtschaftsprüfer, sondern ein Beratungsunternehmen.

### **Hickel**

Das schafft das Problem nicht aus der Welt. Ich will nur dafür sensibilisieren, dass hier politischer Handlungsbedarf besteht. Das geht ja nicht gegen die Wirtschaft, sondern sichert auch dieser einen Rahmen zum Erfolg.

Ein weiteres Beispiel betrifft die beabsichtigte Fusionierung von Deutscher und Dresdner Bank, ein Vorgang, der im Übrigen nicht nur die Banken betrifft, sondern eine völlige Neuordnung der Versicherungslandschaft zur Folge haben wird. Hier stellen sich Fragen: Wer entscheidet dies? Sind die behaupteten Synergien auch ernsthaft geprüft? Was passiert mit den Fusionsarbeitslosen? Die Süddeutsche Zeitung schreibt dazu, der Präsident der Bundesbanken-Aufsichtsbehörde habe

daraufhingewiesen, dass das Kreditwesengesetz - ein sehr strenges Regulierungsgesetz, mit dem wir aufgrund der Erfahrungen mit zwei schweren Währungskrisen gut gefahren sind - Gefahr läuft, durch derartige Umstrukturierungen an Relevanz zu verlieren. Wenn jedoch Bankensysteme zusammenbrechen das wissen wir aus der großen Weltwirtschaftskrise;- , dann hat das verheerende Konsequenzen für die ganze Gesellschaft. Niemand kann ernsthaft den Regulierungsbedarf bestreiten. Angesichts der Globalisierung der Kapital- und Finanzmärkte gilt dies weltweit.

Nun sagt Siegmund Mosdorf, die Politik wolle sich eigentlich nicht einmischen. Aber aufgrund des Gefahrenpotenzials - auch für die Wirtschaft - kommt sie gar nicht darum herum, stärker Spielregeln zu definieren und zu kontrollieren. Auch im Bereich der Unternehmenswirtschaft gibt es Verkrustungen und bürokratische Ineffizienz - Schumpeter lässt grüßen. Wenn ich etwa an die derzeit mangelnde Kontrollfähigkeit von Aufsichtsräten denke - ich verfüge hier über eigene Erfahrungen - oder mir einige bedeutungsvolle Fehlentscheidungen im Management vor Augen halte, dann belegt dies die Notwendigkeit, vor allem bei den Großunternehmen, Dynamik in Richtung Erneuerung freizusetzen. Dazu gehört der Abbau unternehmerischer, dysfunktionaler Macht.

Was die internationalen Dimensionen politischer Regulierung betrifft, auf die Herr von Dohnanyi zu Beginn hingewiesen hat, stellt sich dringend die Frage nach dem Handlungsbedarf. Ich denke beispielsweise an ein weltweit marktbeherrschendes Unternehmen wie Microsoft. Hier ist Marktmacht entstanden, die die Innovationsdynamik lahmst. Wir brauchen für den globalen Wettbewerb so etwas wie ein globales Kartellrecht. Das mag sehr visionär klingen. Aber der viel gerühmte Nestor der Bankenwissenschaft, Herr Büschgen, hat in einem Interview davon gesprochen, dass ein europäisches Kartellamt nicht mehr ausreicht, um mit den Problemen fertig zu werden. Wo sind eigentlich die Ordoliberalen, wenn es darum geht, funktionsfähigen Wettbewerb auch weltweit durchzusetzen?

Eine der intensivsten Gefahren für die Weltwirtschaft geht heute jedoch von den Finanz und Kapitalmärkten aus. Die Spekulationsgeschäfte haben ein Ausmaß angenommen, dass die Gefahr eines großen Crashes immer bedrohlicher wird. Die geplatze Seifenblasenökonomie Japan ist ein eindrucksvolles Beispiel dafür. Wie gehen wir damit um? Das heißt, die Globalisierung ist zwar nicht aufzuhalten, aber sie muss begleitet werden und in geregelten Bahnen verlaufen. Eine der wichtigsten strategischen Größen im gesamten Globalisierungsprozess ist der Wechselkurs. Aber niemand kann seine Volatilitäten mehr annähernd erklären. Die Ursache liegt in den Spekulationen mit dem Vermögenswert Devisen. Über 95 Prozent der tagtäglichen Devisenumsätze mit mehr als 1,5 Billionen US-Dollar sind spekulativ. Auch hier muss weltweit gehandelt werden. Ein System von Zielzonen sollte vergleichbar dem Wechselkurssystem von Bretton Woods wieder reetabliert werden. Ich weiß, dass ich mir mit einem solchen Vorschlag einigen Widerspruch einhandle. Aber die aktuellen Probleme zwingen dazu.

Die Südostasienkrise ist aber vor allem dadurch verursacht worden, dass die Liberalisierung der Finanz- und Kapitalmärkte viel zu schnell vonstatten gegangen ist und sich die Volkswirtschaften nicht entsprechend mitentwickeln konnten. Ich meine also, bei der Liberalisierung müsste immer der jeweilige Entwicklungsstand der betreffenden Länder berücksichtigt werden. Nur zu verbreiten, die Liberalisierung müsse überall so schnell wie möglich vorangetrieben werden, kann zu Gegenreaktionen führen, die die Globalisierung eher belasten als fördern. Die ökonomischen Folgen der ökonomischen Globalisierung können nicht ernsthaft mit dem neoklassischen Modell einer Selbststabilisierungsharmonie interpretiert werden. Nochmals, Fehlentwicklungen im sozialen und ökologischen Bereich, aber auch durch Machtmissbrauch verlangen eine begleitende Politik.

## **Herion**

Natürlich ist auch eine Änderung des Aktiengesetzes notwendig, Herr Hickel, damit Konzernvorstände im Falle von Missmanagement zur Verantwortung gezogen werden können und es nicht so wie bei Holzmann läuft, dass die Politik dann als Retter auftritt. Wenn ein mittelständischer Unternehmer derartige Fehler macht, geht er in Konkurs, und niemand ist da, um ihn aufzufangen.

## **Christian von Weizsäcker**

Brauchen wir ein Übernahmegesetz und wie sollte es aussehen? Der Begriff "hostile take over", feindliche Übernahme, ist im Grunde ein rein technischer Begriff, der aber in der Öffentlichkeit einen negativen Beigeschmack hat. Tatsächlich ist eine feindliche Übernahme eine höchst erfreuliche Angelegenheit: Dem bisherigen Aktienbesitzer wird ein äußerst attraktiver Preis geboten, um ihn zu veranlassen, seine Aktien zu verkaufen. Wir haben ja erlebt, dass sich die Mannesmann-Aktionäre von Vodafone nicht besonders angefeindet fühlten.

**Wieland**

Dafür das Mannesmann-Management umso mehr.

**Christian von Weizsäcker**

Die Frage ist in der Tat, für wen die Übernahme feindlich ist; jedenfalls nicht für die Aktionäre. Was den Übernahmecode angeht, bin ich als guter Hayekianer der Meinung, dass wir uns mehr von der Erfahrung als von der Theorie leiten lassen sollten, Herr Hank. Jedenfalls stelle ich fest, dass sich der Übernahmecode der City of London, der dort seit dreißig Jahren praktiziert wird, im Großen und Ganzen bewährt hat, auch wenn die Verpflichtung, für alle Aktien den gleichen Preis zu zahlen, einen Eingriff in die Vertragsfreiheit darstellt und insofern hayekschen Vorstellungen nicht ganz entspricht. Das würde ich aber akzeptieren.

Ich bin jedoch absolut dagegen, Barangebote zu verlangen, denn das bedeutet eine krasse Bevorzugung der großen gegenüber den kleinen Übernehmern. Die großen Übernehmer haben keine Schwierigkeiten, entsprechende Angebote zu unterbreiten. Kleinere Übernehmer - das haben wir in den letzten Jahren vielfach erlebt, und Vodafone ist ein Beispiel dafür - können sich nur über Aktientausch erfolgreich entwickeln, nicht dagegen über Barangebote. Barangebote privilegieren die alteingesessenen Liquiden, wenn Sie so wollen, die Langweiligen, gegenüber den innovativen Neuen. Deshalb bin ich gegen die Verpflichtung zu Barangeboten.

**Fugmann-Heesing**

Die Frage der Befähigung, Herr von Dohnanyi, hängt sehr eng damit zusammen, inwieweit wir auf die Veränderungen angemessen schnell reagieren können. In diesem Zusammenhang müssen wir uns sicher fragen, ob die Strukturen des föderalen Systems in Deutschland dazu führen, dass politische Entscheidungen bei uns verwässert werden und darüber hinaus zu lange auf sich warten lassen. An beiden Kritikpunkten ist sicher etwas dran.

Als Landespolitikerin müsste ich natürlich etwas anderes behaupten, Herr Scherf. Das heißt nicht, dass wir mit dem Länderfinanzausgleich im System des kooperativen Föderalismus nicht gut gefahren sind. Klärungsbedarf sehe ich aber in der Frage, wer für welche Gesetzgebung zuständig ist. Das ist zwar durch die Verfassung geregelt. Aber ob diese Regelungen unser gesellschaftliches und politisches System in die Lage versetzen, schnell zu reagieren, wo dies wirklich notwendig ist, da sind erhebliche Zweifel angebracht. Meine These ist - und darüber werden wir in der nächsten Zeit politisch diskutieren;- , dass die Gesetzgebungszuständigkeiten zwischen Bundesebene und Landesebene wieder entflochten werden müssen. Das heißt, Aufgabendefinition und Aufgabenerfüllung sind stärker in regionaler Verantwortung, und damit meine ich in Länderverantwortung, zu regeln.

Wenn wir uns etwa darüber einig sind, dass das staatliche Gewaltmonopol erhalten bleiben muss und, wie Herr Eppler sagte, auch weitere Aufgaben in der Hand des Staates bleiben müssen, dann ist gleichzeitig sicherzustellen, dass der Staat die Handlungsfähigkeit behält, um diese Aufgaben erfüllen zu können. Es gibt aber rechtliche Regelungen, ich denke zum Beispiel an das Beamtenrecht, die es fast unmöglich machen, bestimmte Aufgaben sinnvoll zu leisten. Wenn ein Polizist heute mit 35 Jahren in den vorzeitigen Ruhestand geht, weil er ein kleineres körperliches Gebrechen hat, und er anschließend für einen privaten Sicherheitsdienst tätig wird, dann bedarf dieser Tatbestand einer Veränderung.

Ob wir mit den bisherigen Gesetzgebungszuständigkeiten solche Fragen wirklich lösen können, stelle ich hier einmal bewusst in den Raum. Wäre dafür nicht ein Wettbewerb unter den Ländern hilfreich? Wenn wir den Mut hätten, uns von einigen bundeseinheitlichen Regelungen zu verabschieden und die Länder in der Lage wären, nach unterschiedlichen Lösungen und Wegen zu suchen, würden wir auch sehr viel schneller reagieren können, als das jetzt der Fall ist.

Ein zweiter Aspekt betrifft die Befähigungsaufgabe des Staates. Wir sprechen zu Recht von der Wissensgesellschaft. Damit ist zugleich die Forderung an den Staat verbunden, dafür vielleicht nicht Chancengleichheit, aber zumindest Chancengerechtigkeit herzustellen. Auch hier müssten wir von der Vorstellung Abschied nehmen, dass möglichst alles bundeseinheitlich geregelt ist. Dass wir zum Beispiel keine kürzeren Ausbildungszeiten und immer noch nicht das Abitur nach 12 Schuljahren haben, ist der Kultusministerkonferenz zu verdanken.

**von Dohnanyi**

Richtig.

## **Fugmann-Heesing**

Die KMK hat es immer wieder verstanden, die schulischen Anforderungen so zu definieren, dass dafür 13 Schuljahre unumgänglich sind; anderenfalls müsste man offenbar flächendeckend die Ganztagschule einführen. Von solchen Strukturen müssen wir uns verabschieden und es den Ländern überlassen, zu unterschiedlichen Regelungen zu kommen. Dass das Probleme mit sich bringt, ist mir klar. Warum ist es aber in den westlichen Bundesländern bisher nicht möglich gewesen, hier und da die Schulzeit bis zum Abitur auf 12 Schuljahre zu verkürzen? Wenn in diesen Dingen die Verantwortung stärker dezentralisiert würde, kämen wir auch in der Frage der Befähigung ein ganzes Stück weiter.

Wenn wir den Menschen in unserer Gesellschaft - das gilt nicht nur für die jungen, sondern inzwischen für sämtliche Altersjahrgänge - von Seiten des Staates die richtigen Angebote machen wollen, damit sie sich auf die raschen Veränderungen - auch ihrer Berufsbiografien - einstellen können, dann müssen wir mehr Wettbewerb in unser Bildungssystem implementieren. Beispielsweise könnte man unter den Hochschulen ein Benchmarking nach bestimmten Leistungskriterien einführen. Herr Schleyer hat das erwähnt. Aber ich habe es in Berlin in vier Jahren Amtszeit nicht geschafft, den Wissenschaftssenator dazu zu bewegen, mit den einzelnen Hochschulen nach Leistungskriterien Verträge abzuschließen.

Auch im Schulbereich müsste auf die einzelne Schule mehr Verantwortung delegiert werden. Herr Stock fordert, der Staat solle sich aus dem Mikromanagement stärker zurückziehen. Gerade im Schulbereich wäre das ohne weiteres möglich. Der Staat müsste lediglich die Ziele definieren, die am Ende einer Schullaufbahn zu erreichen sind. Dann können die Schulen miteinander in Wettbewerb treten, wie sie diese Ziele mit ihren jeweiligen Curricula erreichen wollen. Wenn wir mit einem neuen Denken an unser Bildungswesen herangehen, schaffen wir es auch, unsere Gesellschaft so flexibel zu machen, dass sie den Anforderungen der Wissensgesellschaft gerecht werden kann.

An der Stelle müssten wir auch bereit sein, Herr Mosdorf, in den öffentlichen Budgets andere Schwerpunkte zu setzen. Ein großer Teil der Wirtschaftsfördermittel wird heute schlicht für einen regionalen Wettbewerb um bestimmte Wirtschaftsunternehmen verwendet. Dabei ist es für die Gesamtgesellschaft völlig irrelevant, ob ein Unternehmen in Bayern, in Bremen oder in Berlin seinen Sitz hat. Wenn wir bereit wären, uns von dieser Art der Wirtschaftsförderung zu verabschieden und die Mittel stattdessen für eine bessere Ausstattung unseres Bildungssystems zu verwenden, würden wir weit mehr für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes tun, als das jetzt der Fall ist.

## **Richard von Weizsäcker**

Zum Thema Schutz und Befähigung im staatlichen Rahmen will ich nur anmerken: Was die Schutzfunktion angeht, verweise ich vor allem auf die Rechtsordnung, die ja nicht nur dafür sorgen soll, dass der Wettbewerb funktioniert und der einzelne Bürger vor Gewaltübergriffen geschützt wird, sondern weder der Bildungs- noch der Gesundheitsbereich kommen letztlich ohne die staatliche Schutzfunktion aus. So richtig und notwendig die Reduzierung der Staatstätigkeit in Bezug auf die Wirtschaft im Prinzip ist, für weite Bereiche des menschlichen Lebens kann das nicht die dominierende Überlegung sein.

## **Glees**

Der beste Schutz für den Einzelnen ist es, ihn zu befähigen, damit er sich in der veränderten Welt zurechtfindet. Das heißt, gute Sozialpolitik müsste sich als Investition in den Einzelnen verstehen, damit er die notwendige Befähigung ausbilden kann. Statt ihn vornehmlich gegen die Arbeitslosigkeit abzusichern, sollte man mehr Wert auf Erziehung und Ausbildung legen.

## **Flassbeck**

Herr Gauer und Herr Herion plädieren hier - vielleicht verständlich aus der Sicht ihrer Unternehmen - für ein Denken in außerordentlich kurzen Fristen. Demgegenüber möchte ich doch daraufhinweisen, dass wir im staatlichen Bereich gar nicht umhinkönnen, in längeren Zeiträumen zu denken. So einfach ist es jedenfalls nicht, von der Unternehmensebene auf die staatliche oder gar die globale Ebene zu schließen.

Frau Fugmann-Heesing fordert den Wettbewerb der Regionen. Dem stimme ich im Prinzip zu. Dann müssen wir aber auch genau definieren, worum der Wettbewerb gehen soll. Ein Wettbewerb im Hinblick auf kürzere Schulzeiten etwa macht nur Sinn, wenn die Ergebnisse anhand von Leistungskriterien gemessen werden. Denn das einzige Kriterium kann ja nicht sein: der Schnellste ist

der Beste. Dann ist am Ende das Land das beste, das das Abitur nach 11 oder 10 Jahren ermöglicht. Wir brauchen also Regeln, die bestimmte Leistungskriterien festlegen, was ein Abiturient am Ende an Leistungen nachweisen muss. Wenn das klar geregelt ist, bin ich dafür, dass die Länder innovativ tätig werden aber erst dann. Anderenfalls würde man das Abitur generell entwerten.

### **Streeck**

Geben wir doch den Universitäten das Recht, um die besten Studenten zu konkurrieren!

### **Flassbeck**

Ich stimme Ihnen zu, Herr Streeck, die Universitäten sollten untereinander konkurrieren. Aber auch da gilt: Wenn Sie diesen Wettbewerb ohne Festlegung von Leistungskriterien initiieren, dann braucht es gewiss zehn Jahre und länger, bis sich feststellen lässt, an welchen Hochschulen wirklich gute Studenten ausgebildet werden und wo nicht. Ich denke, wir kommen nicht darum herum, vorher bestimmte Leistungsstandards festzulegen.

### **von Dohnanyi**

Wie steht es eigentlich in Europa mit der gegenseitigen Anerkennung von Hochschul- und Schulabschlüssen? Gibt es entsprechende Vereinbarungen mit Frankreich oder mit Italien, was wir in Deutschland anerkennen müssen und was nicht? Die Anerkennung kann sich ja kaum an bestimmten Inhalten orientieren, die ein Abiturient oder ein Hochschulabsolvent vorweisen muss.

### **Hickel**

Das ist zweifellos eine entscheidende Aufgabe als Antwort auf die Internationalisierung und Globalisierung. Wir sind gerade dabei, darauf hinzuwirken, dass die Leistungen international vergleichbar gemacht werden. Dann ist es egal, wo und wie man sie erreicht hat.

### **Flassbeck**

Das wäre in der Tat der richtige Weg. Allerdings ist es nicht ganz einfach, die Leistungen zu messen, um sie vergleichbar zu machen. Darauf kommt es aber letztlich an.

Der Maßstab kann nicht sein, im Wettbewerb der Bundesländer oder auf europäischer Ebene diejenigen auszuzeichnen, die am schnellsten ihre Kosten senken. Das wäre extremes Kurzfristdenken ohne Innovation und Produktivitätssteigerung, sondern nur der Versuch, kurzfristig Marktanteile zu gewinnen, und dem sind bekanntlich Grenzen gesetzt. Was der eine gewinnt, verliert logischerweise der andere.

### **Wieland**

Das ist das Nullsummenspiel aus vergangenen Zeiten.

### **Flassbeck**

Der Versuch, Marktanteile auf Kosten der Mitbewerber zu gewinnen, ist ein Nullsummenspiel. Der Wettbewerb der Nationen gegeneinander würde eben dazu führen, dass das eine Land auf Kosten eines anderen Vorteile erlangt. Aus eben diesem Grunde gibt es in der Europäischen Union die Beihilferegeln, damit nicht ein Land das andere totsubventioniert und die Staaten am Ende nicht mehr in der Lage sind, noch ihre Kernaufgaben, wie Erhard Eppler sagte, zu erfüllen. Das gilt auch für einen Steuersenkungswettbewerb, der nichts anderes ist als ein Subventionswettbewerb; es klingt nur freundlicher.

Wenn es einheitliche Regeln gibt, dann ist in der Tat Innovation gefragt, und warum sollten Staaten nicht innovativ sein? Denn es ist nur ein Vorurteil: der dumme Staat und der kluge Unternehmer. Rudolf Hickel hat schon angemerkt, dass das so nicht stimmt. Aber wenn wir einen klugen, innovativen Staat wollen, dann muss er auch die Chance bekommen, sich entsprechend zu verhalten. Und staatliche Güter - das gilt etwa für die Umweltpolitik oder auch für die innere Sicherheit - dürfen keinem kurzfristigen Denken unterliegen; denn die Gesellschaft ist darauf angewiesen, weil der Markt das nicht leisten kann. Dass der Staat seine Leistungen innovativer erbringen könnte und sollte, will ich überhaupt nicht in Abrede stellen. Das geschieht aber nicht unter sehr kurzfristigen Erfolgskriterien.

Schnelligkeit ist jedenfalls kein Wert an sich - auch wenn sich die Geschwindigkeit insgesamt sicher erhöht hat. Doch auch bei den Unternehmen gilt: Der Schnellste ist auf längere Sicht nicht unbedingt der Erfolgreichste. Ich habe nichts dagegen, den Shareholder-Value zu maximieren. Es ist aber ein Unterschied, ob man den Shareholder-Value in drei Monaten oder in zehn Jahren maximiert. Und Unternehmen, die in dieser Hinsicht langfristig denken, können am Ende viel erfolgreicher sein. Mit Shareholder-Value allein ist noch kein Problem gelöst.

Die Regulierungen und institutionellen Vorkehrungen, die wir in der Vergangenheit in Deutschland hatten, haben nicht zuletzt dazu geführt, dass langfristige Investitionen durchgeführt werden konnten, die nicht dem Druck seitens des Kapitalmarkts unterlagen, kurzfristige Erfolge zu realisieren. Wenn wir das jetzt über Bord werfen, sollten wir uns über die negativen Folgen im Klaren sein. Ich halte jedenfalls die ganze Polarisierung zwischen Regulierung und Deregulierung für völlig verfehlt. Vielmehr geht es darum: Wie finden wir intelligentere Formen der Regulierung oder von Spielregeln? Nur damit können wir letztendlich auf die Dauer erfolgreich sein.

### **Wieland**

Regulierung oder Spielregeln, das ist nicht nur ein semantischer Unterschied, Herr Flassbeck. Bei Regulierung gehen Sie vom Staat aus, der sich dann großzügig überlegt, Aufgaben an Private abzugeben. Spielregeln dagegen gehen von den Problemen aus, wie man sie lösen kann. Wie lässt sich die Kooperation von Personen oder von Gruppen regeln?

### **Eppler**

Meinen Sie, das ist beim Staat anders?

### **Wieland**

Spielregeln kann es auf allen Ebenen geben: auf Staatsebene genauso wie auf Unternehmens- oder Verbandsebene und auch im privaten Bereich. Wir sollten in Deutschland aber aufhören, Spielregeln immer mit staatlicher Regulierung gleichzusetzen. Wir müssen von den Problemen ausgehen und überlegen, wie und durch wen sie am besten gelöst werden können. Manches regeln wir besser durch den Staat, anderes vielleicht durch Gesangsvereine. Es ist diese durchgängige Staatsfixierung, die mich stört. Es ist ein Unterschied, ob man etwas regulieren will und darüber diskutiert, wie weit die Regulierung gehen soll, oder ob man sagt, wir brauchen Spielregeln für die Probleme, damit die Akteure spielen können.

### **Eppler**

Das ist wirklich eine Unterstellung, Herr Wieland. Als ob es ein Ministerium nicht auch zuerst mit einem Problem zu tun hat und dann überlegt, wie man damit klarkommt. Regulierung geschieht doch nicht nur ihrer selbst willen! Das sind Klischees, mit denen man nicht ernsthaft operieren sollte.

### **Piper**

Das Thema Langfristigkeit-Kurzfristigkeit, das Herr Flassbeck anspricht, ist in der Tat zentral. Ein Einwand: Das alte System der Regulierung bei den Banken und die Vetterwirtschaft in den Aufsichtsräten sollte ja gerade die Langfristigkeit sichern. Ist das aber unter den heutigen Bedingungen überhaupt noch möglich? Herr Hickel hat zu Recht auf Holzmann hingewiesen, ein Beispiel dafür, wie das alte Steuerungssystem versagt.

### **Christian von Weizsäcker**

Zweifellos hat der internationale Kapitalmarkt große Probleme, auf die Herr Hickel und Herr Flassbeck zu Recht hinweisen. Das ist ein wichtiges Thema, das wir hier nicht diskutieren können. Ich will nur so viel hinzufügen: Der internationale Kapitalmarkt ist andererseits ein sehr wirkungsvolles Korrektiv gegen korrupte Politik.

### **Hickel**

Aber er kann auch demokratische Politik aushebeln. Die Kapitalmärkte sind nicht gottgewollt, sondern haben den Zielen des Wirtschaftens zu dienen.

### **Christian von Weizsäcker**

Gute demokratische Politik hat keine Schwierigkeiten im Kapitalmarkt. Wer eine solide Fiskalpolitik betreibt, in der Politik langfristig denkt, Haushaltsdefizite abbaut, hat im internationalen Kapitalmarkt mit Kreditaufnahmen kein Problem. Wer hat denn Frau Thatcher geholfen, die britische Staatsverschuldung von 80 Prozent auf 35 Prozent zu reduzieren? Das war der internationale Kapitalmarkt, der sah, dass in Großbritannien die alte Politik, die zu einer lähmenden Stagnation geführt hatte, durch eine neue Politik, die mit dem Sparkurs Ernst machte, abgelöst wurde. Daraufhin sind die Zinsen für englische Staatsanleihen heruntergegangen, was wesentlich dazu beigetragen hat, die Staatsfinanzen in England zu konsolidieren.

Das Gleiche gilt für Italien. Wer hat denn Romano Prodi geholfen, die italienischen Staatsfinanzen einigermaßen zu konsolidieren - ganz ausgestanden ist es ja noch nicht - und den Beitritt Italiens zum Euro zu schaffen? Wiederum der internationale Kapitalmarkt, der dafür gesorgt hat, dass die Lirazinsen von 16 Prozent im korrupten alten System auf sieben, acht Prozent zurückgegangen sind. Der internationale Kapitalmarkt ist also ein ausgesprochen geeignetes Instrument, das eine gute demokratische, langfristig orientierte Politik belohnt und kurzfristige Politik bestraft.

Ähnlich hat sich der brasilianische Staatspräsident auf der Konferenz der sozialdemokratischen Staatsmänner in Florenz geäußert, als er meinte: Wir wären Idioten, wenn wir nicht die Spielregeln des internationalen Kapitalmarktes befolgen würden, die uns helfen, unser Land zu reformieren und zu modernisieren. Hier leistet der internationale Kapitalmarkt also einen wichtigen Beitrag, um die Status-quo-Orientierung zu überwinden. Man kann noch weitergehen: Er trägt dazu bei, dass die Korruption von alten Machtgruppen aufgebrochen wird, was der Politik eines Landes wesentlich zugute kommt. Natürlich ist der internationale Kapitalmarkt kein ideales Instrument, aber eben diese Funktion, Korruption im nationalen Rahmen zu bekämpfen, sollte man nicht unterschätzen.

Ich stimme Ihnen zu, Herr Eppler, dass die Ausgrenzung bestimmter Schichten, die im Zusammenhang mit dem Strukturwandel herausfallen, eines der Hauptprobleme ist. Hier ist der Staat in der Tat gefordert. Sie haben Amerika erwähnt, aus europäischer Sicht zweifellos ein in mancher Hinsicht höchst problematisches Land. Aber die USA sind ein Einwanderungsland par excellence, und Herr Brie hat zu Recht gesagt, Deutschland und Europa müssen sich da/u bekennen, dass wir ebenfalls Einwanderungsländer geworden sind - schon angesichts der demografischen Entwicklung ist das gar nicht anders möglich.

Der Sozialstaat eines Einwanderungsgebietes kann aber nicht so aussehen wie der eines Auswanderungsgebietes. Die Durchsetzung des Wettbewerbs und das Kartellverbot im Jahr 1890 in den Vereinigten Staaten hingen wesentlich damit zusammen, dass das Einwanderungsland USA offene Märkte brauchte, um die Einwanderer gesellschaftlich integrieren zu können. Das heißt, der offene wirtschaftliche Wettbewerb ist das beste Integrationsinstrument für Einwanderungsgesellschaften. Deshalb werden wir das Kartellverbot bei uns noch weiter ausdehnen müssen, vielleicht sogar auf den Arbeitsmarkt, auf jeden Fall aber auf die Güter- und Dienstleistungsmärkte. Dazu gehört auch die Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Die "seven eleven"-Läden in Amerika werden von Einwanderern der ersten Generation betrieben, die auf diese Weise unternehmerisch selbständig werden können.

Mit anderen Worten: Die Gesetzgebung einer Einwanderungsgesellschaft muss ganz anders aussehen als die einer Auswanderungsgesellschaft. Gustav Schmoller hat im Jahre 1904 - und damals war Deutschland ein Auswanderungsland - die Kartelle gepriesen, die dafür sorgen würden, das Gemeinwohl in einer Branche zu berücksichtigen gegen die egoistischen Interessen der Einzelunternehmen. Also Einschränkung des Wettbewerbs im Interesse des Gemeinwohls durch die Kartellisierung der deutschen Wirtschaft. Wir sind heute eine Einwanderungsgesellschaft, und die kann sich nur über den Wettbewerb integrieren.

Was bedeutet das speziell für Deutschland? Ich unterstütze sehr, was Frau Fugmann-Heesing gefordert hat, nämlich eine Entflechtung der öffentlichen Hand. Das steht nicht im Widerspruch zum Länderfinanzausgleich, der natürlich notwendig ist. Er hat aber nicht als Voraussetzung, dass alles und jedes über den Bundesrat, die Kultusministerkonferenz und dergleichen kartellistische Vereinigungen der Bundesländer entschieden wird. Wenn die staatliche Politik flexibler und reaktionsschneller werden soll, dann müssen die Bundesländer die Chance haben, aus dem Geleitzug auszubrechen, um neue Wege zu gehen.

Herr Flassbeck verweist zu Recht auf die Notwendigkeit langfristiger Orientierung in der Politik. Aber in unserer Demokratie betragen die Wahlperioden vier Jahre, auf Landesebene jetzt fünf Jahre. Das heißt, in der Politik selbst ist die Kurzfristorientierung weitgehend angelegt. Demgegenüber muss sich der Einzelne, was etwa seine individuelle Vorsorge angeht, langfristig orientieren. Und da komme ich noch einmal auf den ShareholderValue zurück. Wer beauftragt denn die Aktienfonds? Das sind die

Anspruchsinhaber von Pensionen, die sie in, sagen wir, 30 Jahren bekommen wollen. Wer also das Vermögen seiner Auftraggeber gut verwalten will, muss sich am Kapitalmarkt langfristig orientieren. Die individuelle Vorsorge ist in einer Gesellschaft die beste Garantie für eine Langfristorientierung.

### **Hank**

Warum sagen Sie beim Kartellverbot auf dem Arbeitsmarkt "vielleicht", wenn Sie in den Berichten der Monopolkommission das Vielleicht weglassen? Das Entsendegesetz ist eindeutig ein Anti-Einwanderungsgesetz.

### **Christian von Weizsäcker**

Ich bin an sich dafür, dass kartellistische Absprachen auch auf dem Arbeitsmarkt weitgehend eingeschränkt werden. Aber das ist ein weites Thema, für das man einen eigenen Bergedorfer Gesprächskreis brauchte.

### **Flassbeck**

Zu der wunderbaren Welt der Kapitalmärkte, die Sie uns hier vor Augen führen, Herr von Weizsäcker, gibt es mindestens ebenso viele Gegenbeispiele. Aber das wissen Sie so gut wie ich. Sie sagen, die Märkte bewerten die Länder richtig. Nehmen Sie die aktuelle Situation in Japan: Für eine zehnjährige Kapitalanlage bekommt man dort zurzeit um die zwei Prozent. Das Land ist marode, liegt am Boden, hat eine Struktur, wie sie inflexibler nicht denkbar ist - und erhält weltweit das billigste Geld; ganz erstaunlich. Japan hat in den neunziger Jahren eine Aufwertung und nicht eine Abwertung erlebt, die der Wirtschaft unheimlich geschadet hat. Wir werden das auch bald bei uns erleben.

Auf der anderen Seite die USA, ein Land, das sich in ungeheurem Maße gegenüber dem Rest der Welt verschuldet hat und trotzdem an den Devisenmärkten sehr hoch bewertet wird. Auch das wird sich vermutlich in Kürze ändern.

Zu meinen wir Europäer seien gegenüber den USA zurückgefallen, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Wir sind nicht bei der Globalisierung zurückgefallen, unser Problem ist vielmehr, dass wir in Europa zehn Jahre lang eine extrem schlechte Wirtschaftspolitik betrieben haben. Und wir haben natürlich große Anstrengungen in ganz Europa unternommen, um die Europäische Währungsunion zu verwirklichen. Auch das hatte seinen Preis, wenngleich es auch etwas eingebracht hat.

### **Richard von Weizsäcker**

Ist die Wissenschaft gegenüber den USA zurückgefallen?

### **Flassbeck**

Auch das sehe ich nicht. Ich wüsste nicht, dass wir in der Wissenschaft generell ins Hintertreffen geraten sind. Wo wir zurückgefallen sind, ist beim Wirtschaftswachstum. Die Amerikaner hatten während der gesamten neunziger Jahre eine doppelt so hohe Wachstumsrate wie Europa, was in den Jahrzehnten davor immer umgekehrt war. Das erklärt sicher zu einem erheblichen Teil die Dominanz der Amerikaner. Die haben eben Vollbeschäftigung. Aber ich kann nur davor warnen, daraus jetzt ein generelles Gesetz ableiten zu wollen.

### **Gauer**

Herr Flassbeck meinte, das große Problem der Kapitalmärkte sei die außerordentlich kurzfristige Ergebnisorientierung. In der Politik mit ihren vier- oder fünfjährigen Legislaturperioden geht es danach schon bedeutend mittelfristiger zu. Diese Unterscheidung trifft aber nicht den Punkt, was am Phänomen des neuen Marktes deutlich wird. Die Bewertung von Firmen, um die es dabei geht, scheint im Widerspruch zu jeder mikroökonomischen Theorie zu stehen. Denn es ist schwer vorstellbar, wie die zukünftigen Cashflows dieser Firmen den Unternehmenswert rechtfertigen. Eben diese vermeintliche Überbewertung ist aber das Korrektiv dafür, wie in diesen Märkten Zukunftssicherung stattfindet.

Im Prinzip kann sie auf zwei unterschiedlichen Wegen erfolgen. Das eine ist eine Art Risikospiele. Es geht nicht um irgendwelche Pläne, an die ohnehin kein Mensch glaubt, sondern am Anfang steht eine Vision: Biotechnologie oder Internet beispielsweise, auf die Leute setzen und Geld investieren, mit dem unternehmerische Persönlichkeiten Ideen entwickeln und Forschung betreiben können.



Die Alternative dazu ist, die Zukunft planerisch anzugehen. Man sagt, Biotechnologie oder Informationstechnologie könnten interessante Felder sein, und dafür versucht man dann mit Hilfe von staatlichen Mitteln Unternehmen zu etablieren. Da aber die Politik immer sehr stark dem Einfluss von Großverbänden unterliegt, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass die staatlichen Gelder statt in die Biotechnologie eher in den Steinkohlenbergbau fließen.

Natürlich können Visionen sich in Luft auflösen und dadurch zu einer Krise der Finanzmärkte führen. Die Zukunft ist nun einmal nicht vorhersehbar und planbar. Aber das ist nichts anderes, als wenn Sie eines Tages eingestehen müssen, dass Steinkohlesubventionen unsinnig sind. Auch das ist ein schmerzliches Korrektiv für diejenigen, die es trifft. In dem Fall werden Sie durch den Markt korrigiert, im anderen Fall entscheidet der Staat, dass er kein Geld mehr für solche Subventionen hat. Ich bevorzuge das Korrektiv durch den Markt, weil es dabei schneller und unbürokratischer zugeht und viel mehr Menschen daran partizipieren können. Wenn derartige Dinge staatlicherseits abgewickelt werden, profitieren genau diejenigen davon, die schon immer ihre Schäfchen ins Trockene gebracht haben. Von Chancengleichheit kann dabei jedenfalls keine Rede sein.

### **Hickel**

Herr Gauer, auch Unternehmen brauchen eine gewisse mittelfristige Investitionsplanung - da stimme ich dem Argument von Herrn Flassbeck zu. Dabei orientieren sich Unternehmen an mittelfristigen Zielen. Beispielsweise wird eine neue Produktlinie entwickelt, die nicht gleich im ersten Jahr zu hohen Dividenden und Kursgewinnen an der Börse führen kann. Diese "Langatmigkeit" war die Basis des erfolgreichen "Deutschen Modells". Heute geben die Analysten an der Wall Street die schnell zu realisierende Profitrate von 15 Prozent plus X vor. Die Unternehmen geraten in den Griff von kurzfristigen "Shareholdervalue"-Maximierern. Worauf es aber auch ankommt, das sind die Stakeholder, die als motivierte Beschäftigte, als Kunden und als öffentlicher Sektor zum Erfolg des Unternehmens beitragen.

### **Gauer**

Bei den althergebrachten Industrien werden in der Tat solche Maßstäbe angelegt, Herr Hickel. Die modernen Industrien, die Halbleiterindustrie eingeschlossen, haben zu keiner Zeit mit Renditen in Größenordnungen von 15 Prozent operiert, sondern sehr viel niedriger; in der Internetindustrie hatten die meisten Unternehmen sogar negative Renditen.

Aber die Vision ist dort so stark, dass viele Leute ihre mikroökonomische Vernunft über Bord werfen und instinktiv darauf setzen. Das genau aber bringt eine Volkswirtschaft voran.

### **Flassbeck**

Wir sprechen uns nach dem nächsten Crash wieder.

### **Gauer**

Ein Crash zeigt nur, dass die Zukunft nicht vorhersagbar ist. Ein Wirtschaftssystem ohne Crashes wächst langsamer, da hier zu vorsichtig investiert wird. In einem Wirtschaftssystem mit Crashes wird viel investiert, manchmal auch mit hohem Risiko.

### **Flassbeck**

Ich denke, es kommt sehr darauf an, aufweiche Weise in Zukunft investiert wird. Ob man auf einige Player mit Visionen setzt, dergleichen dann über Internet oder sonstwie verbreitet mit der Folge, dass die Bewertung dieser Unternehmen völlig von der Realität abhebt, oder ob man Risikokapital einsetzt in der Hoffnung, in ein paar Jahren eine anständige Rendite zu erhalten, ist ein großer Unterschied. Deshalb sage ich, dass wir uns nach dem Crash darüber wieder unterhalten werden.

### **Gauer**

Die Wirtschaft kann Crashes sehr gut verkraften. Sehen Sie sich die phänomenale Entwicklung der südostasiatischen Volkswirtschaften an, Herr Flassbeck. Die haben jahrelang ein Wachstum von zehn Prozent gehabt. Auf der Langfristkurve stellt die Südostasien-Krise nur einen winzigen Ausschlag dar. Südkorea hat schon wieder ein Wirtschaftswachstum von acht Prozent.

### **Christian von Weizsäcker**

Was Sie sagen, Herr Gauer, heißt nichts anderes, als dass bei allen Irrationalitäten und Kapitalfehlallokationen - selbst wenn es dann zu einem Einbruch kommt - durch den Optimismus der Investoren so viel an neuer Industrie entstanden ist, dass dies der Volkswirtschaft insgesamt nutzt. Die Investoren haben ihr Geld gewissermaßen für einen guten Zweck verloren.

### **von Dohnanyi**

So war es damals beim Bau des Sueskanals; auch jenes Unternehmen hat sich am Ende als sehr produktiv herausgestellt, obwohl viele Leute ihr Geld verloren hatten.

### **Kirsch**

Ich fand es ungemein erfrischend, wie die Herren Herion und Gauer zum Ausdruck brachten: Wir packen das schon. Da ich schon ein wenig älter bin, dazu noch Beamter, also von Berufs wegen Bedenkenräger, finde ich solche Einstellung zur Wirklichkeit ausgesprochen sympathisch.

Nun ist, besonders bei Herrn Gauer, zugleich deutlich geworden, mit welcher Geschwindigkeit sich die Dinge verändern. Sie sagten, das nächste Quartal kann ich einigermaßen überblicken; danach wird es schon schwieriger. Aber was in fünf oder zehn Jahren sein wird, das ist völlig unbestimmt. Das heißt, in gewissem Sinne erleben wir heute eine "Verflüssigung" der Welt, wie ich das nennen würde, und eben das dürfte das Neue an der Globalisierung sein. Es ist aber nicht so, dass die Entwicklung seit dem Zeitalter der Brieftaube sich lediglich beschleunigt hat, Herr Flassbeck, sondern man ist ständig gezwungen, seine Kommunikations- und Interaktionspartner zu wechseln, und eben das macht wiederum die neue Qualität der Wissensgesellschaft aus.

Wenn Sie so wollen, reagieren wir auf die Verflüssigung der Welt mit Formen variabler Geometrie, indem die Strukturen gewissermaßen legohaft immer wieder neu zusammengesetzt werden. Damit aber, Herr von Weizsäcker, ist Ihre Frage nach der angemessenen Trennung von Staat und Wirtschaft weitgehend obsolet geworden. Dann muss eben von Fall zu Fall entschieden werden, welche Abteilung eines Ministeriums mit welcher Abteilung eines Unternehmens zusammenarbeitet - wenn es überhaupt noch ein Unternehmen als Einheit gibt und das Ganze nicht zu einer virtuellen Größe geworden ist.

Auf diese Entwicklung müssen wir uns offensichtlich einstellen. Auch Frau Fugmann-Heesing argumentiert, was den Staat angeht, in die gleiche Richtung. Was ich mich in dem Zusammenhang frage, ist zum einen: Kann man von allen Institutionen diese Art von Flexibilität erwarten, ohne dass sie damit ihre Existenz infrage stellen? Institutionen verstehe ich hierbei nicht nur im Sinne von Organisationen oder Verwaltungen, sondern auch von Wertsystemen und dergleichen. Einrichtungen, die Verhalten regeln - das können auch Gesetze, Normen, Wertüberzeugungen sein. Ist es also denkbar, ein Rechtssystem so schnell zu verändern, wie man Legosteine auspoppt und wieder eindockt? Ist das auf der Ebene der Institutionen überhaupt vorstellbar?

Und zum anderen auf der Ebene des Individuums: Hält der einzelne Mensch solche ständigen Veränderungen eigentlich aus? Sicher, einige verkraften das recht gut. Das sind dann die Globalisierungsgewinner. Leute, die sich schnell neu orientieren, andere Partner suchen und sich genauso rasch wieder von ihnen lösen, ständig bereit, sich auf neue Ideen, neue Produkte einzulassen und mit neuen Ressourcen umzugehen. Wie viele Menschen sind dazu aber in der Lage? Und was ist möglicherweise der Preis solcher Flexibilität?

Ich habe Herrn Herion in der Pause gesagt: Es mag ja sein, dass die Mitarbeiter in Ihrem Unternehmen sehr gut funktionieren; aber könnte es nicht sein, dass die Ehen daran kaputtgehen und die Kinder dann am Bahnhof Zoo landen, wo sie Herrn Scherfund Herrn Piper das Fürchten lehren? Fragen wird man ja mal können.

Von Befähigung und Schutzfunktion war hier die Rede. Zunächst: Was kann man tun, um die Menschen und die Institutionen zu befähigen, sich in einer Welt mit variabler Geometrie zurechtzufinden, und zwar so, dass dabei ein einigermaßen gutes, zufriedenes Leben möglich wird? Denn jeder hat nur ein Leben.

Und was die Schutzfunktion angeht: Wie tragen wir dafür Sorge, dass diejenigen, die nicht befähigt werden können, nicht aus der Gesellschaft herausfallen? Und die Institutionen, die sich nicht auf variable Geometrie umstellen lassen, auf die wir aber nicht verzichten können, erhalten bleiben? Ich denke, mit diesen Fragen müssen wir uns intensiv und unvoreingenommen auseinander setzen.

Um es noch einmal klar zu sagen: Wie schützen wir Menschen und Institutionen, die sich nicht befähigen lassen und die mit der Verflüssigung der Welt nicht zurechtkommen, davor, dass sie einfach vor die Hunde gehen? Denn das können wir ja nicht wollen.

### **von Dohnanyi**

Welche Konsequenzen können wir aus der bisherigen Diskussion für das "Modell Deutschland" ziehen? Wie muss sich unsere Gesellschaft organisieren, dass sie es lernt, mit den schnellen Veränderungen fertig zu werden? Dazu sind hier Fragen des Föderalismus, die gegenseitige Anerkennung von Schul- und Hochschulabschlüssen, aber auch die Kompetenz von Aufsichtsräten und Wirtschaftsprüfern und anderen diskutiert worden.

Zum Thema Befähigung hat Herr Christian von Weizsäcker angemerkt, dass eine Öffnung des Arbeitsmarktes für ein Einwanderungsland von großer Bedeutung ist. Das Gleiche gilt für die Erleichterung von Unternehmensgründungen, also das Kartellrecht. Des Weiteren natürlich auch für die Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen.

Auf der anderen Seite scheint mir die Frage wichtig zu sein: Wie können wir denjenigen, die zurückbleiben, Schutz geben? In den fünfziger Jahren hat der englische Soziologe Michael Young ein Buch mit dem Titel "The Meritocracy" veröffentlicht, in dem er nachweist, dass eine Gesellschaft, die es im Wesentlichen darum zu tun ist, die Intelligenz zu befähigen, Gefahr läuft, eine weit schlimmere Spaltung zu bewirken, als dies in der alten Klassengesellschaft der Fall war. Ich denke, diese Warnung ist auch für unsere gegenwärtige Gesellschaft durchaus relevant, und das hat eminent mit der Schutzfunktion des Staates zu tun. Was können wir also für diejenigen tun, die in dieser Wissensgesellschaft nicht mitkommen?

Das Thema Lernen und Befähigung scheint mir im Übrigen auch auf europäischer Ebene relevant zu sein. Wenn wir verhindern wollen, dass Europa bürokratisch erstarrt, dann darf der Prozess der europäischen Einigung nicht nur auf eine Zentralisierung in Brüssel hinauslaufen, sondern die Mitgliedstaaten und Regionen müssen kompetente, lernfähige und flexible Einheiten bleiben.

### **Bude**

Was ist das eigentlich, die Wissensgesellschaft, von der hier immer wieder die Rede ist? Sie liegt jedenfalls jenseits der Trias von Agrar-, Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Zunächst weise ich daraufhin, dass wir, wenn wir von der modernen Wissensgesellschaft sprechen, uns von jenem alteuropäischen Wissensbegriff verabschieden müssen, der besonders in Deutschland Tradition hat. Das Wissen in der Wissensgesellschaft ist von ganz anderer Art und eher einem industriell verwertbaren Gut vergleichbar, indem es zu einer Quelle der Wertbildung in der Gesellschaft geworden ist. Das ist ein ganz anderes Wissen als dasjenige, das in "Einsamkeit und Freiheit" von dem Einzelnen als Person erlangt wird und das stets mit einem Deutungsanspruch verbunden ist. Ein solches Wissen verschafft mir die Möglichkeit zu verstehen, "was die Welt im Innersten zusammenhält". Dieses Wissen bleibt der Person zurechenbar, dem einzelnen Wissenschaftler, das er aus sich heraus entwickelt hat.

Der Wissensbegriff der Wissensgesellschaft dagegen ist gewissermaßen ein Laborbegriff, der nicht auf den Einzelnen bezogen ist, sondern der von bestimmten Laboren der Wissensproduktion, wie wir sie zum Beispiel im Software-Bereich heute kennen, erzeugt wird. Da geht es nicht um Deutungsansprüche und ideologische Interpretationsmuster, sondern um die Fähigkeit, bestimmte Wissenspotenziale mit anderen Wissensinhalten zu kombinieren, um sie industriell verwerten zu können. Das heißt, die Wissensgesellschaft ist durch die Wissensindustrie charakterisiert.

Diesen neuen Begriff des Wissens haben wir in Deutschland offenbar noch nicht so recht verstanden. Die Amerikaner mit ihrer pragmatischen philosophischen Grundorientierung tun sich da viel leichter. Von daher müssen wir uns klarmachen, welches die Kompetenzen sind, die in der Wissensgesellschaft zum Tragen kommen. Welche Konsequenzen hat das etwa für die Curricula an unseren Schulen und Hochschulen? Dieses neue Wissen hat beispielsweise etwas mit Computerprogrammen zu tun und ist nicht mehr auf den Einzelnen als Person orientiert.

Das führt mich zum Thema Exklusion, die hier in Zusammenhang mit der Globalisierungsthematik gebracht wird. Ich denke, man muss zwei Formen von Exklusion deutlich unterscheiden: Exklusion durch Schließung und Exklusion durch Öffnung. In unseren europäischen Gesellschaften findet Exklusion zumeist durch Schließung statt, wenn beispielsweise Arbeitsmärkte durch Qualifikationsbarrieren oder durch Senioritätsprinzipien - früher durch Zünfte - abgeschottet sind und es dadurch sehr schwer ist, in diese internen Märkte hineinzukommen. Da wird dann gefragt: Hast du

die entsprechende Qualifikation und das richtige Zertifikat? Bist du im richtigen Alter? Bist du ein Mann oder eine Frau?

Die neuen Technologien führen nun dazu, dass diese internen geschlossenen Arbeitsmärkte mehr und mehr aufgebrochen werden und sich generell öffnen für alle, die dort tätig werden wollen. Da zählt dann zum Beispiel das Senioritätsprinzip in den Betrieben nicht mehr, was natürlich für viele, die daraus Anrechte ableiten, irritierend ist.

Es gibt aber auch eine Exklusion durch Öffnung, und die wird zunehmend wichtiger. Das heißt, immer mehr Menschen verfügen nicht über die notwendigen Kompetenzen, um sich auf dem offenen Arbeitsmarkt, der jedermann zugänglich ist, zurechtzufinden. Was bedeutet in dem Zusammenhang Flexibilität aus der Sicht des Einzelnen? Was muss man können, um auf dem offenen Arbeitsmarkt erfolgreich agieren zu können? Diejenigen, die hier nicht mehr mitkommen und deshalb ausgeschlossen sind, haben nur noch sehr wenig zu tun mit dem herkömmlichen Typ des Langzeitarbeitslosen.

Was bedeutet das alles für die Politik? Wenn ich es richtig sehe, dann hat Politik heute im Wesentlichen zwei Aufgaben: Zum einen Steuerung, zum anderen Deutung. Für mich ist beispielsweise klar, dass das Leitbild der alten Bundesrepublik, die Arbeitnehmergesellschaft, für die Berliner Republik nicht mehr gilt, ohne dass sich bislang ein neues Leitbild abzeichnet, das aber notwendig ist, damit die Menschen erkennen können, welche Chancen und Risiken die Gesellschaft in Zukunft für sie eröffnet.

Das neue Leitbild könnte der unternehmerische Einzelne sein, wobei ich weiß, dass dieser Begriff nicht politisierbar ist. Aber die Politik muss an diesem Leitbild arbeiten.

Das Gleiche gilt für die Frage der Steuerung. Inzwischen dürfte allen klar sein, dass die Zeit des Korporatismus, der großen Verbandsstrukturen, in Deutschland vorbei ist. Das betrifft Gewerkschaften, Unternehmerverbände, auch den Staat selbst. Diese Trias hatte sich ja bei uns so wunderbar eingespielt. Wie kommen wir davon weg? Die Lösung könnte darin liegen, dass der neue Steuerbegriff mehr und mehr mit der Kategorie des Netzes operiert. Wir müssen die Dinge vernetzen und daraus neue Steuerungsmöglichkeiten gewinnen. In diesem Sinne fordert beispielsweise Romano Prodi für die Europäische Union, die Gemeinschaft als ein Netzwerk zu begreifen.

Herr von Weizsäcker dagegen scheint einen ganz anderen Steuerbegriff zu präferieren, nämlich den einzelnen Akteuren jeweils klare Verantwortlichkeiten zuzuschreiben. Das zielt mehr auf eine Politik der Entflechtung, während der Begriff des Netzes auf eine Politik der Verflechtung abhebt. Entflechtung heißt Trennung von Zuständigkeiten. Eine solche Politik hat grundsätzlich andere Konsequenzen, als wenn man von einem Netzwerk her denkt.

## **West**

Ich kann mit dem Begriff Wissensgesellschaft wenig anfangen, Herr Bude. Die historische Entwicklung von Gesellschaftsformationen, von der Agrar- über die Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und jetzt zur Wissensgesellschaft, scheint mir keine adäquate Beschreibung der historischen Realität zu sein. Damit lassen sich nationalgesellschaftliche Verschiedenheiten, etwa zwischen der Bundesrepublik als industrielles Exportland und, sagen wir, den Niederlanden kaum mehr angemessen darstellen. Und: Der Begriff der Wissensgesellschaft scheint mir mit dem Begriff von Gesellschaft im Widerspruch zu stehen. Eine Wissensgesellschaft, das wäre die Auflösung der Gesellschaft.

## **Priddat**

Ich stimme Herrn Bude grundsätzlich zu. Die Schnittstelle von überkommenem und modernem Wissen ist nicht mehr mit den klassischen europäischen Wissensenteilungen kongruent. Die jungen Leute müssen heute Wissen organisieren, die einzige Ware, die sie handeln können. Es geht nicht um die Erweiterung der Datenbanken. Diese Art der Wissensakkumulation trägt eher zur Verwirrung bei. Dafür werden wir demnächst Suchmaschinen haben. Was die Wissensgesellschaft auszeichnet, ist projektorientierte Wissensakkumulation quer zu den Fachdisziplinen.

Bei DaimlerChrysler beispielsweise arbeitet eine Projektgruppe an einer Analyse der Automobilmärkte von morgen. Daran sind Theologen, Historiker, Ethnologen, Psychologen, einige Ökonomen und ein Jurist beteiligt. Das heißt, hier arbeiten Experten aus ganz verschiedenen Wissensgebieten zusammen, die gewissermaßen analogisch quer denken. Solche Formen hat man im Mittelalter

erprobt, deren Produktivität darin liegt, dass sie neue Perspektiven eröffnen. Das sind natürlich alles Leute, die auf ihrem Gebiet ausgesprochen wissend sind.

Durch die Integration solcher unterschiedlichen Wissensgebiete entsteht aber eine neue Form des Wissens, die wir an der Universität noch gar nicht recht begriffen haben. Mit anderen Worten, wir müssen lernen, mit dem Thema Wissensgesellschaft ganz anders umzugehen. Mit dieser Änderung der epistemologischen Form des Wissens muss ich mich an meiner Universität auseinander setzen. Das ist, wenn Sie so wollen, die nächste Stufe nach Gutenberg: Hier geht es nicht mehr um Textinterpretation, sondern um Integration und Imagination transversaler, quer laufender Wissenskombinationen im Hinblick auf die Realisierung von Projekten.

### **Scherf**

Gilt das nicht genauso für die Politik?

### **Priddat**

Diese Art des Querdenkens ist heute in allen Bereichen gefordert.

### **Christian von Weizsäcker**

Statt Wissensgesellschaft präferiere ich die Bezeichnung "lernende Gesellschaft". Wir wissen sehr wenig im Verhältnis zu dem, was wir wissen müssten, um all die Probleme zu lösen, über die wir heute reden. Wenn wir uns, was ich hoffe, mehr und mehr als lernende Gesellschaft verstehen, dann bedeutet das auch für die Politik, einen Prozess des Lernens durch Versuch und Irrtum zu institutionalisieren. Das wiederum spricht für den Föderalismus.

### **Scherf**

Da sind wir ganz einer Meinung.

Ich möchte doch einmal eine kleine Lanze für unser Bildungssystem brechen, das unter dramatischen Finanzierungsnöten leidet und materiell völlig unterausgestattet ist. Dennoch leistet dieses Bildungssystem unter den zum Teil dramatischen Rahmenbedingungen durchaus noch eine ganze Menge, verglichen etwa mit dem amerikanischen Schulsystem.

Ich weiß nicht, wer von Ihnen schon einmal eine normale amerikanische Schule besucht hat. Ich war in einer Schule in Detroit, die mehr Schulpolizisten als Lehrer hatte, weil dort kein Lehrer mehr in die Klasse geht, wenn er nicht mindestens von einem bewaffneten Polizisten begleitet wird. Über die Qualität des dortigen Unterrichts brauchen wir da nicht nachzudenken; das ist eine einzige Katastrophe. Ich spreche natürlich nicht von den hervorragenden Eliteschulen.

### **von Dohnanyi**

Es gibt auch andere gute Schulen in Amerika.

### **Scherf**

Aber das sind Ausnahmen. Sicher, unser System ist auch keine olympiareife Veranstaltung. Aber immerhin gelingt es uns, die allgemeine Schulpflicht durchzusetzen, was, wenn ich wiederum die USA nehme, keineswegs selbstverständlich ist. Das Einwanderungsland Amerika ist nicht in der Lage, Millionen von illegalen Einwanderern zu beschulen. In Los Angeles leben mindestens zweieinhalb Millionen Illegale, deren Kinder in keiner Schule registriert sind und die nicht einmal lesen und schreiben können. Das sind Verhältnisse wie in der Dritten Welt. Die Vorstellung, deren Bevölkerung könnte auf fünfhundert Millionen Menschen anwachsen, wie Herr von Weizsäcker zu Beginn prognostizierte, würde mir ausgesprochen Angst machen, was die Zukunft dieses großen Landes angeht.

Natürlich bin ich dafür, dass wir alle Anstrengungen unternehmen, um das Bildungssystem in Deutschland zu verbessern. Dafür sollten wir uns in jeder Richtung öffnen. Lange Zeit hat sich die SPD ja dafür stark gemacht, in den Schulen den Fremdsprachenunterricht erst möglichst spät einzuführen mit der Begründung, damit solle eine frühzeitige Segregation verhindert werden. Solcher Unsinn ist Gott sei Dank überwunden. Inzwischen wird in allen Grundschulen von Anfang an Mehrsprachigkeit angeboten. Die ideologischen Schlachten in meiner Partei ums bilinguale Gymnasium sind ebenfalls vorbei.

Ein weiterer Punkt betrifft den Zugang der Schülerinnen und Schüler zur Welt der Betriebe. Ich kann die Unternehmer nur ermuntern, sich dafür zu öffnen. Ich kenne viele Schulleiter, die sehr dafür wären, wenn ein Nachbarschaftsbetrieb den Kindern und jungen Leuten eine gewisse Erfahrung des betrieblichen Alltags verschaffen würde. Die Lehrer/innen würden das gern unterstützen - anders als in den siebziger Jahren, als sie von der GEW noch ideologische Scheuklappen verpasst bekamen. Die GEW-Bedenken spielen heute praktisch keine Rolle mehr.

Mit Zustimmung der Eltern und der Lehrer öffnet sich jetzt nahezu jede Schule gegenüber Betrieben, Sportvereinen und auch gegenüber den Kirchen. Im säkularen Bremen können mittlerweile katholische Priester, protestantische Theologen und muslimische Geistliche in der Schule Religionsunterricht abhalten. Das war früher alles verpönt und tabu, um die Kinderchen ja nicht vom Pfad der Aufklärung abzubringen. Das alles gehört mit zu einer offenen Gesellschaft.

In Bremen wird jetzt eine Privatuniversität gegründet, die zusammen mit der Rice-University in Houston/USA betrieben wird. Das Stiftungskapital in Höhe von einer Milliarde D-Mark kommt zur Hälfte aus Texas, während die andere Hälfte von deutschen Sponsoren aufgebracht wird; einige haben bereits gezahlt. Diese Initiative wird auch von Bremer Universitätsprofessoren unterstützt, die solche Konkurrenz wollen. Sie orientieren sich dabei an den großartigen Beispielen von Berkeley und Stanford. An dieser Privatuniversität lehren amerikanische Professoren natürlich nur auf Englisch.

Mit anderen Worten: In unserer Bildungslandschaft haben bereits erhebliche Veränderungen stattgefunden, die vor Jahren noch undenkbar schienen. Das entwickelt sich bunt und vielgestaltig, wozu sicher auch beiträgt, dass die öffentlichen Haushalte unter einen gewaltigen Finanzdruck geraten sind.

### **von Dohnanyi**

Das alles gehört zu der Frage, ob die Bundesrepublik Deutschland eine lernende Gesellschaft werden kann.

### **Gauer**

Ich möchte etwas zu den sozialen Konsequenzen sagen, die eine lernende Gesellschaft mit sich bringt. Ich denke, wir müssen Individuen ausbilden, die selbstbewusst genug sind, um durch die Globalisierung nicht verängstigt zu werden und die ihre eigenen Lebensvorstellungen in Einklang mit den Herausforderungen ihres Berufes bringen.

Um das an einem Beispiel zu verdeutlichen: Ein guter Freund von mir war Unternehmensberater bei McKinsey in den USA und arbeitet jetzt für McKinsey in Deutschland. Sein Arbeitsalltag, erzählt er mir, könnte nicht unterschiedlicher sein. In den USA arbeiten die Mitarbeiter von McKinsey unter der Woche 10, am Freitag 7 Stunden. In Deutschland muss ein typischer McKinsey-Berater fünf Stunden täglich dazurechnen. Der Grund ist, dass bei uns die hochintelligenten Leute total verängstigt werden. Selbstbewusstsein hat man ihnen an der Uni jedenfalls nicht beigebracht. Sonst würden sie ganz anders auftreten und sagen: Wenn ihr mich hier ausbeutet, gehe ich. Aber - und das ist der Unterschied zur Situation in den USA - sie haben bei uns kaum große Alternativen, weil es an Wettbewerb fehlt. Doch das beginnt sich allmählich zu ändern, sodass es den Unternehmen in Zukunft schwerer fallen dürfte, ihre mehr oder weniger menschenverachtenden Ansprüche durchzusetzen.

Hier zeigt sich im Übrigen auch, dass Gesetze nicht helfen, daran etwas zu ändern. Das Gesetz jedenfalls, das vorschreibt, die tägliche Arbeitszeit von zehn Stunden nicht zu überschreiten, wird auf beiden Seiten bewusst ignoriert. Das heißt, man kann die Individuen nur dadurch schützen, dass man sie befähigt, Nein zu sagen. Ein Gesetz hilft dabei nicht.

Wie sieht das in den USA beispielsweise in der Hightechindustrie aus? Das Gehaltsniveau der Leute liegt dort in einer völlig anderen Dimension und beträgt etwa das Eineinhalbfache in Dollar von dem, was die Leute hier in DM verdienen. Auch die soziale Absicherung ist in den USA ungleich besser, allerdings individuell ausgehandelt und nicht per Tarifvertrag geregelt. Wenn Sie zum Beispiel einem Amerikaner in unserer Branche erzählen, dass er in Deutschland 50 Prozent seiner Krankenversicherung selber zahlen müsste, würde er Sie auslachen. Selbstverständlich übernehmen alle Hightechfirmen dort das zu 100 Prozent. Er würde auch völlig verständnislos reagieren, wenn Sie ihm sagen, ohne einen Kündigungsschutz von mindestens drei Monaten könne man sich nicht sicher fühlen. Die haben alle - und zwar schon die einfachen Entwickler - individuell ausgehandelte "Fallschirme" zwischen 50 000 und 200 000 Dollar. Das heißt, diese Zukunftsindustrien bauen voll und ganz auf Individuen, weil Menschen mit den entsprechenden Fähigkeiten auch in den USA

Mangelware sind. Jeder Versuch, das irgendwie gesetzlich regeln zu wollen, geht am Problem völlig vorbei.

### **von Dohnanyi**

Ihre Beispiele betreffen aber nur die Hochbegabten, während die Zurückbleibenden, gewissermaßen das untere Drittel der Gesellschaft, das keine derartigen Qualifikationen aufweist, dabei außen vor bleiben.

### **Gauer**

Ich würde auch das optimistischer sehen, Herr von Dohnanyi. Die Leute, die ich als Beispiel erwähnte, bringen nicht nur die Zukunftsindustrie, sondern letztlich auch die Gesellschaft voran. Deshalb sind solche Einteilungen, nach denen ein Drittel der Menschen gewissermaßen naturbedingt auf der Strecke bleibt, in meinen Augen eine viel zu statische Betrachtungsweise.

Wenn vor, sagen wir, fünfhundert Jahren irgendjemand behauptet hätte, jeder Mensch könne lesen und schreiben lernen, dann hätten die Leute gesagt: Völlig undenkbar; wie soll das in die breiten Bauernschädel hineingehen; die können nur mit den Händen arbeiten. Jetzt stehen wir wieder vor einer ähnlichen Situation, in der konstatiert wird, große Teile der Bevölkerung würden die neuen Fertigkeiten intelligenzmäßig nicht schaffen. In Italien oder Spanien sprechen die meisten Kellner Deutsch oder Englisch, ohne das in der Schule gelernt zu haben, während der Fremdsprachenunterricht an unseren Schulen das nicht zustande bringt. Das heißt, es gibt so viele Optionen, die wir aber nutzen müssen. Nur zu meinen, die Welt müsse so bleiben, wie wir sie kennen, führt dazu, dass wir diese Optionen gar nicht wahrnehmen.

### **Stock**

Hier wird so getan, als seien Schutz und Befähigung Gegensätze. Das sehe ich ganz anders: Was wir brauchen, ist sowohl Schutz als auch Befähigung.

### **Hickel**

Das ist völlig richtig.

### **Stock**

Dass wir im Augenblick mehr für die Befähigung tun müssen, macht den Schutz nicht überflüssig. Es geht nicht um ein Entweder-oder.

Des Weiteren komme ich mit der Unterscheidung von kurz- und langfristig nicht zurecht. In unserem Unternehmen arbeiten wir mit Technologien, die vielleicht erst in zwanzig Jahren gewinnbringende Produkte erzeugen - und dennoch ist der Tageskurs unserer Aktien für uns von großer Bedeutung. Deshalb sind auch diese beiden Begriffe als Gegensatzpaar nicht eben hilfreich.

Auch der Gegensatz von den guten Managern in der Industrie, während beim Staat nur Luschen arbeiten, ist reichlich plakativ und hilft uns ebenfalls nicht weiter. Der Fall Holzmann hat Missmanagement nur besonders sichtbar gemacht. Es gibt viele andere Beispiele, die nicht so ins Auge fallen. Entscheidungen in komplexen Systemen sind indes immer mit einer gewissen Fehlerquote behaftet, und das kann man keineswegs immer nur den Managern anlasten. Was ich für viel wichtiger halte, ist die Frage, wie wir mit diesem Tatbestand umgehen. Wenn Staat und Wirtschaft auf unterschiedlichen Aktionsfeldern tätig sind, sollten wir gemeinsam überlegen, was wir voneinander lernen können. Die Industrie tut beispielsweise eine Menge für die Professionalisierung ihrer Mitarbeiter. Wir investieren in unserem Unternehmen zehn Prozent der Arbeitszeit in Fortbildung, und zwar im Wesentlichen in drei Bereichen: erstens in die Internationalisierung des Managementnachwuchses; zweitens in die Vermittlung von strategischem und handwerklichem Können; drittens in Jobrotation. Wir sind nämlich nicht der Meinung, dass irgendjemand dreißig Jahre lang im gleichen Job gut sein kann.

Wäre das beispielsweise etwas, wovon der Staat lernen könnte? Wie steht es damit bei internationalen Politikerkarrieren? Wie lässt sich der Staat stärker befähigen? Ich gehöre nicht zu denen, die sich über die Gesetzeslage beschwerten; was ich kritisiere, ist das Verwaltungshandeln. Es geht nicht an, dass jeder Abteilungsleiter irgendeiner Behörde ein Gesetz immer wieder neu interpretiert, statt nur das auszuführen, was im Gesetz steht.

Frau Fugmann-Heesing fordert, Verantwortung an dezentrale Stellen zu verlagern. Das ist in der Tat richtig und möglich.

Auch Projektmanagement bei Investitionen im staatlichen Bereich ist keine Neuerfindung, aber für viele Verwaltungen noch ein Fremdwort - einige haben es bereits begriffen. Es ist schon ein Unterschied, ob Sie eine Firma in Bayern, in Thüringen, in Sachsen, in Brandenburg oder in Berlin gründen wollen. Da stellen Sie sehr schnell fest, wo Projektmanagement beim Staat praktiziert wird und wo nicht. Das sind relativ einfache und keineswegs revolutionäre Dinge.

Die Befähigung von Individuen betrifft, wie hier gesagt wurde, vor allem die Bildungspolitik. Über kürzere Studienzeiten können wir uns meist relativ leicht verständigen; aber wenn es um die Zweiteilung des Studiums geht - Berufsbefähigung einerseits und Wissenschaftsbefähigung andererseits -, beginnen wir schon zu streiten. Immer mehr junge Leute schaffen heute den Studienabschluss nicht mehr und versuchen dann schlecht ausgebildet in einem überfüllten Arbeitsmarkt unterzukommen. Über diese Opfer unserer derzeitigen Bildungspolitik müssen wir uns Gedanken machen. Das können wir nicht der Globalisierung anlasten; das haben wir selbst verursacht.

Zur Lernbefähigung, die in einer lernenden Gesellschaft zweifellos ganz wichtig ist, gehört als Voraussetzung die Lernbereitschaft, und die zu ermuntern, ist eine zentrale Aufgabe, für die wir verantwortlich sind.

Und schließlich müssen wir auch die Unternehmen befähigen, nämlich dort zu investieren, wo wir es für notwendig halten. Es kann doch keine Frage sein, dass Deutschland nach wie vor ein interessanter Markt und insbesondere ein äußerst interessanter Lebensraum ist. Dennoch tätigen unsere Unternehmen sehr viel mehr Direktinvestitionen im Ausland als umgekehrt ausländische Unternehmen nach Deutschland kommen. Ich denke, wir sollten intensiv darüber nachdenken, wie wir es Unternehmen bei uns erleichtern können, sich zu etablieren. Auch das hat nicht so sehr mit der Globalisierung zu tun. Wie schaffen wir es also, dass unser Land für Investitionen attraktiver wird? Da muss sich bei uns einiges tun, damit die Bilanz bei Investitionen positiv wird und Unternehmen nicht ins Ausland abwandern, statt in unserem Land zu investieren.

### **Flassbeck**

Es ist ein beliebtes Argument, Herr Stock, dass wir in Deutschland zu wenig Direktinvestitionen haben. Das wird sich ja nun in diesem Jahr ändern. Die über zweihundert Milliarden D-Mark, die uns durch Vodafone zufließen, werden unsere Bilanz erheblich verbessern.

### **Stock**

Es ist noch nicht sicher, wie das verbucht wird.

### **Flassbeck**

Ich denke, es wird auf dem Konto Direktinvestitionen verbucht.

Ich will aber in dem Zusammenhang einen ganz anderen Aspekt ansprechen. Was berechtigt uns eigentlich, in Europa beziehungsweise in Deutschland einen Zufluss an Direktinvestitionen zu erwarten angesichts der enormen Exportüberschüsse, die wir mit nahezu allen Ländern dieser Welt aufweisen? Die Konsequenz muss doch logischerweise sein, dass wir im Gegenzug Kapital exportieren und nicht auch noch Kapitalzuflüsse verbunden mit ausländischen Direktinvestitionen haben wollen. Die werden dringend in den Entwicklungsländern gebraucht.

Aus den reichen Ländern muss per Saldo Kapital abfließen, und in der Hinsicht bereiten gerade die USA erhebliche Probleme, die zurzeit einen enormen Kapitalzufluss erhalten in einer Größenordnung von 400 Milliarden Dollar pro Jahr. Das wird sich aber nicht durchhalten; denn irgendwann werden die Kapitalmärkte feststellen, dass selbst das reichste Land der Welt auf die Dauer nicht eine Verschuldung durchstehen kann, die fünfzig Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht.

### **Fugmann-Heesing**

Kann der öffentliche Bereich lernen von dem, was in der Wirtschaft geschieht, wie Herr Stock meinte? Das halte ich unbedingt für notwendig; denn unsere operativen Strukturen genügen in keiner Weise mehr den gegenwärtigen Anforderungen. Wir denken im öffentlichen Sektor noch viel zu sehr in Organisationseinheiten und viel zu wenig in Prozessen. Da können wir von der Wirtschaft in der Tat sehr viel lernen.



Das setzt aber voraus, dass wir zunächst bestimmte Rahmenbedingungen für das operative Handeln verändern. Beim öffentlichen Dienst beispielsweise ist es nicht damit getan, zu einem einheitlichen Dienstrecht zu kommen, wie es auch von den Gewerkschaften favorisiert wird. Das einheitliche Dienstrecht kombiniert nur die Nachteile des Angestelltenrechts mit den Nachteilen des Beamtenrechts. Wir brauchen hier ganz andere Strukturen.

Wir haben zum Beispiel ein Versorgungsrecht, das die Höhe des Pensionsanspruchs eines Beamten aus seinem letzten Beförderungssamt ableitet. Sie können sich unschwer vorstellen, was das für die Personal- und die Organisationsentscheidungen in der Verwaltung bedeutet. Das heißt, eine völlige Umstrukturierung des Versorgungssystems im Beamtenrecht ist meines Erachtens zwingende Voraussetzung dafür, dass wir prozessorientiert denken können.

Herr Stock hat des Weiteren die Rotation erwähnt, die ich entschieden befürworte, aber nicht nur Rotation innerhalb der jeweiligen Verwaltungseinheit, sondern durchaus im Sinne eines Laufbahnwechsels nach amerikanischem Vorbild. Wir denken in Deutschland viel zu eindimensional, in der Politik genauso wie in der Wissenschaft und in der Wirtschaft. Wir müssen uns weit mehr dafür öffnen, dass zwischen diesen Bereichen ein Wechsel möglich wird. Ohne eine solche Rotation werden wir das wechselseitige Unverständnis, das wir einander entgegenbringen, nicht abbauen.

Dazu gehört übrigens auch, dass die Medien den notwendigen Wechsel zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik nicht diskreditieren. Ich würde mir durchaus wünschen, dass Wirtschaftsführer eine Zeit lang in die Politik gehen, um dann wieder in die Wirtschaft zurückzukehren und umgekehrt.

### **West**

Zum Thema Befähigung und Schutz gehört zweifellos auch der Sozialstaat, der in unserer Gesellschaft ein so wichtiger Stabilitätsfaktor ist, dass wir uns über Aktivierung und Modernisierung in diesem Bereich besonders eingehend Gedanken machen sollten. Wenn ich es richtig sehe, ist der Sozialstaat durch die Globalisierung in dreifacher Hinsicht unter Druck geraten: Er hat erstens ein erhebliches Finanzierungsproblem; er hat zweitens ein Rationalitätsproblem, und er hat drittens vor allem - wir reden hier über Politik - ein Legitimationsproblem. Mit anderen Worten: Über die Finanzen zu reden, ist zwar notwendig, aber nicht hinreichend. Auch die Diskussion über die Verbesserung des Sozialstaates ist unumgänglich - Stichwort: bürgernaher Staat;- , reicht aber ebenfalls nicht aus. Erst wenn auch die Frage nach der Legitimation beantwortet ist, lassen sich die Probleme des Sozialstaates auf mittlere Sicht lösen.

Zunächst zum Rationalitätsproblem. Bei der Bildungspolitik wissen wir, dass es nicht nur darum gehen kann, junge Menschen zu qualifizieren, um sie, wie es heißt, "fit für den Arbeitsmarkt" zu machen, sondern sie hat immer auch die Aufgabe, das Humanum auszubilden, damit der Einzelne sich in seinem Leben insgesamt zurechtfindet. Frau Fugmann-Heesing hat den Handlungsbedarf im Bildungsbereich zutreffend beschrieben, auch was die Konkurrenz zwischen den Schulreformen angeht. Ich würde sogar noch einen Schritt weitergehen: Aktivierung macht auch eine Reform der innerschulischen Beziehungen notwendig, um Schülerinnen und Schüler weitaus stärker zu befähigen, ihre Urteilskraft auszubilden und das Lernen zu lernen. Das verlangt auch eine qualitativ neue Beziehung zwischen Lehrern und Schülern.

Ein weiterer Bereich des Sozialstaates wird traditionell nicht unter dem Stichwort Aktivierung behandelt, nämlich weite Teile der Arbeitsmarktpolitik. Obwohl unser System im internationalen Vergleich recht gut abschneidet, besteht auch dort Handlungsbedarf, insbesondere was die Aktivierung des Einzelnen angeht.

Und zum Legitimationsproblem: Unser Sozialstaat hat seine maßgebliche Prägung in den 50er- und 60er-Jahren erhalten. Anders als damals haben wir es heute nicht nur mit dem Phänomen der Massenarbeitslosigkeit zu tun, sondern die Zahl der Beschäftigten wächst, die keinen lebenslangen Arbeitsplatz mehr haben, sondern Arbeitsverhältnisse jeweils nur für einige Monate oder auch für ein paar Jahre, aber jedenfalls nicht für ein Leben lang. Dafür ist jedoch die Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik bislang überhaupt nicht eingerichtet.

### **Priddat**

Auch die Rentenpolitik nicht.

### **West**

Richtig. Das heißt, ein aktivierender Sozialstaat muss sich sehr viel mehr auf diese Flickbiografien der Menschen einstellen und Angebote beinhalten, die den individuellen Lebensläufen entsprechen. Wenn also der Einzelne weiß, ich kann zwar arbeitslos werden, aber ich werde nach relativ kurzer Zeit, unterstützt von intensiver Beratung, wieder eine Arbeit finden, also nicht monatelang oder jahrelang arbeitslos bleiben, dann ergibt sich zwischen Sicherheits- und Schutzbedürfnis einerseits und notwendiger Flexibilität und Befähigung andererseits ein ganz anderes Verhältnis. Auf diese Weise würden die Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben aus eigener Kraft in die Hand zu nehmen, statt sich mit dem Schicksal oder der Möglichkeit, arbeitslos zu werden, einfach abzufinden. Diese Form der Aktivierung des einzelnen Menschen hätte den großen Vorteil, die Plausibilität des sozialstaatlichen Systems zu fördern. Damit würde die Legitimationsgrundlage des Sozialstaates gestärkt.

Was schließlich die Finanzkrise des Sozialstaates angeht, sollte man nicht nur über die Höhe der Ausgaben und über die finanziellen Defizite diskutieren, sondern eine investive Reformpolitik mit klaren Zielen anstreben. Damit würde man die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger für einen Umbau des Sozialstaates sehr viel leichter erreichen und die notwendigen Finanzmittel dafür freimachen.

### **Flassbeck**

Ihr Ansatz ist zweifellos richtig, Herr West; aber ob man damit das Problem der Arbeitslosigkeit besser in den Griff bekommt, wage ich zu bezweifeln.

Eine Bemerkung noch zum Flächentarifvertrag, der immer als Symbol für die Inflexibilität in Deutschland hingestellt wird. Damit werde etwas festgeschrieben, heißt es, was eigentlich nicht festzuschreiben ist.

### **Reuther**

Dazu gehört auch die Kündigungsschutzgesetzgebung.

### **Flassbeck**

Ich spreche jetzt bewusst nur vom Flächentarifvertrag, der in meinen Augen ein extrem marktwirtschaftliches Instrument ist in einem Land, in dem die Arbeitsmobilität nicht sehr hoch ist. In den USA gibt es zwar keine Flächentarifverträge, aber dort ist die Arbeitsmobilität sehr viel höher, was zur Folge hat, dass die Unternehmen auch dort die Löhne nicht beliebig festsetzen können. Bei uns wird häufig argumentiert, wenn wir den Flächentarifvertrag aufheben, können die Unternehmer die Löhne mit ihren Arbeitnehmern frei vereinbaren. Dem setzt aber der Arbeitsmarkt Grenzen. Das heißt, wenn die Arbeitskräfte mobil sind, gehen sie zu den Unternehmen, die mehr zahlen. Das ist normal in einer Marktwirtschaft, die nahezu Vollbeschäftigung hat, wie das in den USA zurzeit der Fall ist.

Bei uns ist der Flächentarifvertrag ein Garant dafür, dass auch ohne hohe Mobilität der Arbeitskräfte eine Art Marktgesetz wirkt, nämlich das law of one price, das gewährleistet, dass bei knapper Arbeit für die gleiche Qualifikation der gleiche Preis gezahlt wird. Ein Unternehmer kann ja auch nicht gegenüber seiner Bank argumentieren: weil meine Geschäfte schlecht laufen, zahle ich nur den halben Zins.

Flexibilität ist also mit Vorsicht zu behandeln. Zu meinen, wir machen alles flexibel, und dann wird sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt und auch sonst verbessern, ist eine große Illusion. Marktwirtschaftlicher wird es dadurch jedenfalls nicht, und auch die Unternehmen können sich damit den Veränderungen nicht besser anpassen.

### **Reuther**

Ich denke, Sie vereinfachen hier in unzulässiger Weise, Herr Flassbeck. Ich kann Ihnen am Beispiel der Metallindustrie deutlich machen, dass der Flächentarifvertrag alles andere als vernünftig ist.

Unter dem Dach der Metallindustrie haben wir es zu tun mit der Eisen schaffenden Industrie, dem Maschinenbau und der Elektroindustrie. Das reicht vom Automobilbau, dem Textilmaschinenbau, der Elektronikfertigungstechnik bis zur Chirurgiegerätetechnik. Bergbau, chemische, pharmazeutische Verfahrenstechnik, industrielle Softwareentwicklung, Robotik und Industriesoftware gehören ebenso dazu. Die Unternehmen haben ihren Sitz in Ostfriesland, in Baden-Württemberg, in Bayern, Sachsen oder in Mecklenburg, also in den verschiedensten Ecken unseres Landes. Es gibt Firmen, die befinden sich in einer Hochkonjunktur, während zur selben Zeit andere Segmente dieser Branche mit einer hundsmiserablen Beschäftigungslage zu kämpfen haben. Einige Unternehmen beschäftigen

Zehntausende, während auf der anderen Seite Tausende von Firmen nur hundert und weniger Mitarbeiter haben.

Alle diese Unternehmen, die unter ganz unterschiedlichen Bedingungen arbeiten, unter einen Tarifvertrag zu packen, das kann nicht mehr funktionieren. Deshalb bin ich entschieden dafür, den heutigen Flächentarifvertrag aufzuheben und in Beschränkung auf wenige, allgemein gültige Eckpunkte nach Branchen, regionalen Gegebenheiten, nach Erfolg oder Nichterfolg differenzierende Abschlüsse vorzusehen. Damit würden den einzelnen Betrieben individuelle Regelungsmöglichkeiten eingeräumt, natürlich im Rahmen bestimmter Strukturen, die ausgehandelt werden müssen. Aber wir brauchen sehr viel mehr Flexibilität, wenn wir uns im weltweiten Wettbewerb in der Spitzengruppe halten wollen.

### **Kirsch**

Am Beispiel des Flächentarifvertrages wird deutlich: Entweder man hat eine allgemein verbindliche Regelung, die sämtliche Verschiedenheiten, die Herr Reuther erwähnt, einschließt. Das ist dann wie bei der Bundeswehr: Es gibt nur zwei Schuhgrößen: zu groß oder zu klein. Oder aber man hat, zweite Möglichkeit, einen Tarifvertrag, der so kompliziert ist, dass er völlig unhandlich wird, so wie das in der Bundesrepublik der Fall ist. Das führt dann zu einer Regelungsdichte, die nicht mehr handhabbar ist. Von daher frage ich, ob diese komplizierten Tarifverträge von den Gewerkschaften eigentlich noch zu managen sind.

In der Schweiz dagegen sind die Tarifverträge im Vergleich zu dem, was wir in der Bundesrepublik haben, außerordentlich einfach. Nun habe ich gelernt: Je komplizierter ein Regelwerk ist, umso höher sind die Kosten, die es verursacht. Hinzu kommt: Man muss schon sehr viel Kompetenz besitzen, wenn man die Rechte, die durch diese Regelwerke geschützt werden sollen, auch tatsächlich in Anspruch nehmen will.

Meine Befürchtung ist also - aber ich lasse mich gern korrigieren;-), dass diese komplizierten Regelwerke gerade denen nicht nützen, für die sie gedacht sind.

### **Wieland**

Mit der Transaktionskostentheorie lässt sich schon zeigen, dass Flächentarifverträge durchaus effizient sein können, indem sie beispielsweise die Verhandlungskosten und die Informationskosten senken. Insofern wäre ich mit der Beurteilung vorsichtig. Das Problem ist in der Tat, dass mit diesen Verträgen konkrete Ziele festgelegt werden, also generell, sagen wir, 3,4 Prozent, wobei dann zahllose Ausnahmen ausgehandelt werden. Anders wäre es, wenn in den Verträgen nur gewisse Korridore vorgegeben und die eigentlichen Abschlüsse dann regional ausgehandelt werden.

### **von Dohnanyi**

Oder sogar auf der Betriebsebene.

### **Wieland**

Damit würden aber die Verbände eine ganz andere Aufgabe bekommen: Sie hätten dann keine Verhandlungsfunktion mehr, sondern eine Beratungsfunktion für ihre Klientel. Ich denke, hier muss man differenzierter argumentieren. Denn im Hinblick auf die Transaktionskosten sind die globalen Verhandlungssysteme durchaus effizient. Bevor man sie über Bord wirft, sollte man eingehender darüber nachdenken, worüber man verhandeln will.

### **Hank**

Die "Wirtschaftswoche" hat in ihrer letzten Ausgabe eine Liste der hundert Unternehmen veröffentlicht, die in den vergangenen drei Jahren per Saldo die meisten Arbeitsplätze neu geschaffen haben. Sie konzentrieren sich vor allem auf zwei Branchen: die Zeitarbeits- und die IT-Branche. Beide Bereiche kennen seit langem keinen Flächentarif mehr. Ich bin deshalb recht zuversichtlich, dass sich die Frage der Flächentarifverträge über kurz oder lang wahrscheinlich eher länger - von allein erledigen wird. All die neuen Unternehmen regeln heute ihre Arbeitsbedingungen auf andere Weise, was nicht bedeutet, das Rad jedes Mal neu zu erfinden. Man kann sich ja - freiwillig - an bestehenden Regelungen anderer orientieren. Aber wovon wir wegkommen müssen, sind die von oben dekretierten, kartellierten Lohnvorgaben. Diese Entwicklung wird eindeutig von unten forciert, von den neuen Unternehmen der New Economy, die das Wirtschaftswachstum antreiben.

**West**

Ich halte das deutsche Tarifvertragssystem für recht flexibel. Ich möchte nur daran erinnern, dass es in der Bundesrepublik 51.000 verschiedene Tarifverträge gibt.

Flexibilität ist also in der Tat vorhanden; denn die Tarifverträge regeln nur die Grundvoraussetzungen, während die Unterschiede in den Unternehmen über betriebliche Vereinbarungen ausgeglichen werden können. Das heißt, die Bezahlung ist in Betrieben, die dem gleichen Flächentarifvertrag unterliegen, in der Praxis sehr unterschiedlich. Ein kleiner Betrieb in der Metallverarbeitungsbranche zahlt seinen Mitarbeitern natürlich sehr viel weniger als etwa DaimlerChrysler.

Hinzu kommt, dass das deutsche Tarifsysteem tatsächlich dezentral ist, und die IG Metall beispielsweise steht vor dem Problem, dass dezentrale Tarifabschlüsse vor allem in Ostdeutschland schwer umzusetzen sind. Denn die Tarifverträge werden ja nicht einheitlich für das ganze Bundesgebiet abgeschlossen, sondern es gibt regionale Pilotabschlüsse, die von anderen Regionen übernommen werden, was häufig genug Probleme schafft.

Ein anderer Aspekt ist die vertikale Flexibilität. Das heißt, in einem Tarifvertrag sind verschiedene Einkommensgruppen festgelegt. Ein Streitpunkt mit den Arbeitgeberverbänden ist, dass die unteren Ränge in einem Tarifvertrag meist nicht besetzt sind. Das vorhandene Spektrum wird nicht genutzt. Es gibt aber genügend Flexibilitätsmöglichkeiten, die man nutzen kann.

Und was die Kompetenz der Verhandlungspartner angeht, Herr Kirsch: Wenn sie nicht kompetent wären, hätten die Tarifverträge letztlich keine Geltung. Und ich frage mich in dem Zusammenhang auch: Wenn Sie eine stärkere Dezentralisierung bis auf Betriebsebene anstreben, dann wären kleinere Betriebe gezwungen, die Tarifverhandlungen selbst zu führen. Ich weiß nicht, ob damit diesen Unternehmen wirklich gedient wäre. Man sollte also den Nutzen von Tarifverträgen nicht so gering einschätzen.

**Herion**

Erklären Sie einmal einem ausländischen Investor den Flächentarifvertrag, Herr West. Ich habe schon Schwierigkeiten, ihm das Wort zu übersetzen.

**Flassbeck**

Das Thema ist zu kompliziert, um es in zwei Minuten abhandeln zu können. Nur so viel: Je starrer das Tarifsysteem mit fixierten Lohnabschlüssen ist, desto größer ist die Flexibilität auf der betrieblichen Ebene bei den Gewinnen. Das sollte man nicht vergessen. Denn die Produktivität ist ja von Betrieb zu Betrieb sehr unterschiedlich. Was wollen Sie also: Flexiblere Löhne oder flexiblere Gewinne? Beides können sie nicht haben.

**Bude**

In einem ökonomisch engen Verständnis bedeutet Globalisierung zum einen, dass sich die Branchenstruktur der Wirtschaft im Hinblick auf den Beitrag zur Wertschöpfung ändert. Das ist eine Folge der technologischen Revolution. Hinzu kommt, dass die Erwartungen an die Verzinsung des eingesetzten Kapitals, also die Kapitalproduktivität, deutlich steigen.

Unter einem erweiterten Globalisierungsbegriff würde ich dann jene Öffnungsfunktion im Hinblick auf die gesellschaftliche Entwicklung hin zur Weltgesellschaft verstehen. Nun hat Deutschland im Jahre 1989 durch die Wiedervereinigung eine Zäsur erlebt, die wir noch gar nicht recht begriffen haben. Im Übrigen setzte nach dem Ende des Kalten Krieges eine ungeheure Nachfrage nach Kapital ein, die den internationalen Kapitalmarkt von Grund auf verändert hat, und zwar schlagartig. Damit waren zugleich Erwartungen an die höhere Kapitalproduktivität verbunden. Insgesamt meine ich, dass Deutschland eine exemplarische Rolle in diesem Globalisierungsprozess zukommt, weil sich hier Öffnung als Vereinigung ereignet hat.

In unserem Hamburger Institut für Sozialforschung haben wir eine Untersuchung durchgeführt, die die Einstellung jener Leute betrifft, die auf Arbeitgeber- und auf Arbeitnehmerseite die Tarifverhandlungen geführt haben. Dabei hat sich ein interessantes Ergebnis gezeigt. Die ältere Generation der Verhandlungsführer - und das reicht grosso modo bis zum Geburtsjahrgang 1948 - haben ihre Interessenkonflikte im Bewusstsein der Wiederaufbauverpflichtung ausgetragen. Das stand gewissermaßen im Hintergrund, um zu einer Einigung zu gelangen. Auf diese Ressource im Sinne eines stillen Gesellschaftsvertrages, wenn Sie so wollen, können die jetzigen Verhandlungsführer nicht mehr zurückgreifen.

Der Loyalitätsaspekt, der sich dem Wiederaufbau verpflichtet fühlte, ist abgelöst worden durch ein Verständnis der gesellschaftlichen Entwicklung, das auf Produktivität abstellt. Beim Wiederaufbau ging es primär darum, sich der Loyalität der Massen zu versichern. Das war die Garantie für den Zusammenhalt der Gesellschaft - die Bevölkerung als Ganzes musste die Verantwortung für den Wiederaufbau tragen und diesem Grundsatz hatten die Verhandlungsführer zu entsprechen. Das hat sich in den letzten Jahren dahingehend verändert, dass nicht mehr die Sicherung von Teilhabe, sondern die Wiedergewinnung von Wettbewerbsfähigkeit das entscheidende Ziel ist. Bei den Tarifverhandlungen geht es weniger darum, alle in einem Boot zu halten, sondern das Boot wieder flottzumachen.

Deutschland kommt hierbei für die europäische Entwicklung eine exemplarische Rolle zu. Denn die Interpretation und Steuerung gesellschaftlicher Entwicklung im Wandel von Loyalität zu Produktivität ist für Europa ein ganz entscheidender Gesichtspunkt. In den USA liegen die Dinge anders, weil die Kapitalproduktivität dort seit langem der Maßstab ist, an dem sich die Investitionsentscheidungen orientieren. Deshalb ist es kein Wunder, dass die Kapitalproduktivität in den USA viel größer ist als bei uns.

Dieser Wechsel von Loyalität zu Produktivität macht für mich den Kern des erweiterten Globalisierungsbegriffs aus. Das impliziert die Frage, wie wir zukünftig Solidarität und gesellschaftlichen Zusammenhalt bei uns hinbekommen. Das zeigt sich besonders dramatisch im Verhältnis von Westdeutschland und Ostdeutschland. In Ostdeutschland haben wir es mit anderen Loyalitätsverpflichtungen zu tun, als sie in den letzten Jahrzehnten in Westdeutschland gewachsen sind. Jetzt geht es darum, gemeinsam eine zukunftsorientierte Interpretation des Produktivitätsaspektes für die gesellschaftliche Entwicklung zu gewinnen.

### **Scherf**

Ich will zu einigen Punkten Stellung nehmen, da ich Sie leider anschließend verlassen muss.

Zunächst zum Thema Föderalismus. Ich denke, wir haben sehr gute Gründe, die föderale Struktur der Bundesrepublik als ein ausgesprochenes Erfolgsmodell zu betrachten, an dem sich auch andere Länder orientieren könnten. Das ist keine landespolitische Engstirnigkeit, wenn ich das so deutlich sage, sondern nach den katastrophalen Erfahrungen in Deutschland mit zentralistischen Systemen hat sich das föderale Konzept in der Nachkriegszeit vom Wiederaufbau bis hin zur Wiedervereinigung als eine außerordentlich sinnvolle und belastbare Konstruktion erwiesen.

Ich teile auch nicht die Auffassung, dass dieses Zweikammersystem sich nachteilig auswirkt, weil es die Konsensbildung überbetont. Bei den wichtigen langfristigen Entscheidungen, beispielsweise in der Sozialpolitik, hat sich gezeigt, dass es politisch klug ist, die Opposition mit einzubeziehen. Denn das hat zweifellos mit dazu beigetragen, dass sich die Bundesrepublik ökonomisch stabil entwickeln konnte. Als dieser Grundsatz aufgegeben wurde, haben wir sofort erhebliche Probleme bekommen. Deshalb möchte ich auf jeden Fall an diesem System des Föderalismus festhalten, auch wenn ich zustimme, dass es weiterentwickelt werden muss.

### **von Dohnanyi**

Was meinen Sie mit "weiterentwickeln"?

### **Scherf**

Aufgrund der Erfahrungen in der Weimarer Republik und den Alpträumen des nationalsozialistischen Zentralstaates wurde vom Parlamentarischen Rat 1949 ein föderaler Zuständigkeitskatalog festgelegt, an den wir seitdem gebunden sind und der in der Tat dringend revisionsbedürftig ist. Daran arbeiten wir zurzeit, und ich hoffe, dass wir bei der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz einen Vorschlag präsentieren können, und zwar im Konsens aller beteiligten Bundesländer, der die konkurrierenden Zuständigkeiten zwischen Europäischer Union, Bund und Ländern neu regelt.

Was wir auf keinen Fall beabsichtigen, ist, die zentralstaatlichen Kompetenzen weiter zu stärken - darin sind sich alle sechzehn Bundesländer einig;-, sondern es geht uns um mehr Dezentralisierung mit verstärkter föderaler Kompetenz, die nicht nur durch die nationalstaatliche Administration eingeschränkt wird, sondern auch durch die europäische Verwaltung. Ich habe gestern zusammen mit meinen Kollegen Ministerpräsidenten Kommissionspräsident Prodi so schonungsvoll wie möglich klarzumachen versucht, dass wir unsere Zustimmung zur Institutionenreform, die zurzeit verhandelt wird und die Voraussetzung für die Osterweiterung der Europäischen Union ist, im Bundesrat auch

von einer verlässlichen Regelung und Abgrenzung der Kompetenzen abhängig machen werden. Darin wissen wir uns im Übrigen auch mit Bundeskanzler Schröder einig; hoffentlich hält er das durch.

Wir dringen darauf, dass im europäischen Vertrag schnellstmöglich die Zuständigkeiten der Regionen geklärt werden mit dem Ziel, die föderale oder regionale Struktur im Sinne gesicherter Dezentralisierung aufzuwerten. Das ist die Position aller sechzehn Länderregierungschefs. Auch Edmund Stoiber hat inzwischen öffentlich erklärt, dass die Frage der Länderneuregelung für ihn kein Thema mehr ist, weil es dafür nirgendwo eine Mehrheit gibt. Allenfalls wollen Berlin und Brandenburg einen neuen Anlauf unternehmen - nach der gescheiterten Volksabstimmung. Die Revision, um die es uns geht, hat eine Stärkung der Dezentralisierung zum Ziel.

### **Fugmann-Heesing**

Ich möchte nur eines klarstellen, Herr Scherf: Mit meinem Einwurf vorhin habe ich mich in keiner Weise für eine stärkere Zentralisierung ausgesprochen; ganz im Gegenteil. Wenn ich eine Entflechtung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern fordere, dann will ich mehr Aufgaben auf die Landesebene verlagern. Die konkurrierende Gesetzgebung hat ja gerade dazu geführt, die Bundesgesetzgebung immer weiter zu stärken. Das möchte ich revidieren und dies auch über den Zuständigkeitskatalog im Grundgesetz klar geregelt haben.

Das heißt, ich bin für eine Stärkung des Föderalismus durch Dezentralisierung auf der Aufgabenseite.

### **Scherf**

Ich denke, es ist gut, das noch einmal zu betonen.

Herr Bude hat davon gesprochen, dass die politische Steuerung zukünftig mehr durch Vernetzung geschehen müsste. Da liegt in der Tat ein großes Problem. Das wird künftig wahrscheinlich zu einem der Hauptstreitpunkte zwischen Schröder und Stoiber werden. Schröder macht sich im Sinne von Romano Prodi für komplexe Regierungsformen auf europäischer Ebene stark, während Stoiber strikt dagegen ist und für klare Zuständigkeiten plädiert - schon um den Haider das Wasser abzugraben, was ja gar nicht so falsch ist. Klare Zuständigkeiten heißt für Stoiber, dass die Bürger eindeutig erkennen können müssen, wer für Entscheidungen tatsächlich verantwortlich ist.

Ich denke allerdings, dass diese Alternative falsch gestellt ist. So schlicht lassen sich die Dinge heute nicht mehr zuordnen. Wenn wir uns der Globalisierung auch nur einigermaßen gewachsen zeigen wollen, müssen wir lernen, komplex zu denken und zu handeln. Wer meint, im regionalen Bereich alles alleine machen zu können, wird schnell erkennen, dass das gar nicht mehr möglich ist. Zu dieser Einsicht sind doch schon die Duodezfürsten im 18. Jahrhundert gelangt, die sich damals bereits miteinander verständigen mussten. Heute mutet eine solche Einstellung geradezu absurd an.

Als Ministerpräsident des kleinsten Bundeslandes bin ich gleichzeitig auf vier Ebenen aktiv, und zwar mit hochkompetenten Beamten, die ich gut bezahlen muss, weil sie andernfalls von den Unternehmen abgeworben werden. Insofern muss ich auch denen hier entschieden widersprechen, die der Meinung sind, dem Staat fehle es an Professionals - nach dem Motto: Wer anderswo nichts werden kann, sucht eben eine Langzeitbeschäftigung beim Staat. Diese Einschätzung ist völlig falsch. Im Gegenteil, wir müssen alles tun, um diese Leute bei uns zu behalten, die aufgrund ihrer großen Kompetenz stark umworben werden und anderswo häufig sehr viel mehr Geld verdienen könnten. Die Dinge liegen also sehr viel komplizierter.

Der Zukunft gehören zweifellos die komplexen Systeme, die zu handeln wir uns kompetent machen müssen. Das alte statische Staatsmodell mit der Autorität oben und den loyalen Amtsdienern unten entspricht in keiner Weise mehr den Erfordernissen unserer heutigen politischen Realität. Wir müssen den komplexen Prozessen gewachsen sein und angemessene Konfliktlösungen entwickeln. Ich gebe zu, dass es für das Regierungshandeln nicht gerade einfach ist, mit solcher Komplexität, die immer auch ein Relativieren verlangt, umzugehen. Noch schwerer ist es für die Justiz; denn die Rechtsprechung verlangt Eindeutigkeit, wie ich als Jurist sehr wohl weiß.

### **Richard von Weizsäcker**

Die Eindeutigkeit, mit der die Ministerpräsidenten in Brüssel auftreten, beeindruckt mich natürlich sehr, Herr Scherf - bis hin zu der Drohung, die Ergebnisse der Regierungskonferenz nicht zu ratifizieren. Es ist sicher legitim, darauf zu bestehen, dass die Frage der Zuständigkeiten zuvor klar geregelt wird. Ich brauche Ihnen aber wohl kaum zu sagen, dass diese Eindeutigkeit nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass die Motive der sechzehn Bundesländer für ihre einheitliche Haltung keineswegs die gleichen sind.

Das betrifft im Übrigen auch die Einstellung gegenüber Haider. Selbstverständlich ist es verdientvoll, eine Politik zu machen, die einem Haider keine Chance gibt. Das kann aber nicht heißen, sich zu bestimmten Fragen in einer Weise zu äußern, die dem nahe kommt, was auch ein Haider sagt. Wir sollten also sehr genau hinsehen - gerade, wenn es um Europa geht;- , was es mit der Einhelligkeit auf sich hat.

### **Scherf**

Ich kann Sie beruhigen, Herr von Weizsäcker. Wir haben uns mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission dahingehend verständigt, dass wir mit ihm bei der Erstellung des Weißbuches zum Rechtsradikalismus in Europa zusammenarbeiten werden. Denn trotz der sicher unterschiedlichen Motivlagen unserer sechzehn Bundesländer traut er uns zu, dass wir die von Ihnen geforderte Balance halten. Er will ja nicht mit unserer Hilfe die Léga Norte oder Haider rechtfertigen; ganz im Gegenteil. Auch in der Hinsicht besteht unter uns völlige Einigkeit.

Aber um eine Debatte über eine europäische Verfassung kommen wir nicht herum. Das wissen Sie besser als ich; denn dazu haben Sie in einer Kommission eigene Vorschläge erarbeitet. Ich denke, wir haben in Europa tatsächlich eine historische Chance, die wir nicht verpassen dürfen. Doch ich betone noch einmal: Mit unserem Föderalismus in der Bundesrepublik können wir den Katalanen, den Basken, den Schotten und den Walisern ein konstruktives Beispiel geben, wie sich eine vertiefte europäische Einigung zwischen Zentralisierung und Dezentralisierung austarieren lässt.

### **Richard von Weizsäcker**

Können wir, haben Sie gefragt, Herr von Dohnanyi, im Zuge der Globalisierung von einem amerikanischen Jahrhundert sprechen, an dessen Beginn wir jetzt stehen? Der Vorsprung der USA in Wissenschaft und Wirtschaft liegt klar zutage. Da hinken wir Europäer ein wenig hinterher, auch wenn wir mit den Amerikanern auf gleichem Wege sind. Zugleich nehmen wir jedoch wahr, dass die Amerikaner dabei sind, diesen Vorsprung in Wissenschaft und Wirtschaft in einen politischen Unilateralismus zu übersetzen, indem sie sich zur einzigen globalen Militärmacht rüsten, und diese Monopolstellung ausbauen. Wie sie diese Macht verwenden, läuft mehr und mehr auf eine reine Selbstmandatierung hinaus. Sie machen ja kaum noch einen Hehl daraus, dass sie die Vereinten Nationen für überflüssig halten.

Es geht nicht nur um die Rücknahme des Staates, sondern wir sprechen zugleich über Spielregeln und Rahmensetzung. Adam Smith hatte es seinerzeit insofern einfacher, als die Welt, in der er lebte und für die er seine Spielregeln formulierte, ein durchaus überschaubarer Raum war. Wir tun uns schon recht schwer, beim Übergang von den einzelnen Nationen zur europäischen Einheit diesen Raum entsprechend zu definieren, für den die Spielregeln gelten sollen. Wenn Christian von Weizsäcker die Rücknahme des Staates fordert, dann versuchen die Europäer eben dies durch die Schaffung des Gemeinsamen Marktes auf europäischer Ebene zu erreichen. Aber Spielregeln brauchen wir auch in Europa, damit der Gemeinsame Markt funktioniert. Dafür sind nun nicht mehr in erster Linie die Nationalstaaten zuständig, sondern die Europäische Kommission, auch wenn viele bei uns meinen, den Brüsselern stünde das gar nicht zu.

Und wie steht es dann mit solchen Spielregeln im globalen Rahmen? Denn die Probleme, die sich auf der globalen Ebene stellen, etwa in der Ökologie, ziehen im Wettbewerb mit Wissenschaft und Wirtschaft stets den Kürzeren.

Auch das staatliche Gewaltmonopol, das Herr Eppler angesprochen hat, ist ein globales Problem. Hat das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen, das in der UNO-Satzung festgelegt ist, noch Bestand? Bei der Entwicklung des Völkerrechts zeichnet sich ab, dass der eherne völkerrechtliche Grundsatz nicht mehr gilt, der eine Einmischung in innere Angelegenheiten eines Landes verbietet - was auch immer in diesem Inneren vorgeht.

Herr Mosdorf hat Seattle erwähnt. Die dortigen Ereignisse gehen uns im Rahmen der Globalisierung in der Tat sehr viel an. Um die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der Globalisierung zu erfüllen, bemühen wir Europäer uns, zu den Amerikanern aufzuschließen. Zugleich wollen wir mit dem europäischen Einigungsprozess nicht nur den Gemeinsamen Markt zustande bringen, sondern auch die militärisch-politische Unilateralisierung der USA in Grenzen halten. Deshalb müssen wir es auch im Hinblick auf die globalen Fragen, die uns ja mittelbar oder unmittelbar betreffen, erreichen, in Zukunft mit einer europäischen Stimme zu sprechen. Weder auf den UNO-Konferenzen in Kyoto und in Rio noch in Kairo und in Kopenhagen hatten wir überhaupt eine Stimme.

Gegen diese unilateralistischen Amerikaner heute, noch in einigen Jahrzehnten gegen eineinhalb Milliarden Chinesen und genauso viele Inder können die einzelnen europäischen Nationen noch irgendein Gewicht in die Waagschale legen. Das heißt, in dieser globalen Welt können wir nur bestehen, wenn wir uns zusammenschließen. Ich denke, das sollte man neben den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Globalisierungsanforderungen nicht ganz aus dem Auge verlieren.

### **Streeck**

Die Vereinigten Staaten von Amerika sind hier verschiedentlich angesprochen worden. Ich habe selber zehn Jahre lang in diesem Land gelebt und meine, ein halbwegs differenziertes Bild von jener Gesellschaft gewonnen zu haben. Und da würde ich unterstreichen, was Herr Christian von Weizsäcker gesagt hat: Amerika ist von allen modernen Gesellschaften sicherlich die multikulturellste und zugleich kompetitivste Gesellschaft. Diese Multikulturalität führt im Übrigen dazu, dass sich die USA gewissermaßen als eine Art Weltgesellschaft im Wartestand verstehen und deshalb auch Weltpolitik als Innenpolitik betreiben. Der amerikanische Unilateralismus, Herr von Weizsäcker, hat seine Ursache wohl nicht zuletzt darin, dass praktisch von jeder Gesellschaft auf dieser Welt ein Segment in der Innenpolitik der Vereinigten Staaten präsent ist.

### **Richard von Weizsäcker**

Rechtfertigt das den machtpolitischen Unilateralismus der Amerikaner nach außen?

### **Streeck**

Ich verkenne diese Bestrebungen nicht. Aber der Interventionismus hat zum Teil - ich denke nur an den Nahen Osten, aber auch an andere Regionen - innenpolitische Gründe aufgrund der entsprechenden Lobbys in den USA, die diese Interessen vertreten.

Mir geht es jetzt aber um den Zusammenhang zwischen Offenheit, Multikulturalität und Wettbewerb. Eine so heterogene multikulturelle Gesellschaft wie die USA kann sich nur über eine Ideologie und Praxis von Chancengleichheit definieren. Die Einheit dieser Gesellschaft muss mit ihrer Vielfalt fertig werden, und Einheit in der Vielfalt ist nur durch equal opportunity zu organisieren.

Was ist dann Sozialpolitik in einer solchen offenen Gesellschaft? Der große amerikanische Sozialpolitiker Lyndon Johnson hat seinerzeit die "equal opportunity"-Gesetzgebung sowohl was die Chancengleichheit von Frauen als auch von Minoritäten generell angeht - durch den Kongress gebracht. Eine Gesellschaft, die offen sein will - und auch wir müssen eine offene Gesellschaft sein;-, braucht ein strenges Regime der Chancengleichheit, das sich nicht von selbst einstellt, sondern politisch durchgesetzt werden muss. Das heißt, gegen die Diskriminierung derer, die in der Gesellschaft ihren Platz finden wollen, muss politisch vorgegangen werden. Das reicht bis zu den Aufnahmequoten an Universitäten.

Darum wird zurzeit in Amerika heftig gekämpft, mit oft paradoxen Folgen. So gibt es etwa latente Aufnahmequoten an Eliteuniversitäten wie Stanford. Wenn Zulassungen dort nur nach Leistungskriterien vorgenommen würden, wären zwei Drittel der Studenten Abkömmlinge asiatischer Einwanderer. Dass man dies zu vermeiden versucht, dazu mag man sich stellen, wie man will. Aber ich hätte ein solches Problem gerne in Deutschland, in Bezug auf die türkischen Einwanderer der zweiten Generation. Allerdings fehlt es bei uns nicht nur an Chancen für Einwanderer, egal wie hart sie arbeiten, sondern auch an Eliteuniversitäten. Unsere besten Studenten gehen deshalb gleich nach Amerika. Unser Universitätssystem ist bei weitem nicht so wettbewerbsorientiert wie das amerikanische, und es ist zugleich weit weniger offen.

Die Fremdenfeindlichkeit, also das Haider-Phänomen, hat sicher verschiedene Ursachen, aber einer der Gründe verweist auf ein ernst zu nehmendes Dilemma: Wenn man für Einwanderer gleiche Chancen schafft, dann setzt man diejenigen, die sich am unteren Rand unserer Gesellschaft befinden, einem scharfen Wettbewerb aus. Die Alternative zu diesem Wettbewerb in einer offenen Gesellschaft wäre ein sehr hoher sozialpolitischer Schutz, auf den jeder, der zu uns kommt, Anspruch hat. Das aber ist auf die Dauer nicht finanzierbar. Somit sieht sich die Haider'sche Klientel zwei Ängsten gegenüber: Entweder muss sie mit den Neuankömmlingen konkurrieren oder man muss ihnen Sozialleistungen gewähren, die sie zu Kostgängern machen und auf lange Sicht die Finanzierbarkeit des Sozialstaates insgesamt in Frage stellen.

Das heißt, je offener unsere Gesellschaft wird, umso schwieriger ist es, einen Sozialstaat aufrechtzuerhalten, der den unteren Rand auf hohem Niveau absichert. Die Vereinigten Staaten



setzen deshalb auf Chancengleichheit und haben darauf verzichtet, einen Sozialstaat nach europäischem Maßstab zu schaffen. Wenn wir bei uns versuchen wollten, einen ähnlichen Weg zu gehen, würden wir Reaktionen aus der Gesellschaft heraufbeschwören, die wir unbedingt vermeiden wollen. Auf dieses Dilemma weiß bisher keiner eine Antwort.

Wie können wir denjenigen, die von Staat und Politik erwarten, gegen die Risiken des Marktes geschützt zu werden - und die sehr unangenehm reagieren können, wenn sie das Gefühl haben, dass Staat und Politik ihnen diesen Schutz verweigern;- , erklären, sie müssten die Konsequenzen einer Öffnung der Gesellschaft hinnehmen angesichts der Notwendigkeit einer Modernisierung im Rahmen der Globalisierung? Wie bekommen wir den Spagat hin, einerseits Chancengleichheit durchzusetzen und zum anderen diejenigen, die dann mit den Neuankömmlingen in Wettbewerb treten sollen, zu überzeugen, dass sie das auch akzeptieren?

### **Bude**

Dazu möchte ich nur anmerken, Herr Streeck: Wir sind in der Tradition keine Bürgergesellschaft, sondern eine Staatsgesellschaft, ähnlich wie Frankreich übrigens. Großbritannien und die USA dagegen sind Bürgergesellschaften, die einerseits für den Einzelnen große Chancen freigeben, was andererseits aber auch negative Konsequenzen für ihn haben kann. Die Staatsgesellschaft bei uns, die aus den Religionskriegen erwachsen ist und die damals einen großen zivilisatorischen Fortschritt darstellte, ist eben eng mit dem Gedanken des sozialpolitischen Schutzes für den Einzelnen verbunden, auf den wir nicht so ohne weiteres verzichten können.

### **Eppler**

Ich komme auf eine Bemerkung von Herrn Kirsch zurück: Nach über dreißig Jahren politischer Profiarbeit mit Führungsverantwortung weiß ich, dass es in der Politik eben nicht nur um Macht geht, sondern in erster Linie darum, ob eine Sache richtig oder falsch ist. Dazu gehört dann auch die Macht, aber noch sehr viel mehr. Das Problem speziell in Deutschland ist, dass diejenigen, die über Politik schreiben, meistens nie selbst Politik betrieben haben. Und wenn man als Politiker darüber spricht, dass man in der politischen Praxis ganz andere Erfahrungen gemacht hat, dann heißt es mit Luhmann oder frei nach Hegel: Wenn die Theorie nicht mit der Realität übereinstimmt, umso schlimmer für die Tatsachen.

Politik, insbesondere demokratische Politik, hat immer etwas damit zu tun, wie Menschen leben wollen und wie sie nicht leben wollen. Wenn junge Mütter Unterschriften sammeln, damit in einer bestimmten Straße, wo ihre Kinder aus dem Kindergarten kommen, Tempo 30 eingeführt wird, dann ist das der Anfang von Politik. Das heißt, sie suchen mit ihrem Anliegen Öffentlichkeit. Politik hat natürlich auch damit zu tun, wie meine Enkel leben wollen und können. Wir dagegen reden hier im Grunde nur darüber, wie wir leben müssen, um in der Globalisierung mithalten zu können, aber nicht, wie wir eigentlich leben wollen. Vielleicht ist es tatsächlich so. Aber dann sollten wir nicht so tun, als sei das ein großartiger Fortschritt.

Im letzten Wahlkampf haben sich die beiden großen Parteien im Wesentlichen darum gestritten, wie man den Begriff Innovation besetzen kann. Alle waren für Innovation, Schröder genauso wie Kohl. In diesem Begriff schwingt noch ein wenig jenes Fortschrittspathos mit; man spricht aber nicht mehr von Fortschritt, weil sich der Begriff abgenutzt hat.

Herr Christian von Weizsäcker hat zu Beginn zu Recht betont, Innovation sei nicht Sache der Politik, sondern der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik. Die Politik kann diesen Prozess zwar fördern, mitunter auch bremsen, aber selbst betreiben kann sie ihn nicht. Aufgabe der Politik wäre es, aufgrund bestimmter Wertvorstellungen zu entscheiden, welche Art der Innovation gefördert werden soll und welche besser unterbleiben müsste.

Natürlich ist das Klonen von Menschen eine Innovation, ebenso wie die Nutzung der Sonnenenergie. Das eine wollen wir verbieten, und das andere fördern wir mit öffentlichen Mitteln. Das ist Aufgabe der Politik, aber nicht, selbst Innovation zu initiieren.

Seit dem Bericht der Brundtland-Kommission in den achtziger Jahren reden alle von "sustainable development". Wir Deutsche haben diesen Begriff in bürokratischer Übersetzung entdramatisiert, indem wir von "nachhaltiger Entwicklung" sprechen. Sustainable meint "durchhaltbar" und soll ausdrücken, dass das, was wir heute tun, eben auf die Dauer nicht durchzuhalten ist. Der Markt ist von sich aus nicht in der Lage, diesen Prozess so zu steuern, dass er durchhaltbar ist, schon gar nicht, wenn er so kurzfristig denkt, wie wir das hier von Seiten der Unternehmer gehört haben. Mein Eindruck ist, dass die Europäer immer noch besser begreifen, wie notwendig eine sustainable

development ist, als die Amerikaner, die die Vereinbarungen von Kioto rundweg ablehnen und sich weigern, auch nur eine Tonne Kohlendioxid weniger zu produzieren.

Aufgabe der deutschen Politik ist ohne Zweifel auch - Richard von Weizsäcker hat darauf hingewiesen;- mit darauf hinzuwirken, dass wir mit der europäischen Einigung vorankommen. Denn gerade im Prozess der Globalisierung brauchen wir mehr denn je eine funktionsfähige Europäische Union. Die einzelnen Nationalstaaten können da in der Tat nicht mehr mithalten. Ohne dieses Europa ist unsere Fähigkeit, Politik zu machen, erheblich eingeschränkt. Deshalb zolle ich Herrn Kohl nach wie vor meine hohe Anerkennung, dass er den Euro durchgesetzt hat. Das war keineswegs selbstverständlich.

### **Glees**

Erstaunlicherweise kann ich dem, was Sie sagen, Herr Eppler, voll zustimmen. Deutschland hat in der Tat eine große politische Aufgabe, Europa mit zu gestalten. Dazu ist es aber nur in der Lage, wenn es über eine gesunde Wirtschaft verfügt, und da bin ich schon irritiert, wie das Denken hier von Themen wie Flächentarifverträge und dergleichen beherrscht wird. Mein Eindruck ist, dass man sich in Deutschland vornehmlich um sich selbst dreht und die großen Herausforderungen kaum wahrnimmt.

Deutschland muss die europäische Karte spielen, wenn wir in Europa eine Chance haben wollen, mit den Amerikanern mitzuhalten. Das mag vor zehn oder zwanzig Jahren noch nicht so dringlich gewesen sein.

Deutschland hat aber auch die Aufgabe, mit dafür zu sorgen, dass die Rechtsstaatlichkeit in Europa ausgebaut wird. Von daher ist die derzeitige politische Krise, die durch den Parteispandenskanal ausgelöst wurde, so bedrohlich. Denn wie will sich Deutschland als ein Hort der Rechtsstaatlichkeit darstellen, wenn der ranghöchste deutsche Politiker es damit nicht so genau nimmt.

### **Fugmann-Heesing**

Ich stimme Herrn Eppler voll zu, dass wir der Herausforderung durch die Globalisierung europäisch begegnen müssen, auf dem Wege zu einer europäischen Innenpolitik, die weit über den Euro hinausreicht. Das wird aber erhebliche Rückwirkungen auf die politische Diskussion gerade in Deutschland haben. Das betrifft die Harmonisierung der Steuersysteme genauso wie die Anpassung der Sozialsysteme. Da sind erhebliche Veränderungen angesagt.

### **von Dohnanyi**

Lassen Sie mich aus der bisherigen Diskussion festhalten, dass in diesem Kreis über die Unausweichlichkeiten der Globalisierung und von daher die Herausforderung für unsere Gesellschaft oder für das "deutsche Modell" offenbar große Übereinstimmung besteht. Dabei scheint mir die kritische Frage von Erhard Eppler wichtig: Sehen wir uns hier Zwängen gegenüber, die wir mit unserer Politik gar nicht mehr beeinflussen können? Geht es nicht mehr darum, wie Menschen leben wollen, sondern müssen sie sich nur noch diesen Zwängen anpassen? Und wie steht es dann mit der politischen Verantwortung für die Gestaltung unserer Gesellschaft?

Wenn ich es recht sehe, hat aber niemand hier in Abrede gestellt, dass der Politik eine nach wie vor große Verantwortung zukommt. Die Frage ist nur: Ist die Politik in der Lage, den Erfordernissen, auf schnelle Veränderungen, die sich durch die Globalisierung insbesondere auf wirtschaftlichem und technischem Gebiet vollziehen, gerecht zu werden und entsprechend rasch reagieren? Mit anderen Worten: Was müssen wir in der Politik ändern, damit sie ihre verantwortungsvolle Rolle tatsächlich spielen kann? Dafür ist sicher eine Voraussetzung, dass die Politiker bereit sind, den Tatsachen ins Auge zu sehen und nicht so zu tun, als könne im Grunde alles so weiter betrieben werden wie bisher.

Wir haben neue Freiheiten gewonnen, die aber auch Zwänge auslösen, wenn wir diese Freiheiten in Anspruch nehmen. Wie es bei Grillparzer in seinem Gedicht "Entsagung" so schön heißt: "Und wo du herrschest, dort bist du auch Knecht!" Das eine ist ohne das andere wohl nicht zu haben. Herr Gauer hat uns ja eindrucksvoll geschildert, welche enormen Möglichkeiten die neuen Kommunikationstechnologien eröffnen, während es gleichzeitig immer schwieriger wird, verlässliche Prognosen über die weitere Entwicklung im eigenen Unternehmen abzugeben. Aber darauf nur angstvoll zu reagieren, ist sicherlich die verkehrte Therapie.

Unbestritten ist indes auch, dass wir insbesondere für diejenigen Verantwortung haben, die in diesem Veränderungsprozess nicht mitkommen. Wir dürfen also nicht nur den Blick auf die Starken und Begabten richten, denen die Welt mehr als je zuvor offen steht. Deshalb kommt den Fragen nach

Befähigung und besserer Ausbildung eine so große Bedeutung zu. Auch darin sind wir uns hier recht einig.

Hier war nun verschiedentlich von Benchmarking die Rede, und zwar nicht nur zwischen Unternehmen, sondern auch im Vergleich zwischen Staaten. Das niederländische Wirtschaftsministerium hat 1995 ein exzellentes Buch veröffentlicht, in dem die Niederlande auf allen möglichen Gebieten mit dem verglichen werden, was in anderen Ländern gemacht wird. Ich würde es begrüßen, wenn Sie sich im weiteren Verlauf unserer Diskussion dazu äußern könnten, welches Land aus Ihrer Sicht der Herausforderung der Globalisierung, die ja alle europäischen Länder in etwa gleicher Weise trifft, am besten begegnet. Warum werden einige Länder besser damit fertig als andere? Nicht von ungefähr fällt im Zusammenhang mit Globalisierung immer wieder das Stichwort Flexibilität.

Wie fit ist denn Deutschland für die Globalisierung? Wie gehen wir damit um im Vergleich zu einigen anderen Ländern, die vor den gleichen Herausforderungen stehen?

### **Christian von Weizsäcker**

Ich kenne die Schweiz recht gut, das Land mit dem höchsten Sozialprodukt pro Kopf in der Welt. Als Nationalökonom stelle ich die Frage: Was ist das Erfolgsrezept der Schweiz, das sie zu dieser Leistung befähigt? Das heißt im Übrigen nicht, dass die Schweiz all ihre Probleme gelöst hätte. Aber die Arbeitslosigkeit ist niedrig, der Sozialstaat funktioniert und der Anteil des Staates am Bruttosozialprodukt ist wesentlich niedriger als in Deutschland, ohne dass die Armen und Schwachen dort schlechter dran wären als bei uns. Die Wirtschaft floriert trotz des sehr hohen Kurses des Schweizer Franken, der die Exporte erschwert; die Schweizer Industriellen führen darüber jedenfalls beredt Klage.

Einen der Gründe dafür, dass das Schweizer Modell so gut funktioniert, sehe ich in dem Tatbestand, dass die Schweiz ein wirklich föderalistisches Land ist - im Gegensatz zu Deutschland, wo die Bundesländer in dieser merkwürdigen Verbindung, die zwischen Bund und Ländern besteht, gezwungen sind, mehr oder weniger alles einheitlich zu regeln. Das widerspricht ja gerade dem föderalistischen Prinzip. Obwohl es in der Schweiz beispielsweise einen Steuerwettbewerb unter den Kantonen gibt, sind deren Kassen vergleichsweise voll. Jedenfalls hat die öffentliche Hand kaum Finanzprobleme und auch die Verwaltung dieser kleinen Kantone arbeitet relativ effizient.

Vielleicht spielt in diesem Zusammenhang das plebiszitäre System eine wichtige Rolle. Das heißt, bei größeren Ausgaben der öffentlichen Hand müssen die Bürger zustimmen. Als beispielsweise die Wirtschaftshochschule St. Gallen seinerzeit ein neues Gebäude brauchte, sind die Professoren von Dorfkneipe zu Dorfkneipe marschiert, um die Stimmbürger des Kantons St. Gallen von der Notwendigkeit des Neubaus zu überzeugen. Die Zustimmung erfolgte, und der Bau, der erstaunlich billig war, ist auch nach vierzig Jahren funktionsfähig. Etwa zur selben Zeit wurde in Aachen unter dem damaligen Wissenschaftsminister Rau das Klinikum gebaut, das ungefähr fünfzigmal so teuer war und nicht sehr gut funktioniert hat. Jedenfalls scheint die plebiszitäre Komponente auf regionaler Ebene auch gewisse Ökonomieeffekte zu haben.

Nun sind die Schweizer - im Gegensatz zu den Amerikanern, wie es immer heißt - keineswegs sehr mobil. Sie bleiben meist dort, wo sie geboren sind, und auch wenn sich ihr Arbeitsplatz von Aarau nach Zürich verlagert hat, pendeln sie lieber, als dass sie umziehen. Dennoch funktioniert das System.

Eine sehr wichtige Rolle spielt offenbar, dass das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein ganz anderes ist als in Deutschland. Seit der großen Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren, die auch die Schweiz arg gebeutelt hatte, besteht in der Metall verarbeitenden Industrie ein Friedensabkommen mit der Konsequenz, dass Streiks unbekannt sind und Streikdrohungen in den Tarifverhandlungen kaum vorkommen. Auf diese Weise können Unternehmen in dieser Branche trotz des hohen Frankenkurses und der starken Exportorientierung überleben, die mit dem Tarifsystem in Deutschland längst untergegangen wären.

Die Löhne weisen in der Schweiz sehr große regionale Unterschiede auf; das heißt, die gleiche Arbeit wird ungleich bezahlt. Nur so kann ein Arbeitsmarkt funktionieren. Denn die örtlichen Gegebenheiten sind jeweils sehr unterschiedlich, sodass überhaupt kein Grund besteht, überall den gleichen Lohn zu bezahlen. Wer in Zürich lebt, muss viel höhere Miete zahlen und hat auch sonst höhere Lebenshaltungskosten als beispielsweise jemand, der in Solothurn lebt und arbeitet, und Solothurn kann mit Zürich eben deshalb konkurrieren, weil man dort niedrigere Nominallohne zahlt.

Ich denke also, man kann aus dem Schweizer Modell eine ganze Menge lernen.

## Kirsch

Ich lebe seit einiger Zeit in der Schweiz und kann vieles von dem bestätigen, was Herr von Weizsäcker sagt. Ich würde aber einiges anders interpretieren. Es ist sicher richtig, dass in der Schweiz ein Konkurrenzföderalismus besteht, während man in der Bundesrepublik eher von einem Konsensföderalismus sprechen kann. Aber in der Schweiz liegt die Staatlichkeit eben bei den Kantonen. So bin ich beispielsweise Beamter des Staates Fribourg und nicht des Kantons Fribourg, und die offizielle Bezeichnung von Genf lautet Republik Genf. Was im Übrigen - anders als beim Freistaat Bayern - der politisch juristischen Realität entspricht.

Nun muss man allerdings auch sehen, dass der Schweizer Föderalismus über weite Strecken zu einem Vollzugsföderalismus geworden ist. Das heißt, im Bund werden Dinge entschieden, die in den Kantonen nur noch nachvollzogen werden. Das liegt nicht zuletzt an dem relativ hohen vertikalen und horizontalen Finanzausgleich, der den ärmeren Kantonen zugute kommt und die Einwirkungsmöglichkeiten des Bundes entsprechend verstärkt. So konkurrenzhaft ist der Föderalismus in der Schweiz dann auch wieder nicht.

Richtig ist sicher auch, dass die plebiszitären Elemente einiges an Missständen verhindern. So hat vor einigen Wochen das Volk von Fribourg, le peuple de Fribourg - ich sage das ganz bewusst - direkt darüber entschieden, ob für die wirtschaftswissenschaftliche Fakultät meiner Universität ein Neubau errichtet wird. Das Volk hat Ja gesagt; es hätte genauso gut Nein sagen können; sicher war das keineswegs. Auch dort mussten sich, wie Herr von Weizsäcker sagte, die Professoren, Dekane und der Departement-Präsident - das bin zurzeit ich - nachhaltig engagieren.

Sie sprachen dann das Friedensabkommen in der Metall verarbeitenden Industrie an und die Lohndifferenzierung in den einzelnen Regionen. Ich denke jedoch, dass die Bundesrepublik in der Hinsicht nicht alles von der Schweiz lernen sollte. Immerhin hat die Schweiz seit Jahren das niedrigste Wirtschaftswachstum in Europa. So eindeutig ist die Erfolgsbilanz also nicht.

Die Schweiz ist ein kleines Land, in dem vieles nach der Logik der runden Tische läuft. Man kennt sich halt. Es gibt Vertrauensbeziehungen zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern, Kantonsräten und dergleichen, die es in dieser Form in der sehr viel größeren Bundesrepublik gar nicht geben könnte. Die andere Seite dieser informellen Beziehungen ist ein ungemein hoher Kartellisierungsgrad der Schweizer Wirtschaft, der allerdings als Folge der Liberalisierung allmählich aufbricht. Das heißt, die informellen Beziehungen ermöglichen zwar einiges an Frieden - aber häufig zum Nachteil jener Bereiche, die nicht so hochgradig kartelliert sind. Doch mitunter hat man den Eindruck, dass jeder Schweizer Mitglied irgendeines Kartells ist, das ihm Schutz gewährt, weshalb man auch von einer Art Raubrittertum auf Gegenseitigkeit sprechen könnte.

## von Dohnanyi

Wie im Deutschen Reich vor 1914.

## Kirsch

Da war es sicher gef

## von Dohnanyi

Ich will nur einen Tatbestand hinzufügen: In der Schweiz sind zwanzig Prozent der festen Arbeitsplätze - nicht saisonal bedingt - mit Gastarbeitern besetzt. Unter dem Gesichtspunkt stellen die fünf oder sechs Prozent Arbeitslosigkeit dort natürlich eine unglaubliche Leistung dar.

## Kirsch

Die Schweiz kennt auch kein Lebenszeitbeamtentum, weder auf Bundes- noch auf kantonaler Ebene. Es gibt lediglich Beamte für die Zeit einer so genannten Verwaltungsperiode, die dann stillschweigend verlängert werden kann. Aber es ist sicher leichter, etwas nicht zu verlängern, als etwas, was auf Lebenszeit angelegt ist, abzubrechen. Gegenwärtig ist man sogar dabei, das Beamtentum auf Bundesebene und in den Kantonen überhaupt abzuschaffen. Ich denke, so etwas sollte man auch für die Bundesrepublik zumindest einmal überlegen.

## Reuther

Wir haben in der Körber AG sechs Unternehmen der Werkzeugmaschinenbranche, die alle Präzisionsschleifmaschinen bauen. Die drei Schweizer Unternehmen arbeiten durchweg mit einer

zweistelligen Umsatzrendite, während zwei der drei deutschen Unternehmen bei plus/minus null liegen. Woran liegt das? Die Schweizer Betriebe sind ungeheuer flexibel, wenn es darum geht, Beschäftigungsschwankungen durch Einstellungen und zeitnahe Entlassung aufzufangen. Die Partizipation im Betrieb ist hoch, auch in Sachen Lohnfindung; die Arbeitszeit ist länger als bei uns; der Krankenstand deutlich niedriger, die Motivation sehr gut: Das heißt, mit den gleichen Produkten, die wir an sieben verschiedenen Standorten herstellen und weltweit vertreiben, liegen wir in der Schweiz eindeutig besser als in Deutschland. Und das geht ohne Flächentarifverträge, ohne Kündigungsschutzgesetze, wie wir sie kennen, und ohne Betriebsverfassungsgesetz.

### **Flassbeck**

Ländervergleiche sind immer problematisch, Herr von Dohnanyi. Man muss dabei dann sehr in die Tiefe gehen, um festzustellen, was sich wirklich miteinander vergleichen lässt. Das kann man nicht mit ein paar Hinweisen abtun. Herr Kirsch hat ja die Aussagen von Herrn von Weizsäcker zur Schweiz bereits relativiert. Ich könnte beispielsweise Neuseeland erwähnen, vor fünf Jahren das Land, von dem es hieß, es habe den großen Durchbruch geschafft. Heute spricht niemand mehr davon, weil dort inzwischen eine schwere Rezession stattgefunden hat.

### **von Dohnanyi**

Ich will Ihren Bedenken gar nicht widersprechen, Herr Flassbeck. Auf der anderen Seite lernen wir vornehmlich durch Vergleichen, auch wenn dabei manches Unvergleichbare verglichen wird.

### **Piper**

Als Journalist tue ich mich mit solchen Vergleichen sicher ein wenig leichter und meine, dass man sehr wohl etwas daraus lernen kann.

Ich würde auch die Schweiz nennen, wenn auch aus anderen Gründen als Herr von Weizsäcker. Was die Schweiz auszeichnet, ist eine merkwürdige Mischung aus einer sehr engen Regulierung nach innen - Herr von Weizsäcker nannte das Kartellierung - und eine große Offenheit nach außen. Herbert Giersch hat davon "Koopkurrenz" gesprochen, ein Begriff, der die Schweizer Situation recht gut charakterisiert.

Was die Verwaltung angeht, kann man sicher Zweifel haben, ob die wirklich so effizient ist. Aber die enge Regulierung nach innen, die sich gleichzeitig dem Wettbewerb nach außen stellen muss, das könnte ein Modell auch für unseren bundesdeutschen Föderalismus sein, indem wir insbesondere unterhalb der Ebene der Bundesländer die Autonomie der Gemeinden stärken - von der Finanzausstattung her und auch in anderer Hinsicht.

Des Weiteren finde ich das Beispiel Schweden interessant, ein Land, das ausgesprochen auf technologischen Fortschritt setzt und dabei zugleich die soziale Kohäsion wahrt. Was mich an Schweden irritiert, ist der zunehmende Rechtsradikalismus, der mir dort bis dato völlig unbekannt war.

Frankreich wiederum weist sehr gute makroökonomische Daten auf, wobei die einen das auf die Politik von Jospin zurückführen, während andere meinen, das seien die Früchte früherer Politik.

Schließlich Israel, das in den vergangenen Jahrzehnten eine außerordentlich erfolgreiche Einwanderungspolitik betrieben hat. Die Unterschiede zwischen einem Bergbauern aus dem Jemen und einem Intellektuellen aus Russland könnten größer nicht sein. Dennoch ist es den Israelis gelungen, den Zusammenhalt in ihrer Gesellschaft einigermaßen aufrechtzuerhalten. Auch davon könnten wir etwas lernen.

Israel ist inzwischen auch zu einem ausgesprochenen Hightechland geworden mit einer hohen Wachstumsrate, und dies unter extremen äußeren politischen Schwierigkeiten. Man hat sich dort in einem schmerzhaften Prozess von vielen politischen Illusionen verabschieden müssen. Ich denke, auch da lohnt es sich für uns hinzuschauen.

### **Streeck**

Ländervergleiche sind sicher immer problematisch. Da kommen so vielfältige Aspekte zusammen - zum Teil auch historisch bedingt;- , dass sich jeder etwas herauspicken kann, Positives oder Negatives, und am Ende sind wir so klug wie zuvor, zumal sich soziale Phänomene nie auf nur eine Ursache zurückführen lassen. Wir sollten also mit derartigen Vergleichen vorsichtig sein.

Als Sozialwissenschaftler, der vergleichende Sozialforschung betreibt, finde ich es am fruchtbarsten, über funktionale Äquivalente nachzudenken. Man kann sich beispielsweise ansehen, welche Länder

in Europa ihren Arbeitsmarkt einigermaßen in Ordnung gebracht haben, etwa die Niederländer und die Dänen, obwohl beide völlig verschiedene Strategien angewendet haben.

Während die Dänen einen außerordentlich flexiblen Arbeitsmarkt haben, der praktisch ohne jeden Kündigungsschutz, dafür aber mit einem sehr effektiven Lohnersatzniveau bei harten Gewährungskriterien funktioniert, besteht in den Niederlanden ein hoher Kündigungsschutz, aber kein besonders ausgebautes System der Arbeitslosenversicherung.

Die Niederlande erreichen die notwendige Flexibilität über ein ausgedehntes System von Leiharbeitsfirmen, deren Mitarbeiter denselben Kündigungsschutz genießen wie alle anderen Arbeitnehmer. Damit erreicht man eine hohe Flexibilität, die aber nicht zulasten der Beschäftigten geht. Die Leiharbeitsfirmen können ihre Mitarbeiter flexibel dort einsetzen, wo sie nachgefragt werden und erfüllen damit gleichzeitig eine Funktion, die in Deutschland die Bundesanstalt für Arbeit wahrnimmt, nämlich Arbeitnehmer dahin zu vermitteln, wo sie tatsächlich gebraucht werden. Das hat unter anderem den Effekt, dass in den Niederlanden nahezu die Hälfte der festen Neueinstellungen mit Leuten besetzt werden, die zuvor als Zeitarbeiter in dem betreffenden Betrieb beschäftigt waren. Auf diese Weise wird die Frage der Bewährungsfrist, die bei uns politisch umstritten ist - wie lange darf man jemanden "ausprobieren", um ihm noch kündigen zu können?;-, gewissermaßen privatwirtschaftlich durch das Leiharbeitsystem geregelt. Die Dänen sind einen anderen Weg gegangen, der ebenfalls recht erfolgreich ist.

Was wir aus diesen sehr unterschiedlichen Beispielen allgemein lernen können, ist, dass man eine Verbindung von Flexibilität und Sicherheit braucht. Die einen erreichen das über den externen Arbeitsmarkt; die anderen über den internen Arbeitsmarkt der Leiharbeitsunternehmen und seine Verknüpfung mit dem der produzierenden Betriebe. Man kann also Flexibilität über Märkte oder aber über Organisationen erreichen; eine zwingende Präferenz für die eine oder die andere Lösung gibt es nicht.

Ein wichtiger Unterschied zwischen den beiden genannten Ländern besteht darin, dass die dänische Wirtschaft ganz überwiegend mittelständisch strukturiert ist, während die Niederlande eine sehr gemischte Struktur von Klein-, Mittel- und Großunternehmen aufweisen. Hinzu kommt, dass in den Niederlanden der Transformationsprozess von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft weit fortgeschritten ist. Hierzu hat die Infrastrukturpolitik des Landes entscheidend beigetragen. Der Hafen von Rotterdam und der Airport von Amsterdam sind die wichtigsten Logistikzentren in Nordwesteuropa, um die herum die Bildungspolitik, die Verkehrspolitik und auch die Europapolitik aufgebaut werden. Das ist also ein sehr komplexes Bild.

Was können wir aus solchen Beispielen lernen, um auf die Herausforderungen der Globalisierung angemessen zu reagieren? Was in den Niederlanden auffällt, ist eine enorme Bereitschaft zu experimentieren, beispielsweise mit neuen Organisationsformen gerade auch im Bereich der sozialen Sicherung. Dabei ziehen alle Beteiligten mit, weil sie wissen, dass es keine Patentlösungen gibt. Man probiert etwas aus, und wenn es nicht funktioniert, dann versucht man es eben auf andere Weise. Das heißt, man geht mit Risiken sehr pragmatisch um und blockiert sich nicht ständig gegenseitig, indem man jedes Risiko vermeidet und sich wechselseitig die Schuld zuschiebt, wenn etwas nicht gelingt. Bei uns dagegen versucht man sich möglichst nicht zu bewegen, weil man befürchtet, von den anderen allein gelassen zu werden, wenn etwas danebengeht. Das macht die Dinge hierzulande so unbeweglich.

Der Erfolg in den Niederlanden hat aber auch etwas mit politischer Führung zu tun. Dort war die Regierung Anfang der achtziger Jahre bereit, Klartext zu reden und der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken. Der damalige Ministerpräsident Ruud Lubbers hat den Wählern gesagt: Wenn wir aus der gegenwärtigen Misere herauskommen wollen, dann müssen wir neue Wege gehen. Dazu schlage ich dies und jenes vor. Wenn ihr damit nicht einverstanden seid, könnt ihr mich abwählen. Ohne mutige politische Führung kann auch bei uns die Erstarrung nicht überwunden werden.

### **Kirsch**

Ich will nur daraufhinweisen, Herr Streeck: Der Erfolg von Lubbers hatte ganz wesentlich zur Voraussetzung - das hat er mir selber berichtet;-, dass er ein ausgesprochenes Vertrauensverhältnis zu einflussreichen Gewerkschaftsführern hatte, die er vor seiner Rede im Parlament von seinen Absichten informiert hat. So etwas ist in der Bundesrepublik nicht so ohne weiteres gegeben.

### **Bude**

Helmut Kohl hatte ein ähnliches Vertrauensverhältnis zu Hermann Rappe.

## Kirsch

Das war sicher die Ausnahme. Im Übrigen liegen die Dinge in Deutschland schon wegen der Größe des Landes anders.

## Wieland

Am Beispiel Schweden - und das gilt in gewisser Weise für alle skandinavischen Länder lässt sich zeigen, dass es in diesen Ländern gelungen ist, einen international orientierten Managertyp zu qualifizieren, der bei uns weitgehend fehlt.

Die Globalisierung führt auch dazu, dass National-, Wirtschafts- und Unternehmenskulturen immer mehr auseinander fallen. Während die Wirtschaftskultur mehr und mehr angelsächsisch geprägt wird, gilt das für die National- und die Unternehmenskulturen nicht in gleicher Weise. In Schweden ist es gelungen, diese unterschiedlichen Tendenzen durch die schwedischen Manager in Einklang zu bringen. Darin sehe ich den Grund, dass sie in internationalen Konzernen heute eine so große Rolle spielen. Damit haben sie auch eine Vorbildfunktion für die jungen Nachwuchskräfte im Lande.

Was es bedeutet, wenn diese besondere Qualifikation fehlt, will ich an einem anderen Beispiel zeigen. In einem Projekt in Russland sprachen wir über prägende Werte in den Unternehmenskulturen in Deutschland und Russland. Auf die Frage, welche Werte sie in ihrem Unternehmen für wichtig halten, führten die Deutschen erwartungsgemäß Effizienz und ähnliche Dinge an, während die Russen von Barmherzigkeit, Mitleid, Freundschaft sprachen. Für die Deutschen war das ausgesprochen verwirrend, wie die Russen darüber dachten, worum es in der Wirtschaft eigentlich gehen sollte. Derartige Mentalitäts- und Einstellungsunterschiede wirken sich aber direkt auf die Kooperationsmöglichkeiten von Partnern im wirtschaftlichen Bereich aus.

An diesem Beispiel wird deutlich, dass den menschlichen Verhaltensweisen - oder dem Humankapital - in der Wirtschaft eine erhebliche Bedeutung zukommt. Dazu gehören fachliche, soziale, kommunikative Kompetenzen, die den Wert eines Mitarbeiters in einem Unternehmen ausmachen. Das gilt im besonderen Maße für die Hightechbranche. Um es überspitzt zu sagen: Wenn die Mitarbeiter von Boston Consulting oder von Microsoft Feierabend machen, ist das Unternehmen einige Millionen Dollar wert - Gebäude, Einrichtungen, Laptops und dergleichen -; wenn die Mitarbeiter dort tätig sind, steigt der Unternehmenswert auf mehrere Milliarden Dollar. Die Differenz macht, wenn Sie so wollen, das Humankapital aus.

Bezeichnenderweise können wir mit unseren wissenschaftlichen Methoden zwar die Rentabilität des Finanz- und des Sachkapitals berechnen, aber nicht des Humankapitals. Diese Lücke zu schließen, kommt in der Wissens- oder der Lerngesellschaft eine geradezu strategische Bedeutung zu. Das hat man in Schweden offenbar besser begriffen als anderswo, indem man großen Wert auf die Ausbildung des internationalen Managertyps gelegt hat.

Hier war die Rede von den Starken und den Schwachen in der Gesellschaft - eine typisch deutsche Diskussion. Die Unterscheidung von stark und schwach ist heute weniger eine Frage von Einkommensdifferenzen, sondern ob die Menschen es verstehen, Chancen zu nutzen oder nicht.

Einige meiner Studenten haben nach Abschluss ihres Examens überhaupt keine Mühe, eine Stellung zu finden; sie können gleich unter mehreren Angeboten auswählen. Andere tun sich da wesentlich schwerer und einige finden so gut wie gar nichts oder erst nach endlosen Bewerbungen. Über welche Qualitäten verfügen die in diesem Sinne Erfolgreichen oder Starken? Es sind nicht in erster Linie die guten Noten, die den Ausschlag geben, sondern Aufgeschlossenheit, geistige Mobilität, Engagementsbereitschaft, Fremdsprachenkenntnisse.

Wenn wir uns also um staatliche oder andere Unterstützungsmaßnahmen Gedanken machen wollen, um den Schwachen zu helfen, dann müssen wir uns zunächst fragen, ob wir bei den Menschen ein Arbeitnehmerbewusstsein oder einen Unternehmergeist fördern wollen. Wollen wir eine Mentalität unterstützen, der es darum geht, dass möglichst alle Dinge geregelt sind, oder wollen wir Menschen motivieren, sich zu bewegen und ihre Chancen überall auf der Welt zu nutzen? Das sind heute starke beziehungsweise schwache Kriterien, die das Lebensglück des Einzelnen weitgehend bestimmen und die eben auch für die Gesellschaft wichtig sind. In dieser Hinsicht kann ich das schwedische Modell nur zur Nachahmung empfehlen. Dort gibt es diesen Managertyp, der international überall gefragt ist.

## Gauer

Statt makroökonomische Indikatoren verschiedener Länder miteinander zu vergleichen wobei Deutschland im Übrigen gar nicht so schlecht abschneidet;-), sollte man besser versuchen, etwas über

die Stimmung, die in einem Land vorherrscht, auszusagen. Und es ist Aufgabe der Politik, eine Vision zu entwickeln und die Richtung anzugeben, in der man die Entwicklung der Gesellschaft voranbringen will. Die Wirtschaft kann so etwas nicht leisten. In dieser Hinsicht haben wir aber in Deutschland eine geradezu verkehrte Welt: Während BDI-Chef Henkel - mehr schlecht als recht - versucht, dem Land Richtung zu geben jongliert Bundeskanzler Schröder lieber mit Zahlen herum, statt für die Menschen Perspektiven zu entwickeln, an denen sie sich orientieren können.

Des Weiteren fällt auf, dass fast alle Vergleiche, die hier erwähnt wurden, kleine Länder betreffen, die so zwischen sechs und fünfzehn Millionen Einwohner haben. Offensichtlich sind kleinere Gemeinwesen eher in der Lage, wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen durchzuführen, während große Länder wie Deutschland, Frankreich oder auch England sich sehr viel schwerer damit tun.

Nun hat ja Herr Scherf deutlich gemacht, dass in Bremen, dem kleinsten Bundesland, inzwischen Dinge möglich geworden sind, die zuvor - vielfach aus ideologischen Gründen - überhaupt nicht denkbar erschienen. Daraus kann ich nur den Schluss ziehen, dass es darauf ankommt, politische Verantwortung nach unten zu delegieren, damit wir reformfähig werden. Deutschland ist offensichtlich zu groß, um mit Erfolg Reformen durchführen zu können. Auch das Beispiel Großbritanniens, wo unter Frau Thatcher einiges bewegt wurde - Zerschlagung der Gewerkschaften, aber fatalerweise auch der Industrie;-, würde ich nicht unbedingt zur Nachahmung empfehlen.

Wir brauchen also handlungsfähige politische Einheiten in einer Größenordnung zwischen sechs und zehn Millionen Einwohnern. Unter diesem Gesichtspunkt scheint mir das, was Frau Fugmann-Heesing und andere gesagt haben, nämlich politische Verantwortung von der Bundes- auf die Länderebene zu verlagern, außerordentlich sinnvoll.

### **Glees**

Deutschland ist in der Tat ein sehr großes Land, das vor zehn Jahren noch einmal größer geworden ist, während Großbritannien immer kleiner zu werden scheint. Die wirtschaftliche Macht konzentriert sich bei uns immer mehr auf London, das vielleicht in dreißig, vierzig Jahren eine eigene Staatlichkeit erlangen wird.

Doch so wenig ich England als Vorbild empfehle, denke ich doch, dass bei uns einige politische Werte Geltung haben, von denen andere sehr wohl lernen können. In Deutschland ist alles so wahnsinnig konsensorientiert - ich weiß, dass man das hierzulande nicht gern hört;- , aber aus Konsens resultieren nur wenige neue Ideen. Darin sehe ich für Deutschland ein großes Problem, mit dem wir in England sehr viel weniger zu tun haben.

Unsere jungen Leute - wenn ich meine Studenten sehe - finden sich sehr viel schneller mit den neuen Gegebenheiten in einer sich verändernden Welt zurecht. Soziale Sicherheit, Jobs auf Lebenszeit und dergleichen, darum ist es vielen jungen Leuten - nicht allen natürlich - überhaupt nicht zu tun. Sie wollen möglichst schnell eine Arbeit finden, und zwar im Bereich der neuen Techniken, die sie sich mit einer Schnelligkeit aneignen, wie wir das sonst nur in Amerika kennen. Und Großbritannien ist dabei, die Modernisierung der Gesellschaft voranzubringen.

Das setzt voraus, dass man nicht auf jede Veränderung mit Angst reagiert. Eben diese Angst scheint mir in Deutschland sehr ausgeprägt zu sein. Alle sind ängstlich darauf bedacht, das, was sie haben, möglichst zu erhalten; keine Experimente zu wagen, um den neuen Herausforderungen in Zukunft besser begegnen zu können. Sicher, Sie haben einen vergleichsweise sehr hohen Lebensstandard. Darauf dürfen Sie sich aber nicht ausruhen, denn die Welt verändert sich rasch.

### **Wieland**

Und wie steht es mit der Angst der Briten vor dem Euro?

### **von Dohnanyi**

Das ist weniger Angst als britisches Selbstbewusstsein.

### **Glees**

Ich halte es für einen großen Fehler, dass wir dem Euro nicht beigetreten sind. Aber wir hatten in den neunziger Jahren erhebliche Schwierigkeiten mit unserer Währung und, wie Herr von Dohnanyi zu Recht sagt, die Frage hat sehr viel mit unserer nationalen Identität zu tun. Ich bin jedoch sicher, dass der Beitritt Großbritanniens zur Europäischen Währungsunion nur eine Frage der Zeit ist.



Der Durchschnittsbrite sieht, dass unser Land immer kleiner wird - vielleicht wird sogar Schottland unabhängig;- , und da möchte er wenigstens, dass ein Rest einstiger Größe erhalten bleibt. Unsere Regierung, Tony Blair, teilt diese Sorge nicht.

### **Stock**

Europa betrachte ich als ein großes Experimentierfeld, wo in verschiedenen Teilsystemen unterschiedliche Erfahrungen gemacht werden. Ich denke, wir sollten dabei weniger die einzelnen Länder miteinander vergleichen, sondern uns fragen: Was ist zum Beispiel vom Schweizer Wissenschaftssystem oder von der schwedischen Turn-around-Fähigkeit oder von der niederländischen Steuerpolitik zu lernen? Wenn wir so selektiv vorgehen, würden wir weniger theoretisch sprechen, sondern mehr die konkreten Realitäten im Auge haben, die sich auch überprüfen lassen.

Gerade diese Vielfalt in Europa könnte unsere Stärke sein - mit dem Bestreben, uns in best practice zu üben. Dann muss das 21. Jahrhundert nicht unbedingt ein amerikanisches Jahrhundert werden.

### **Mezger**

Ich halte das bench-learning, zu sehen, was andere besser machen und davon einiges im eigenen Lande umzusetzen, für eine ganz wichtige Überlegung. Wie können wir zum Beispiel unseren Arbeitsmarkt offener gestalten? Was ich bei uns feststelle, ist - ähnlich wie Herr Gauer das geschildert hat;- , dass jeglichen Änderungsvorschlägen, ob in der Sozialpolitik oder bei Projekten zur Verwaltungsreform, mit einer Mentalreservation begegnet wird, die verhindert, dass man sich mit den Erfahrungen anderer Länder auch nur ernsthaft auseinandersetzt. Da heißt es sofort, wir haben nun einmal in Deutschland in der Sozialpolitik das Leitbild des Arbeitnehmers mit einer kontinuierlichen 45-jährigen Beschäftigungsbiografie - an dem sich nach wie vor unser soziales Sicherungssystem orientiert;- , und daran wollen wir auch nichts ändern.

Wenn wir uns - etwa in der Rentenpolitik - die Schweizer Sozialversicherungssysteme einmal genauer anschauen würden, könnten wir feststellen, was mit dem neuen Begriff "flexicurity" gemeint ist, der für Sicherheit plus Flexibilität steht. Das Schweizer System ist insofern universalistischer angelegt, als ihm sämtliche Pflichtversicherte angehören, während in Deutschland die Beamten eine Sonderregelung haben und die Selbständigen überhaupt nicht mit einbezogen sind. In der sozialen Sicherung Universalisierung mit Individualisierung zu kombinieren, das muss das Ziel sein; denn die 45-jährige Versicherungsbiografie ist im Schwinden begriffen. Das müsste in der politischen Diskussion offen thematisiert werden, bevor man konkrete Lösungen durchführt.

Internationales Benchmarking ist auch im öffentlichen Sektor angesagt, und zwar nicht nur bei den Bundes- und Landesverwaltungen, sondern vor allem auf kommunaler Ebene, wo die Probleme besonders deutlich zutage treten. In einer vergleichenden Studie der Hans-Böckler-Stiftung haben wir an Beispielen von Phoenix in Arizona und von Christchurch in Neuseeland herausgestellt, wie dezentrale und vernetzte Problemlösungskonzepte erfolgreich umgesetzt werden können.

In Christchurch beispielsweise gibt es auf kommunaler Ebene einen konsultativen Bürgerdiskurs. Das sind keine Bürgerbefragungen, wie wir sie in einigen Kommunen ja auch in Deutschland kennen, sondern ganz unterschiedliche Gruppen - von Arbeitslosen bis zu Highlevelberufen - werden in je eigener Weise angesprochen, um gemeinsam zu einer Prioritätensetzung für die Stadtpolitik zu gelangen.

In Deutschland gibt es keine wirkliche Beteiligungskultur, die hierarchie- und institutionen übergreifend wirksam wäre. Das läuft bei uns alles sehr bürokratisch ab. Die Probleme werden hoch segmentiert bearbeitet; von Inter- oder Multidisziplinarität kann jedenfalls kaum die Rede sein. Das prägt auch unsere ganze Denkhaltung.

### **Priddat**

Das Plädoyer von Herrn Stock für mehr Pragmatismus finde ich sehr sympathisch. Benchmarking bedeutet ja nicht, dass wir die dänische, die niederländische oder die englische Lösung übernehmen, sondern man sieht sich an, was für uns im Einzelfall konkret machbar und sinnvoll ist. Wir müssen nicht alles selbst erfinden. Offensichtlich fällt uns Deutschen eben das sehr schwer.

Die Bismarck'schen Sozialreformen waren lange vorbildlich auch für andere Länder; jetzt zu akzeptieren, dass wir möglicherweise von anderen Sozialstaatsmodellen etwas lernen könnten, kommt uns nicht recht in den Sinn. Wir müssen einen Weg finden, um Flexibilität und Stabilität für sich zu denken. Wir fordern immer beides gleichzeitig ein. Unternehmen sollen hochflexibel sein, aber

zugleich müssen sie sich legitimieren, indem sie etwas für die Stabilität tun. Vielleicht wäre es wichtig, beides zu trennen, damit diejenigen, die tatsächlich flexibel sind, nur die Flexibilität im Auge haben und sich nicht gleichzeitig noch um die Stabilität kümmern - um Stabilität sind in Deutschland schon genügend andere besorgt.

Mit anderen Worten: Wir sollten die Beweglichen, die Experimentierfreudigen ermuntern zu ihren Experimenten und nicht gleich damit drohen, dass sie die Allgemeinheit vergessen. Wer gezwungen ist, das Allgemeine von vornherein mit zu bedenken, der kann nicht experimentieren und beweglich sein.

Auch der Staat sollte sich pragmatischer verhalten und ähnlich wie die Holländer Experimente zulassen. Dass dies bei uns viel zu wenig geschieht, ist sicher auch ein Mentalitätsproblem, für das ich keine einfache Lösung weiß.

Das betrifft ebenfalls die Dialektik von Kurz- und Langfristigkeit. Wir haben hier ja an verschiedenen Beispielen gehört, dass das eine das andere gar nicht ausschließt. Aber wir können nicht von vornherein davon ausgehen, dass jedes Vorhaben sich als langfristig konsistent erweisen muss. Institutionen in Deutschland sind so manifeste, auf Dauer angelegte Gebilde, dass ihnen Experimente vom Ansatz her fremd und suspekt sind. Da fehlt jede Beweglichkeit und Flexibilität. Überall dominiert eine Art Versicherungsmentalität; wenn wir etwas beginnen, muss es sicher sein. Die Engländer setzen da, wie Herr Glees sagte, vielmehr auf Riskanz. Wir sollten ein bisschen davon auch bei uns wagen, aber nicht jeder ein bisschen, sondern die, die wagen, besonders; die anderen warten eben weiter, aber nicht hemmend. Gönnen wir uns ein hohes Maß an Diversität, um den Raum der Möglichkeiten zu erweitern.

### **Kirsch**

Herr Glees beschwört uns, nicht so viel Angst zu haben. Beim Euro hat er dann allerdings Verständnis für die Ängste der Briten. Man versteht offenbar die eigenen Ängste stets besser als die der anderen.

Natürlich kann es nicht darum gehen, dass die Deutschen wie die Dänen oder die Schweizer werden wollten. Deutschland muss da schon seine eigenen Lösungen finden. Aber es ist sicher richtig, dass dies angstfrei geschehen muss. In dem Zusammenhang sollten wir uns, einmal fragen: Welche Personen, Institutionen und Mechanismen produzieren eigentlich in unserem Land Angst und welche sind gewissermaßen angstlösend?

### **Eppler**

Fakten produzieren Angst.

### **Kirsch**

Nein, nicht Fakten erzeugen Angst, Herr Eppler, sondern wie man mit den Fakten umgeht. Nichts ist so sicher wie der Tod, aber man muss nicht unbedingt mit Angst auf diese Tatsache reagieren.

Also noch einmal: Was schafft in diesem Lande Angst und was baut Angst ab? Ich denke, es wäre besser um uns bestellt, wenn wir auf das Neue mit mehr Neugier, mit mehr Offenheit zugehen würden.

### **Wieland**

Wir können keine Politik machen nach dem Motto: Don't worry, be happy, Herr Kirsch. Auch die Amerikaner haben in mancher Hinsicht verflucht viel Angst, und die Engländer scheinen ja ebenfalls nicht ganz angstfrei zu sein. Ich halte es durchaus für normal, dass Menschen angesichts der schnellen Veränderungen, mit denen sie konfrontiert sind, ängstlich reagieren. Ihnen nur einreden zu wollen, sie sollten keine Angst haben, bringt überhaupt nichts.

Was wir vielmehr fragen sollten, ist, ob es in unserer Gesellschaft Anreize gibt, die die Menschen veranlassen könnten, sich zu bewegen und Risiken in Kauf zu nehmen. Oder erweckt man eher den Eindruck, man könne den Gefahren ausweichen? In England haben Menschen kaum eine andere Wahl, als mit Risiken umzugehen. Wenn sie wie in Deutschland ausweichen und auf hohem Niveau jammern könnten, würden sie das sicherlich auch in England vorziehen. Die Politik müsste in der Lage sein, die richtigen Anreize zu setzen.

### **Staudt**

Ich habe in den letzten vier Jahren in Sachen Technologie für IBM Vorträge in den USA, in Argentinien, in Korea und in vielen anderen Ländern gehalten, jetzt auch in Deutschland, zum Beispiel vor Industrie- und Handelskammern.

Interessant ist, wie sich das Auditorium in der anschließenden Diskussion jeweils verhält. Wenn ich in Amerika über Internet spreche, springt mich die Begeisterung aus dem Publikum geradezu an: Man fragt sofort nach den Chancen, ein ganz neues Geschäft aufzubauen, einen neuen Markt zu erobern. Es ist absolut faszinierend, wie die Leute dort auf die neuen Möglichkeiten reagieren und sich davon inspirieren lassen. In Deutschland dagegen will man als Erstes wissen, ob denn die Kreditkartennummern, die man eingibt, auch sicher sind. Die gleichen Leute haben am Abend vorher im Restaurant mit ihrer American-Express-Karte bezahlt, ohne darüber nachzudenken, was dabei passieren könnte.

Typisch für Deutschland ist auch der stetige Ruf nach Regulierung. Wir haben kürzlich seitens der Industrie mit vereinten Kräften ein Gesetzesvorhaben des Bundesfinanzministeriums gestoppt, das die Einführung des Rabattgesetzes von 1935 ins Internet vorsah. Es gibt in Deutschland die allerfeinsten Signaturgesetze, bei denen meine amerikanischen Kollegen nur die Hände heben, weil sie zu Recht der Meinung sind, das alles ist viel zu kompliziert, was wir da veranstalten.

Dieses Übermaß an Regulation ist Ausdruck einer Mentalität, die erwartet, dass der Staat uns vor allem und jedem schützt. Man ist nicht bereit, sich auf einen Trial-and-Error-Prozess einzulassen, etwas wachsen zu lassen und dann nachträglich, wenn sich herausstellt, dass etwas nicht in der gewünschten Weise läuft, Korrekturen anzubringen.

Ich saß vor kurzem auf dem Flug von Detroit nach Frankfurt neben einem jungen Entwicklungsingenieur von Ford, der mir erzählte, dass er in den USA an der Zulassung eines neuen Automobils arbeitet. Auf meine Frage, wie das dort geht, meinte er: Ganz einfach: Wir unterschreiben eine Liste mit Kriterien, die für die staatliche Zulassung erfüllt sein müssen. Wir bestätigen mit unserer Unterschrift, dass die bei uns sämtlich eingehalten werden - und das ist es dann. Da habe ich so gedacht: Was muss ein Automobilunternehmen in Deutschland alles anstellen, damit das Kraftfahrt-Bundesamt die Genehmigung erteilt? Hunderte von Autos müssen zuvor an die Wand knallen ...

### **Flassbeck**

Was Sie nicht erwähnen, Herr Staudt: Wir brauchten bei uns nur die amerikanische Produkthaftung einzuführen: Drei Millionen Dollar für einen gebrochenen Arm. Dann könnten wir es uns auch einfacher machen. Ich frage mich, ob Sie das wirklich wollen.

### **Staudt**

Ich bleibe dabei: Wir müssen den Mut haben, mehr Selbstregulierung zuzulassen und nicht überall den Staat einzuschalten. Unser Kernproblem ist, dass wir uns von vornherein gegen jedes mögliche Risiko absichern wollen, ohne irgendein Wagnis einzugehen. Das macht unsere Gesellschaft so starr und unbeweglich. Wenn wir es nicht schaffen, an dieser Mentalität etwas zu ändern, wird es die nachfolgende Generation ungemein schwer haben, im Globalisierungsprozess mitzuhalten.

### **von Dohnanyi**

Zu der Diskussion zum Thema "Angst" will ich nur anmerken, dass es dieses Wort im Englischen sogar als deutsches Fremdwort gibt. Die englische Sprache hat dafür keinen adäquaten eigenen Begriff.

### **Christian von Weizsäcker**

Europa könnte, wie Herr Stock sagte, zu einem Experimentierfeld der Vielfalt werden, um voneinander zu lernen. Ich stimme mit Herrn von Dohnanyi - im Gegensatz zu Herrn Flassbeck - voll überein: Wir lernen vor allem durch Vergleichen, wie andere mit bestimmten Krisen fertig geworden sind.

In einer offenen und dynamischen Gesellschaft, die mit ständigen Änderungen konfrontiert wird, können wir nicht so tun, als hätten wir alles im Griff, wenn wir nur so weitermachen wie bisher. Die Erfahrung zeigt überdies, dass Krisen außerordentlich produktiv sein können. Ludwig Erhard war mit seiner mutigen Liberalisierung der deutschen Wirtschaft nicht zuletzt deshalb so erfolgreich, weil er damit eine Öffnung der Gesellschaft erreichte und eine Mentalität erzeugte, die, wie Herr Staudt sagte, für die USA charakteristisch ist. Damit ist das Bewusstsein verbunden, dass Krisen unvermeidbar sind und wir nur lernen müssen, mit ihnen produktiv umzugehen.

Die Ölkrise in den siebziger Jahren ist in dieser Hinsicht für mich ein eindrucksvolles Beispiel. Damals haben wir intensiv nach Alternativen für das Erdöl gesucht und festgestellt, dass es enorme Bestände an Ölschiefer gibt, die sich mit Kosten zwischen dreißig und vierzig Dollar erschließen lassen. Das heißt, der Ölpreis wird auf lange Sicht nie über vierzig Dollar steigen können, weil anderenfalls der Ölschiefer rentabel wird. Diese Erkenntnis haben wir nur der damaligen Energiekrise zu verdanken. Entsprechende Beispiele lassen sich unschwer in vielen Bereichen ausmachen.

Die Vorstellung also, irgendwann könnten wir in einem idealen Staat alle Probleme gelöst haben, ist völlig abwegig. Wir werden immer von neuem vor Probleme gestellt sein und können voneinander lernen, wie man damit jeweils am besten umgeht. Ich denke, in der Hinsicht sind die Europäer gar nicht so schlecht dran, deren enger Verbund miteinander die Vielfalt der Lösungen leichter kommunizierbar macht. Aber dazu gehört eben dieser Experimentiergeist und ein hohes Maß an dezentralen Strukturen - ob wir die nun Markt, Kommunen oder sonstwie nennen;- , die in der Lage sind, autonom zu entscheiden und nicht erst bei irgendeiner Zentrale anfragen müssen, bevor sie etwas ändern dürfen.

### **West**

Die Niederlande sind hier zu Recht als ein positives Beispiel für Flexibilität genannt worden. Ich habe vor kurzem an einer Konferenz teilgenommen - in Deutschland;- , bei der es unter anderem um die Frage ging: Was können wir von den Niederländern lernen? Daran waren hochrangige Gewerkschafter und Wissenschaftler beteiligt. Die Haltung auf deutscher Seite war: Die Niederlande sind nicht größer als Nordrhein-Westfalen. Was kann die große Bundesrepublik eigentlich von diesem Land lernen? Mit einer solchen Einstellung an die Dinge heranzugehen, zeigt, dass es um die Lernbereitschaft bei uns nicht eben gut bestellt ist.

Was außerdem auf dieser Konferenz besonders auffällig war, drückte sich im unterschiedlichen Habitus der Beteiligten aus. Die Deutschen, alle korrekt gekleidet, bedienten sich vorzugsweise einer formalisierten Sprache, während die Niederländer sich in Kleidung und Sprache ausgesprochen locker gaben. Dabei handelte es sich zum Teil um hochrenommierte Leute, die zum Teil im Wissenschaftsrat mit der holländischen Regierung zusammensitzen. Diese wurden von deutscher Seite mit Fragen konfrontiert, wie sie ein Professor volkswirtschaftlichen Erstsemestlern an der Universität stellt. Darin drückte sich eine Arroganz aus, die geradezu peinlich anmutete.

Ich kenne die Niederlande recht gut; ich habe mehrere Jahre in Amsterdam gelebt und dabei wichtige Erfahrungen gemacht, insbesondere auch hinsichtlich eines anderen Statusbewusstseins in der Führungsschicht. Sie muss ihre Bedeutung nicht dauernd demonstrativ herausstellen. Es geht bei unserer Thematik also auch um unterschiedliche Lebensstile, was sich nicht zuletzt in der Einstellung zu Experimenten widerspiegelt. Woher kommt dieser Unterschied?

In der Bundesrepublik prägen die stabilitätsorientierten Institutionen wesentlich die Mentalität und das Verhalten der Menschen. Solche Institutionen gibt es in den Niederlanden nicht. Solange wir an diesen unbeweglichen Institutionen festhalten, wird es kaum gelingen, die notwendigen Verhaltensänderungen zu erreichen, um jene Freiräume für Experimente zu schaffen, die Herr Priddat einfordert.

Nun weiß ich natürlich auch, dass es nicht eben realistisch ist, die in der Bundesrepublik gewachsenen Institutionen, die verhaltensprägend für die Menschen bei uns sind, mit ganz anderen Prinzipien zu konfrontieren. Das wäre sicher nicht sehr erfolgversprechend. Wir können nur versuchen, diese Institutionen allmählich dahin gehend umzubauen und zu öffnen, so dass sie innovative Verhaltensweisen fördern und nicht grundsätzlich behindern.

### **von Dohnanyi**

Die Frage ist also, Herr West, inwieweit durch konkrete Erfahrungen Veränderungen in Gang gesetzt werden können, um unsere starren Strukturen aufzubrechen und allmählich auch eine andere Mentalität zu erzeugen.

Dafür gibt es indes auch in Deutschland einige interessante Beispiele. Wenn ich etwa an die flexibleren Arbeitszeiten denke, die sogar den Sonntag mit einbeziehen. Dieses Tabu hat sich bereits gelockert. Vor fünf Jahren lag der Anteil der deutschen Haushalte, die Aktien besaßen, bei etwa 10 Prozent; heute sollen es bereits 25 Prozent sein. Da sind durch Erfahrungen eben auch gewisse Mentalitätsänderungen bewirkt worden.

Meinhard Miegel hat kürzlich ein Buch mit dem Titel "Risse im Fundament" veröffentlicht. Seine These ist: Wir werden in Deutschland wohl noch einige Jahre ganz gut zurechtkommen, aber der

Problemdruck durch die Globalisierung steigt - und wir wissen bislang nicht, wie wir damit fertig werden sollen. Dazu gehört sicher auch der Hinweis von Frau Fugmann-Heesing, dass wir das föderative System in der Bundesrepublik kreativer handhaben müssen, um durch echte Dezentralisierung mehr Vielfalt möglich zu machen. Dass die Europäische Union die Vielfalt der Lösungsansätze, die es in den verschiedenen Ländern gibt, durch Vereinheitlichung reduzieren könnte, diese Gefahr sehe ich auch.

Wie könnte der Föderalismus bei uns kreativer und produktiver gemacht werden? Ich denke, in unserer Bevölkerung würde es sehr viel Zustimmung geben, wenn den Bundesländern mehr Verantwortung und Handlungsfreiheit eingeräumt würden. Eine solche Forderung würde in Deutschland kaum Ängste auslösen - anders als etwa bei Veränderungen des Tarifvertragssystems mit der Sorge um die Sicherheit der Arbeitsplätze. Die eigentlichen Gegner einer Reform des föderalen Systems sitzen nach meiner Erfahrung in der Bundesverwaltung, wenn es beispielsweise darum geht, mehr Kompetenzen an die Länder abzugeben. Da werden sofort hundert Argumente vorgebracht, warum das überhaupt nicht möglich ist.

Wenn zum Beispiel überlegt wird, im Rahmen der Sozialgesetzgebung das Verhältnis von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld länderspezifisch unterschiedlich zu regeln - wie das am dänischen Beispiel deutlich wird;- , dann wird schon die Fragestellung von der Bundesverwaltung sofort blockiert, die ihre Kompetenzen und Ressorts mit Zähnen und Klauen verteidigt.

### **Richard von Weizsäcker**

Aber mit Dezentralisierung einerseits und den internationalen Kapitalmärkten andererseits werden wir nicht alle unsere Probleme lösen.

### **von Dohnanyi**

Natürlich werden wir damit nicht alle unsere Probleme lösen. Das darf uns aber nicht daran hindern, nach Veränderungsmöglichkeiten zu suchen, und dazu könnte eine Neuorientierung des Föderalismus bei uns einen wichtigen Beitrag leisten.

### **Richard von Weizsäcker**

Das will ich nicht bestreiten. Aber ohne die europäische Einigung kommen wir halt auch nicht weiter im Globalisierungsprozess.

### **von Dohnanyi**

Dem widerspreche ich nicht. Doch Europa muss den Fragen von Dezentralisation und Subsidiarität mehr Aufmerksamkeit schenken, als das bisher der Fall ist. sonst wird die notwendige Flexibilität von Brüssel aus noch zusätzlich behindert.

### **Richard von Weizsäcker**

Das ist richtig.

### **von Dohnanyi**

Welche Möglichkeiten und Spielräume haben eigentlich die Politiker im Spannungsfeld zwischen Dezentralisierung und europäischen Erfordernissen? Denn beides ist ja, wie Herr von Weizsäcker sagte, gleichermaßen notwendig.

### **Richard von Weizsäcker**

Unser Thema hier ist das Verhältnis von Politik und Ökonomie. Wir haben sehr viel über die Ökonomie gesprochen, und dort geht es, wie wir immer wieder gehört haben, um wirtschaftlichen Erfolg. Wer keinen Erfolg hat, fällt aus dem System heraus, um den kann sich dann die Politik kümmern, die ja für das Ganze zuständig ist. Dieser Aspekt scheint mir bisher zu kurz zu kommen.

### **Stock**

Ich denke, Herr von Weizsäcker, für unser Gespräch ist es durchaus fruchtbar, wenn wir bestimmte Fragen ein wenig einseitig behandeln, um Dinge etwas stärker präzisieren zu können. Wenn wir versuchen, immer alles gleichzeitig zu bedenken, blockieren wir uns und schaffen keine neuen

Impulse. Natürlich ist Ihre Forderung, die Politik nicht aus dem Auge zu verlieren, völlig berechtigt. Aber wir sollten das nicht von vornherein miteinander vermischen.

Mir ist im Verlaufe dieses Gesprächs viel klarer geworden, dass das Thema Globalisierung nicht eine einseitige Erfindung der Wirtschaft ist, sondern Politik und Wirtschaft haben dieses Geschäft gemeinsam vorangetrieben, um freien Handel zu ermöglichen und den Wohlstand zu mehren. Das waren jedenfalls die Idealvorstellungen. Und ich denke, dass wir die Dinge gerade in der schwierigen Phase, in der wir uns heute befinden, gemeinsam angehen müssen. Dass die Politik hier an Einfluss verliert, diese Gefahr sehe ich überhaupt nicht.

Die Lähmung der Politik ist nicht durch die Globalisierung verursacht. Dass die Politik in unserem Land in Sachen Rentenreform, Steuerreform oder Gesundheitsreform nicht vorankommt, hat mit der Globalisierung nichts zu tun. Mein Eindruck ist vielmehr, dass die politischen Mechanismen gewisse Ermüdungserscheinungen zeigen.

### **Langendörfer**

Herr Kirsch fragte, welche Mechanismen oder Möglichkeiten denkbar wären, um mit Angstdispositionen besser umgehen zu können. Ich denke, ein wichtiger Aspekt ist - das klang in unserer Diskussion bereits an;- , dass wir in unserem Bildungssystem darauf abheben, das Selbstbewusstsein der Menschen zu stärken. Dabei geht es weniger um eine Wissensvermittlung, sondern um bestimmte soziale Schlüsselqualifikationen wie Selbstvertrauen, Mut zum Leben und auch um ein bestimmtes Maß an Orientierungswissen. Auf diese Weise würde sicher auch die Innovationsbereitschaft der Menschen steigen. Dafür gibt es in einzelnen Bundesländern bereits hoffnungsvolle Ansätze.

Des Weiteren nenne ich das Stichwort Familienpolitik, das mit den vorerwähnten bildungspolitischen Überlegungen eng zusammenhängt. Das heißt, wir müssen den Menschen bei uns Mut machen, sich als Eltern dafür einzusetzen, dass ihre Kinder das Leben aktiv und möglichst angstfrei angehen. Familienpolitik in diesem Sinne ist ein zentrales Element der Gesellschaftspolitik, die auch für die wirtschaftliche Modernisierung unseres Landes ungemein wichtig ist. Dabei geht es nicht nur um steuerliche Erleichterungen und eine bessere Altersabsicherung für Eltern mit Kindern. Wir machen uns viel zu wenig Gedanken darüber, dass die Familie nach wie vor eine außerordentlich wichtige Kernzelle in unserer Gesellschaft ist, um junge Menschen zu motivieren, die Chancen zu erkennen und wahrzunehmen, die sich ihnen heute bieten.

### **Epler**

Wenn wir es mit der Subsidiarität ernst meinen, dann muss das natürlich auch für Europa gelten. Wir alle wissen, dass sich bestimmte Fragen politisch nicht mehr nationalstaatlich beantworten lassen. Dafür brauchen wir Europa. Subsidiarität heißt aber auch, dass die Länder selbst Kompetenzen nach unten weitergeben müssen, an die Gemeinden etwa, damit auf kommunaler Ebene tatsächlich Politik gemacht werden kann und nicht nur verwaltet wird. Mein Eindruck ist, dass die Bürger immer mehr das Gefühl haben, die Frage, wie sie leben wollen, wird in der Kommunalpolitik ernster genommen als in der Bundespolitik. Deshalb sind Föderalismus und Subsidiarität für mich unverzichtbar auf europäischer Ebene genauso wie in den einzelnen Ländern.

Auf der anderen Seite verlangt die Globalisierung die Einigung Europas, wenn wir in diesem globalen Prozess noch politische Spielräume behalten wollen. Eine europäische Regierung, wenn es sie denn einmal geben wird, ist sicher weniger erpressbar als eine deutsche oder eine niederländische.

Wenn demokratische Politik heißt, darüber zu streiten, wie Menschen leben wollen oder wie sie ganz entschieden nicht leben wollen, dann ist es deprimierend, nur darüber zu reden, wie sie leben müssen, damit sie sich im internationalen Konkurrenzkampf behaupten können. Das schränkt die Möglichkeiten von Politik natürlich außerordentlich ein; denn dann herrschen die Zwänge der Wirtschaft. Die Parteien werden ja gewählt, weil man der einen oder der anderen zutraut, dass sie einen so leben lässt, wie man leben will. Wenn darüber andernorts entschieden wird, verliert die Demokratie ihre eigentliche Funktion als politische Veranstaltung.

Mehr Flexibilität wird hier immer wieder beredt gefordert. In den USA, zeigt eine seriöse Untersuchung, ist es inzwischen so weit gekommen, dass ein Angestellter im Durchschnitt alle 18 Monate seinen Job wechselt, was häufig genug auch mit einem Wohnortwechsel verbunden ist. Pater Langendörfer spricht von der großen Bedeutung der Familienpolitik. Wie vereinbart sich das mit dieser Art von Flexibilität, die den Kindern kaum eine Chance gibt, dauerhaft Freunde zu finden und dergleichen? Oder wenn der Vater möglicherweise die ganze Woche unterwegs ist, was ja auch zur

Flexibilität gehört? Wie will man da dem Grundbedürfnis von Menschen gerecht werden, irgendwo zu Hause zu sein und zu einer Gemeinschaft zu gehören? Wird das dann alles der Flexibilität geopfert?

Aus meiner Sicht unterscheiden sich Neoliberale und Neokonservative nur in einem Punkt: Die Neokonservativen predigen gegen die Ergebnisse ihrer eigenen Politik an, weil sie zum Beispiel gleichzeitig Flexibilität und Familienpolitik fordern. Das ist nicht gerade überzeugend, weshalb die Neokonservativen sehr schnell wieder zu Neoliberalen werden.

Herr Bude sprach davon, anstelle von Loyalität sei jetzt Produktivität der neue Maßstab. Was besagt das? Gilt das dann auch für das Erziehungswesen? Wissen, haben Sie gesagt, ist nunmehr zu einem Produktionsfaktor geworden. Ist solches Wissen dann die Basis dessen, wozu wir junge Menschen erziehen? Herr Langendörfer sagt das genaue Gegenteil. Hat unser Bildungswesen die Aufgabe, Menschen abzurichten, damit sie im Konkurrenzkampf bestehen können, oder muss Erziehung die jungen Leute in ganz anderer Weise befähigen? Vielleicht wäre auch die Wirtschaft gut beraten, nicht nur für ihre Zwecke gut abgerichtete Menschen nachzufragen. Auch in der Hinsicht ist die Politik gefordert, die Weichen richtig zu stellen.

Es wäre sicher eine lohnende Aufgabe, Flexibilität mit Sicherheit zu verbinden; denn es gibt ein Grundbedürfnis nach Sicherheit. Wer das ignoriert, wird auf die Dauer Schiffbruch erleiden.

### **Bude**

Wenn ich es richtig sehe, dann ist heute in der internationalen Sozialdemokratie Konsens - so habe ich das Ergebnis der Konferenz der sozialdemokratischen Regierungschefs in Florenz verstanden;- , dass die Globalisierung nicht ertragen werden muss, sondern politisch gewollt ist. Anderenfalls würden die Spielräume für Politik in der Tat eng, wie Sie befürchten, Herr Eppler. Das Wesen der Politik ist sicher nicht die Verkörperung des Gemeinwohls, aber sie muss in der Lage sein, Legitimität zu erzeugen - das gilt im Übrigen auch für die Differenzierung im Hinblick auf die zentralisierenden und die zentrifugalen Kräfte. Und was diese Erzeugung von Legitimität angeht, befinden wir uns jetzt an einem wichtigen Punkt.

Drei Grundprinzipien des modernen Codes: Individualismus, Rationalismus und Universalismus sind heute in allen europäischen Gesellschaften Konsens. Um ein viertes Prinzip, das auch zum modernen Code gehört, geht im Augenblick die eigentliche Kontroverse: den Aktivismus, der, so meine ich, den Kern des westlichen Modells darstellt und der für die Erzeugung von Legitimität des politischen Systems von entscheidender Bedeutung ist.

Daraus wäre eine politische Programmatik abzuleiten, die nicht die Botschaft vermittelt: Ihr müsst euch ins Unvermeidliche fügen und dem anpassen, was die Wirtschaft vorgibt. Wenn das so wäre, kann Politik nicht bestehen; da gebe ich Herrn Eppler Recht. Sie muss viel mehr die Menschen dahingehend motivieren, die Probleme, die sich aus den Veränderungen aufgrund der Globalisierung stellen, aktiv anzugehen, um sie zu bewältigen. Das einigermaßen glaubwürdig rüberzubringen, dazu braucht es sicher Politiker vom Schlage eines Tony Blair, der für mich ein großartiger Prediger ist.

### **Eppler**

Ich denke nicht, dass es in der Politik darum geht, wer am besten predigen kann.

### **Bude**

Ein grundsätzlich positives Verständnis von Politik im Zeitalter der Globalisierung scheint mir der gemeinsame Nenner zu sein, wobei die deutsche Antwort in der Tat noch etwas dürftig ausfällt.

### **von Dohnanyi**

Meinen Sie mit Aktivismus aktives Handeln?

### **Bude**

Ja.

### **Piper**

Ich würde gern Herrn Eppler davon überzeugen, dass zwischen Neoliberalismus und Neokonservatismus doch ein größerer Unterschied besteht als zwischen einer liberalen und einer sozial verantwortlichen Politik.

Sie sagen, statt über das zu reden, wie wir leben wollen, sprechen wir nur darüber, was wir tun müssen, um uns externen Prozessen anzupassen. Von Hayek können wir lernen, dass Wirtschaft darin besteht, das zu tun, was andere wollen, nämlich die Verbraucher. Die Dinge, die wir produzieren und von denen wir hoffen, dass die Konsumenten sie nachfragen, sind ja kein Selbstzweck, sondern wir wollen damit Geld verdienen. Nun wissen wir natürlich in einer arbeitsteiligen Gesellschaft gar nicht so genau, wie es um die Bedürfnisse der Nachfrager bestellt ist, die wir da erfüllen wollen. Wir erhalten mehr oder weniger nur anonyme Signale. Hayeks These ist jedoch, dass dieser anonyme Mechanismus, der die Wirtschaft zum Handeln veranlasst, den Menschen sehr viel mehr gerecht wird, als wenn irgendeine Institution das übernimmt, eine sozialistische Planungsbehörde zum Beispiel oder auch eine Behörde in einer demokratischen Gesellschaft.

Hayek betont den Eigennutz der einzelnen Wirtschaftssubjekte, wenn sie Dinge produzieren, die andere haben wollen. Was er indes nicht sieht, ist, dass es ebenso ein kollektives Handeln geben muss; denn auch die Wirtschaft ist in Kollektive eingebunden - der Einzelne handelt nicht für sich allein. In diesem Sinne ist man dann auch politisch tätig. Das beginnt in der Familie - da kann man vielleicht noch nicht von Politik sprechen;- , aber für die größeren Einheiten gilt das sehr wohl.

Von daher meine ich, dass es in einer liberalen Gesellschaft durchaus Spielräume für politisches Handeln gibt, so sehr uns die gegenwärtigen Umbrüche auch irritieren mögen. Natürlich müssen wir uns fragen, ob der politische Handlungsrahmen immer optimal ist. Ist der Nationalstaat noch angemessen? Für welche Fragen sollte die Europäische Union zuständig sein, für welche Fragen die Gemeinde und worüber sollte die Familie allein entscheiden? Eine liberale Gesellschaft bietet dazu durchaus vielfältige Möglichkeiten. Deshalb sollte man auch die Predigten der Neokonservativen nicht so ganz ernst nehmen. Denn Neokonservatismus und wirklicher Liberalismus passen nicht zusammen. Wenn man dem folgen würde, was die stramme religiöse Rechte in Amerika propagiert, hätten wir keine liberale Gesellschaft mehr.

### **Streeck**

In der Politik, sagt Herr Eppler, geht es darum, wie Menschen leben wollen. Aber Herr Bude und andere weisen uns daraufhin, dass die Menschen heute auf sehr unterschiedliche Weise leben wollen und der Politik weitgehend das Recht bestreiten, darüber für sie zu entscheiden. Das ist der Kern der Liberalisierungsdynamik, die wir in unseren immer heterogener werdenden Gesellschaften beobachten. Von daher ist Aufgabe der Politik, das Zusammenleben von Ungleichen und die Regulierung von Heterogenität zu organisieren, aber nicht, über bestimmte Lebensformen zu entscheiden.

### **Eppler**

Das konnte sie nie.

### **Streeck**

Eben deshalb meine ich, dass Ihre Formulierung zu weit geht. Das konnte sie in der Tat zu keiner Zeit, und wenn sie es tatsächlich versuchte - mitunter diktatorisch, mitunter in bester Absicht sozialdemokratisch;- , dann ging das nie lange gut.

Was Europa angeht, bedeutet die europäische Integration, dass wir einerseits in einer größeren Einheit leben, die aber andererseits sehr viel heterogener ist, als es der Nationalstaat je war. Das heißt, auf europäischer Ebene haben wir es mit einer neuen Art von Staatlichkeit zu tun. Und hier stellt uns die Erweiterung der EU vor das Problem, dass wir in einigen Bereichen nicht gleichzeitig eine Vertiefung erreichen werden. Wie soll etwa eine gemeinsame Sozialpolitik aussehen, die nicht nur Polen und Ungarn, sondern eventuell sogar die Türkei einbezieht? Das dürfte unmöglich sein.

Insofern wird dieses Europa keine Sozialpolitik im traditionellen Sinne mehr betreiben können, und eben das ist doch der Bereich, in dem Politik bisher wesentlich darüber entschieden hat, wie wir leben wollen. Aber auch die einzelnen Staaten können dann diese Aufgabe nicht mehr wahrnehmen, weil in die Gemeinschaft ein dynamisches Wettbewerbsmoment eingebaut ist, das die in sie eingebetteten Nationalstaaten daran hindert, ihre ursprünglichen sozialpolitischen Funktionen wahrzunehmen.

Was ich als Soziologe feststelle, ist die Herausbildung sehr unterschiedlicher Formen von Gemeinschaften, die viel kontingenter sind als früher. Häufig sind es "communities of choice", und auch die regionalen Gemeinschaften werden - Herr Scherf hat das beschrieben - mehr und mehr zu Spezialisierungsgemeinschaften. So "importiert" Bremen Fachkräfte, die es für seine Wirtschaftsstruktur braucht, während andere wegziehen, vielleicht sogar ins Ausland. Das heißt, hier



entsteht eine eigenartige Mischung von Schicksals- und Wahlgemeinschaften. Das schafft schwierige neue Probleme bei der Organisation sozialer Solidarität.

Von daher ist Ihre Frage, Herr Eppler: Wo bleibt die Politik im Sinne einer kollektiven Entscheidung darüber, wie Menschen leben wollen?, so einfach nicht mehr zu beantworten.

### **Christian von Weizsäcker**

Wie Herr Piper mit von Hayek sagt: Der Produzent unterliegt dem Zwang, das zu produzieren, was der Verbraucher nachfragt, und der Konsument hat die Freiheit der Wahl und damit auch die Freiheit, seinen eigenen Lebensstil zu wählen. Diese Wahlmöglichkeiten sind heute natürlich sehr viel größer als zu einer Zeit, da der Lebensstandard wesentlich niedriger war und es im Grunde nur um die Befriedigung der Grundbedürfnisse ging.

Dieses Freiheitsmoment im marktwirtschaftlichen System, das auf den Konsumenten ausgerichtet ist, lässt sich übertragen - und damit komme ich auf die Europa- und Globalisierungsfrage - auf die Autonomie der lokalen oder auch der nationalen Gemeinschaften. Ob die deutsche Industrie wettbewerbsfähig ist, hängt mit davon ab, welche Bruttolöhne, also inklusive Sozialabgaben, der Arbeitgeber zahlen muss. Wie der Bruttolohn dann aufgeteilt wird, das heißt, was dem Arbeitnehmer ausgezahlt und was in die verschiedenen Sozialkassen fließt, ist sekundär. Wichtig ist jedoch zu erkennen, dass eine zusätzliche Sozialleistung nicht zulasten der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, sondern des Nettolohnes gehen muss.

Wenn das klar ist, dann stellen wir fest, dass es nach wie vor noch weitgehend eine nationale sozialpolitische Autonomie gibt. Allerdings müssen wir eine übernationale Lösung finden, wie die sozialen Ansprüche geregelt werden, wenn jemand zum Beispiel von Deutschland nach Frankreich überwechselt und umgekehrt. Dazu ist eine gewisse zwischenstaatliche Abstimmung erforderlich, was aber nicht bedeutet, dass Frankreich und Deutschland dasselbe Sozialversicherungssystem haben müssen. Die nationale Autonomie wird dadurch nicht wesentlich eingeschränkt.

Das führt mich zum Subsidiaritätsprinzip, das im Amsterdamer Vertrag in einer Form angelegt ist, dass derjenige, der etwas auf der europäischen Ebene zentralisieren will, die Beweislast hat, was in vielen Fällen - eben auf dem Gebiet der Sozialpolitik - nicht gelingen dürfte. Es ist nicht notwendig, dies in Brüssel zu zentralisieren. Natürlich brauchen wir gewisse gemeinschaftliche Entscheidungen, aber in weit weniger Fällen, als uns die Europäische Kommission heute weismachen will. Das heißt, sie redet in viele Dinge hinein, bei denen es gar nicht sein müsste.

Das Föderalismusthema, das wir vorhin für die nationale Ebene diskutiert haben, stellt sich somit genauso auf europäischer Ebene. Auch da geht es um die Erhaltung der Vielfalt, von der wir gegenseitig lernen können.

Nun sagt Herr Eppler, in der Politik gehe es um die Frage, wie die Menschen leben wollen und nicht wie sie leben müssen. Wenn Vielfalt möglich ist, dann muss sie sich genau in dieser Hinsicht beweisen, das heißt, dass etwa in Bayern die gemeinschaftlichen Entscheidungen etwas anders gefällt werden als in Berlin oder in Deutschland etwas anders als in Frankreich oder in Spanien. Mit anderen Worten, die Präferenzen der einzelnen Bürger, wie sie ihre Verhältnisse gestaltet sehen wollen, sollten eben im politischen Prozess auf einer möglichst niedrigen Ebene zur Geltung kommen. Ich denke, dafür gibt es durchaus noch genügend Spielraum, auch unter den Bedingungen der Globalisierung, so dass die Menschen sich nicht in etwas hineinzwängen lassen müssen, wie sie gar nicht leben wollen.

Die Globalisierung ist in erster Linie ein Zwang für die exportorientierte Industrie und für viele andere, die über die nationalen Grenzen hinaus wirtschaftlich erfolgreich arbeiten wollen. Sie ist aber gleichzeitig auch eine große Chance, die sich darin zeigt, dass wir unterschiedliche Präferenzen und Lebensstile realisieren können.

Man kann also, sagen wir, in Stuttgart arbeiten und dennoch in seinem Dorf wohnen, wo man einen ganz eigenen Lebensstil führt. Die moderne Verkehrsinfrastruktur und die modernen Kommunikationsmittel machen es ja möglich, dass der Abstand zwischen Arbeits- und Wohnort größer wird. Damit eröffnen sich auch größere individuelle Entscheidungsmöglichkeiten, wie der Einzelne wohnen und leben will, als das früher der Fall war. In seinem Dorf kann der Einzelne in der Gemeindeversammlung mitreden und darauf Einfluss nehmen, dass die Dinge des Alltags so geregelt sind, wie er das gern hätte.

Das heißt, auf der lokalen Ebene - und Herr Eppler hat ja gesagt, die Kommunalpolitik ist im Grunde die Keimzelle der Politik - entwickeln sich durchaus politische Aktivitäten. Wir müssen auf

Bundesebene nur darauf achten, dass die Rahmengesetzgebung durch zu viel Reglementierung nicht eine Vereinheitlichung schafft, die von der Sache her gar nicht erforderlich ist.

### **Priddat**

So wie in einer Demokratie die Politik sich nicht nur um die Mehrheit, sondern auch um die Minderheit kümmern muss, müssen wir auch für diejenigen sorgen, die aus dem Wirtschaftsprozess herausfallen. Das halte ich für selbstverständlich. Die Frage ist, wie das geschehen soll. Mitunter habe ich den Eindruck, dass dem Staat die Rolle zukommt, sich vornehmlich der Opfer anzunehmen. Ich denke, der Staat hat eine sehr viel aktivere Aufgabe, als nur auf die Präferenzen der Bürger zu reagieren und dem zu entsprechen, wie sie denn leben wollen, Herr Eppler. MUSS er ihnen nicht vielmehr aufzeigen, welche Optionen überhaupt vorhanden sind, unter denen sie wählen können? Nur ängstlich darauf zu hören, was die Bürger wollen - damit man gewählt wird;-, reicht nicht aus. Vielmehr müsste die Politik klar Position beziehen und den Bürger dazu bringen zu überlegen, ob das nicht wählenswert wäre, auch wenn er zunächst noch Angst vor Veränderungen hat.

Was aus meiner Sicht also wichtig wäre: Statt durch Wahlen nur die Präferenzen der Bürger abzubilden, wäre es genauso wichtig, dass der Staat, die Politik dem Bürger mögliche Optionen aufzeigt bis hin zu den Dingen, die der Einzelne in eigener Verantwortung selbst frei entscheiden sollte. Dafür muss der Staat dem Bürger aber Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Viele Menschen würden schon gern das eine oder andere mitentscheiden, trauen sich aber nicht, weil sie nicht recht wissen, wie sie es anstellen sollen. Da wäre es sicher hilfreich, von Seiten des Staates Kooperationsformen aufzuzeigen etwa auf kommunaler oder regionaler Ebene. Das wäre ein aktivierender Staat, der nicht immer nur von den Menschen fordert: werdet aktiver, sondern der sie dabei auch unterstützt. Hier kann das Internet Plattformen für aktive Bürgerbeteiligung bieten: real time civil society.

### **Glees**

Herr Bude meinte, Tony Blair sei ein Prediger. Dem würde ich widersprechen. Ich bin gewiss kein Blair-Schwärmer, aber Politiker sollen nicht predigen, wie Herr Eppler einwendet, sondern managen, und Tony Blair ist ein sehr guter Manager, der aber zugleich eine Vision aufzeigt. Wie man Konflikte mit friedlichen Mitteln regelt und damit eine Vision verbindet, das hat Herr Blair bewiesen, und dafür verdient er große Anerkennung.

Blair hat den Mut gehabt, den Menschen in Großbritannien deutlich zu machen, dass sie ihren Lebensstil ändern müssen, um sich den Konsequenzen aus dem Globalisierungsprozess anzupassen. Das ist für viele Menschen sehr un bequem, denn die Briten sind im Durchschnitt viel ärmer geworden. Das heißt, Herr Eppler, für die Briten geht es heute vielfach nicht darum, wie sie denn gerne leben wollen, sondern wie sie leben müssen angesichts der neuen Herausforderungen. Das den Menschen klarzumachen, erfordert sehr viel politischen Mut, und den hat Tony Blair bewiesen.

Wenn die Politik so vorgeht, wie Herr Eppler es fordert, nämlich dem zu entsprechen, was die Menschen wollen, dann sehe ich die große Gefahr, dass der Gemeinsinn, die Verantwortung für das Ganze noch mehr verfällt in einer Gesellschaft, die immer individualistischer wird. Es wäre gut, wenn die Menschen weniger daran denken würden, was sie alles wollen, sondern, wie Kennedy es damals gesagt hat, was für ihr Land gut ist.

Im Augenblick führt in Großbritannien ein Kochbuch die Bestsellerliste an mit dem Titel "How to cook", aus dem man unter anderem lernen kann, wie man ein Ei kocht! In vielen Haushalten in Großbritannien findet kaum mehr ein Familienleben statt. Die Mütter müssen zur Arbeit gehen; die Väter sind ohnehin nicht im Hause und die Kinder haben nicht gelernt, wie man ein Ei kocht. So weit ist es bei uns gekommen!

### **Gauer**

Wie Menschen leben wollen. Ich habe einen zwei Jahre alten Sohn. Wenn ich herausfinden will, was er gern möchte, präsentiere ich ihm einige Optionen. Wenn ich zum Beispiel das Gefühl habe, er möchte ein Buch anschauen, zeige ich ihm verschiedene Bücher, und dann sucht er sich eines heraus. Nun gibt es verschiedene Möglichkeiten. Wenn ich ihm, sagen wir, nur zwei Bücher vorlege, ist die Wahl für ihn einfach. Bei fünf oder zehn Büchern kommt er vielleicht ins Grübeln und kann sich möglicherweise gar nicht entscheiden, weil die Auswahl zu groß ist. In jedem Fall erfahre ich dabei sicher mehr über meinen Sohn, als wenn ich ihm nur zwei Bücher präsentiere.

Meine These ist: Um Freiheit erfahren zu können, sollte die Zahl der Optionen möglichst groß sein, selbst auf die Gefahr hin, dass man das Individuum in dem einen oder anderen Fall überfordert.

Entsprechend verstehe ich auch die Globalisierung oder die Europäisierung so, dass sich dadurch die Zahl der Optionen für den Einzelnen erhöht. Dazu wiederum ein einfaches Beispiel. Ich bin in Berchtesgaden geboren und möchte umziehen. Welche Kriterien wären für mich dabei wichtig? Ich muss Ski fahren können, das Wetter muss schön sein und ich brauche nach Möglichkeit Wasser in der Nähe. Dafür erschienen mir dann Kalifornien oder Südfrankreich geeignet. Erst im Zuge der Globalisierung und auch der Europäisierung werden solche Optionen eröffnet, und zwar in erster Linie durch die Wirtschaft, die offene Grenzen präferiert, während die Politik ja eher dazu neigt, Grenzen zuzumachen. Das heißt, meine Freiheit wird größer mit steigender Zahl von Optionen.

Natürlich können insbesondere entscheidungsschwächere Menschen mit der größeren Anzahl an Optionen auch ihre Schwierigkeiten haben und vielleicht in Konfusion geraten. Aber das ist auch ein Erziehungsprozess, den wir in Gang setzen sollten.

Was mir des Weiteren auffällt, ist, dass viele Politiker die Schaffung eines vereinigten Europas mit positivem Begriff belegen; denn das ist politisch gewollt. Die gleichen Leute haben häufig mit dem Begriff Globalisierung Schwierigkeiten; denn das ist ja wirtschaftlich erzwungen. Interessanterweise scheint es umgekehrt so zu sein, dass viele Leute, die aus der Wirtschaft kommen, mit der Globalisierung gut leben können; denn das ist ja wirtschaftlich richtig und gewollt, während sie die Schaffung des vereinten Europas eher skeptisch betrachten; denn das halten sie für politisch erzwungen. Von daher ist es vielleicht nicht verwunderlich, wenn wir hier zu sehr verschiedenen Schlussfolgerungen in ein und derselben Sache gelangen.

### **Fugmann-Heesing**

Ich kann Herrn Glee nur zustimmen, dass von der Politik heute in besonderer Weise Mut gefordert ist. Wenn Politik, wie Herr Eppler meint, Wettstreit darüber ist, wie die Menschen leben wollen, dann könnte man geradezu meinen, dass die Politik sich mit zwei verschiedenen Wirklichkeiten auseinander setzen muss. Während die einen das, was sie haben, möglichst bewahren wollen und ihre Schwierigkeiten mit den neuen Herausforderungen haben, empfinden die anderen die Globalisierung als Chance, die sie ergreifen wollen.

Ich denke, die Politik ist heute in besonderer Weise gefordert. Auf der einen Seite darf sie diejenigen, die sich als Verlierer der Globalisierung fühlen und die das bewahren wollen, was sie haben, nicht in ihrer Haltung bestätigen. Das heißt, sie kann dem, wie diese Menschen leben wollen, gerade nicht entsprechen, sondern sie muss ihnen deutlich machen, was von ihnen auch an Veränderung gefordert ist. Gleichzeitig muss sie diese Forderung mit einem Angebot verbinden. Das ist die Frage von Befähigung, Bildung und Teilhabe, über die wir gesprochen haben.

Aber auch den Globalisierungsgewinnern müssen wir etwas klarmachen, nämlich dass es bei aller Individualisierung eine Verantwortung für das Ganze gibt. Das heißt, der Staat hat weniger die Aufgabe des Bewahrens, er muss vielmehr die Individualinteressen mit der Gesamtgesellschaft in Einklang bringen, und das bedeutet für mich, auch Forderungen an diese Gruppe zu stellen.

Diese Forderungen sind heute aber nur vertretbar unter dem Aspekt der Partizipation, beispielsweise auf der kommunalen Ebene. Damit ließen sich auch manche Ängste abbauen. Wenn von den Menschen mehr Mobilität gefordert ist und sie gezwungen sind, mehrmals in ihrem Leben den Wohnort zu wechseln, dann müssen sie zugleich die Gewissheit haben, dass sie sich an dem neuen Ort zurechtfinden werden. Bei aller Verschiedenheit der Mentalitäten, die ich gar nicht in Abrede stellen will, muss eine Gesellschaft so organisiert sein, dass jeder tatsächlich die Chance hat, an seinem neuen Ort anzukommen, und zwar in relativ kurzer Zeit. Ich meine, das geht nur über Partizipation. Von daher muss der Einzelne vor allem auf kommunalpolitischer Ebene stärker in Entscheidungen eingebunden werden, um sich mit seinem Umfeld identifizieren zu können.

Das ist aber an zwei grundlegende Voraussetzungen gebunden, die die Politik zu gewährleisten hat: Zum einen muss sie für die Befähigung sorgen - das ist das Thema Bildung und Wissenschaft - und zum anderen dem Bürger die Möglichkeit der Teilhabe eröffnen. Das heißt, der Einzelne muss die Chance erhalten, sich auch bei einem Ortswechsel aktiv in die Gemeinschaft einzubringen, um auf diese Weise die Brüche, die für ihn mit der Mobilität verbunden sind, abzumildern.

Um das zu realisieren, brauchen wir allerdings ein anderes politisches Verständnis in der Bundesrepublik, als wir es heute haben. Deshalb ist mir der Föderalismus so wichtig, nicht als Gegensatz zur Europäischen Union, sondern als Ergänzung, um die regionalen

Entscheidungskompetenzen zu stärken, verbunden mit einer Stärkung der kommunalen Ebene und mit mehr Partizipation der Bürger.

Wenn wir in diese Richtung gehen wollen, dann erfordert das von der Politik auch den Mut zu sagen, was in Zukunft nicht mehr so sein wird, wie es in der Vergangenheit war. Ich denke, das wäre für alle Beteiligten von Vorteil.

### **von Dohnanyi**

Wir haben begonnen mit der Feststellung, dass die Globalisierung ein evolutionärer Prozess ist, den wir nicht rückgängig machen können, selbst wenn wir das wollten. Wir haben uns also nicht damit aufgehalten zu fragen, was Globalisierung eigentlich heißt, ob wir sie verhindern könnten und dergleichen.

Nun hat uns die Frage von Herrn Eppler, wie Menschen leben wollen, intensiv beschäftigt auch in der Hinsicht, dass es nicht immer nur darum geht, wie Menschen leben wollen, weil wir die Veränderungen in der Welt, die das Resultat eines evolutionären Prozesses sind, den der Mensch selbst auslöst, gar nicht in der Hand haben; dieser Prozess lässt sich nur sehr bedingt beeinflussen und steuern. Wir könnten heute auch nicht mehr in der bäuerlichen Großfamilie leben, selbst wenn wir uns diese zurückwünschen würden. Darüber ist die Entwicklung hinweggegangen.

Ist Deutschland fit für die Globalisierung? Sind wir in der Lage, in diesem Winde der Veränderung, den wir nicht selbst beeinflussen können, als Gesellschaft mit unseren Zielen, Vorstellungen und Werten mitzuhalten?

Mir fällt in diesem Zusammenhang ein Beispiel aus Homers Ilias und Odyssee ein: Damals mussten die Schiffe - so lesen wir es - auf die guten Winde warten; denn man konnte nur mit dem Wind segeln. Das änderte sich erst, als etwa um das Jahr 1000 der Kiel erfunden wurde, der es ermöglichte zu kreuzen und damit auch gegen den Wind voranzukommen.

Wenn Sie mir das Bild erlauben, würde ich sagen: Wir müssen heute wiederum einen Kiel erfinden, der es uns ermöglicht, die Globalisierungswinde mit ihren Herausforderungen und Veränderungen so zu nutzen, dass wir dennoch nicht von unserem langfristig gestecktem Kurs abkommen, nämlich uns eine Gesellschaft zu erhalten, in der wir wirklich leben wollen und uns nicht nur irgendwelchen Zwängen unterwerfen. Wenn ich es richtig sehe, hat unser Gespräch gezeigt, dass Deutschland zwar nicht in jeder Hinsicht "reif für die Globalisierung" ist, aber doch viele Voraussetzungen hat, mit den Veränderungen fertig zu werden.

Das gilt etwa für unsere föderale Struktur, die wir nur nicht genügend nutzen. Wir haben im Prinzip auch - seit den Stein'schen Reformen - starke kommunale Selbstverwaltungen. Es sind also durchaus gute Voraussetzungen gegeben; wir müssen sie nur aktivieren und nutzen. Das gilt auch in mancher anderen Hinsicht - bis hin zu den Betriebsräten auf Unternehmensebene, die man hier erwähnen könnte.

Mein Fazit wäre: Wir könnten in Deutschland manches tun, um reifer, fitter für die Globalisierung zu werden, und wir sind offensichtlich auf gutem Wege, weil den Menschen in unserem Lande immer mehr bewusst wird, dass wir bei uns bestimmte Dinge verändern müssen, um auch in Zukunft wieder so erfolgreich zu sein, wie wir es mit unserem Wirtschafts- und Gesellschaftssystem über lange Zeit gewesen sind.

### **Richard von Weizsäcker**

Nur eine Anmerkung zum Schluss, Herr von Dohnanyi: Sicher, in der Ilias und Odyssee mussten die Schiffer immer auf die günstigen Winde warten. Aber wenn ich Homer richtig verstanden habe, war das nicht in erster Linie ein technisches Problem, sondern eine Frage der Götter. Wenn man die Götter günstig gestimmt hatte - beispielsweise durch die Opferung der eigenen Tochter Iphigenie;-, dann haben sie auch den günstigen Wind wieder geschickt.

Von daher brauchten wir sicher die Erfindung eines neuen Kiels, um uns die Globalisierungswinde zunutze machen zu können - aber das ist nicht alles. Ich will wenigstens daran erinnern, dass ein rein technisches Verständnis unserer Welt vielleicht doch nicht ganz ausreicht, um die Ängste zu meistern, von denen auch in unserem Gespräch so viel die Rede war.

Dass wir indes bei unserem schier uferlosen Thema überhaupt so weit gekommen sind, das verdanken wir zweifellos unserem Diskussionsleiter, und dafür, Herr von Dohnanyi, sage ich Ihnen unser aller Dank.